



Institut für  
Wirtschaftsforschung  
Halle

# Wirtschaft im Wandel

1/2010

27.01.2010, 16. Jahrgang

*Ulrich Blum*  
Editorial

*Wilfried Ehrenfeld*  
Kopenhagen und die Folgen – die Zukunft  
internationaler Klimapolitik  
– ein Kommentar

*Arbeitskreis Konjunktur*  
Konjunktur aktuell:  
Langsame Erholung ermöglicht Einstieg  
in die Konsolidierung

*Kristina van Deuverden, Rolf Scheufele*  
Wirtschaftsentwicklung und Staatsfinanzen:  
Eine Vorausschau der Jahre 2010 bis 2014

*Christoph Horny, Matthias Brachert*  
Unternehmensnetzwerke in der  
Photovoltaik-Industrie – starke Verbundenheit und  
hohe Kooperationsintensität

*Brigitte Loose*  
IWH-Bauumfrage im Dezember 2009



## Editorial

Drohen die Stabilisierung und die erwartete Erholung der Wirtschaft an einer Kreditklemme zu scheitern? Kann und soll der Staat etwas unternehmen?

Die Eigenkapitalverluste der Banken durch die Finanzmarktkrise müssten schon bei konstantem Risiko eine entsprechende Reduktion der Kreditvergabe auslösen. Tatsächlich aber steigen diese Risiken. Da in der Krise der Unternehmenssektor weniger geschrumpft ist als der Bankensektor, muss der Preis der Kredite steigen – und genau dies geschieht, wie man an den wachsenden Margen im Kreditgeschäft sieht, die oft oberhalb eines risikoadäquaten Zinses als Summe aus Refinanzierungskosten, Ausfallwahrscheinlichkeiten und Eigenkosten liegen. Dann sollte es Banken leicht fallen, Eigenkapitalgeber am Markt zu finden – genau diese fehlen aber. Nutzen Banken oligopolistische Spielräume und haben sie vielleicht kein Interesse an einer expansiven Stabilisierung?

Will der Staat diese Klemme vermeiden und dabei nicht als Banker auftreten, wozu die Erfahrungen nicht einladen, dann kann er die Kreditvergabe der Banken durch Garantien stützen. Eine diesem Risiko entsprechende Abgabe an den Staat würde ebenso zum weitgehenden „wipe out“ der bisherigen Anteilseigner führen wie eine zwangsweise Rekapitalisierung, welche ihre Anteile verwässert. Derartige Sanktionen begrenzen die Kosten für den Steuerzahler und zwingen die Banken, künftig Risiken angemessen zu berücksichtigen.

Ist dies ordnungsökonomisch zu verantworten? Eindeutig ja! Denn neben der Finanzaufsicht können letztlich nur Aktionäre ein Finanzinstitut kontrollieren bzw. die erforderlichen Kontrollen institutionell implementieren. Wenn die Folgen einer Finanzkrise regelmäßig existentiell werden, dann liegt nach dem Ethos der sozialen Marktwirtschaft hier wohl der wirksamste Hebel, wirtschaftlich und sozial verantwortliches Handeln zu erzwingen.

Man muss auch fragen, ob der gegenwärtige Bankensektor effizient arbeitet. Anders gewendet: War bisher und ist künftig die Vielzahl der Finanzprodukte sinnvoll und notwendig? Kann verschärfter Wettbewerb oder muss Regulierung hier als Filter dienen? Ist die Kreditlastigkeit der Unternehmen sinnvoll – sogar der Mittelstand rekapitalisiert sich inzwischen erfolgreich am Markt. Dann wäre ein geschrumpfter Bankensektor unkritisch. Zudem würde eine verbesserte Eigenkapitalbasis zu einem verbesserten Bankenrating und damit auch wieder zu verringerten Kreditzinsen führen. Allerdings müsste hierzu die steuerliche Benachteiligung von Eigenkapital abgebaut werden.

*Ulrich Blum  
Präsident des IWH*

## Kommentar: Kopenhagen und die Folgen – die Zukunft internationaler Klimapolitik

Viel Lärm um sehr wenig – so könnte man das Ergebnis der am 18. Dezember 2009 zu Ende gegangenen UN-Klimakonferenz zusammenfassen. In Kopenhagen trafen sich Vertreter aus fast 200 Staaten, um über die Zukunft der internationalen Klimapolitik zu verhandeln. Zentrales Ergebnis dieser Verhandlungen ist der „Copenhagen Accord“ – ein zwölf Punkte umfassendes kurzes Dokument. Im Wesentlichen enthält es das bereits Mitte 2009 in L’Aquila von den emissionsintensivsten Staaten beschlossene Ziel, die globale Erwärmung um nicht mehr als 2°C gegenüber vorindustriellen Zeiten ansteigen zu lassen, sowie die Erkenntnis, dass hierzu tiefe Einschnitte bei den Emissionen notwendig sind. Allerdings wurde weder das bereits 2007 festgelegte Ziel erreicht, bis Ende 2009 ein völkerrechtliches Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll zu vereinbaren, noch enthält das Papier das im Vorfeld der Konferenz wiederholt genannte Ziel einer Halbierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bis 2050. Das Ergebnis von Kopenhagen kann bestenfalls die Grundlage für weitere internationale Verhandlungen sein. Wie bereits auf dem Weg zum Kyoto-Protokoll gestalten sich die Verhandlungen schwieriger und langwieriger als erhofft – ein kritisches Zeichen angesichts der immer schneller steigenden Emissionen in den Schwellenländern und den immer noch sehr hohen Emissionen in den Industriestaaten.

Je mehr Zeit bis zur Einigung über verbindliche Reduktionsziele verstreicht, desto schwerer wird es sein, diese dann auch einzuhalten. Dies gilt insbesondere, wenn am 2°C-Ziel und den nach aktuellen Erkenntnissen hierfür notwendigen Maßnahmen festgehalten werden soll. Es mag zynisch klingen, aber je mehr Zeit die Verhandlungen über Minderungsmaßnahmen in Anspruch nehmen, desto wichtiger wird die Rolle der Maßnahmen zur Anpassung an die globale Erwärmung. Die hierfür nötigen finanziellen Mittel stehen für Minderungsmaßnahmen dann aber nicht mehr zur Verfügung. Die Betroffenheit vom Klimawandel ist regional sehr unterschiedlich und auch die Interessen der Betroffenen sind wahrlich nicht gleichgerichtet – auch dies wurde während der Verhandlungen in Kopenhagen wiederholt deutlich. Die zukünftig von der globalen Erwärmung am stärksten betroffenen Länder, etwa die afrikanischen Staaten, sind zugleich diejenigen mit den geringsten Treibhausgasemissionen. Die USA – immer noch zweitgrößter CO<sub>2</sub>-Emittent der Erde – zeigten sich erstmals bereit, sich international zum Klimaschutz zu verpflichten. Noch vor ein paar Jahren erschien dies undenkbar. Dennoch kann US-Präsident Obama international keine Zugeständnisse machen, die er nicht einhalten kann. Zwar wurden Treibhausgase von der US-amerikanischen Umweltbehörde EPA als Risiko für die menschliche Gesundheit klassifiziert, der „American Clean Energy and Security Act“ wurde jedoch bislang nicht vom US-Senat verabschiedet. Amerika scheint sich zu bewegen – aber nur sehr langsam. China und andere schnell wachsende Schwellenländer würden sich auf keine verbindlichen Ziele festlegen, die ihr wirtschaftliches Wachstum gefährden könnten. Trotzdem erkennen auch diese Länder mittlerweile ihren Beitrag durch die schnell steigenden Emissionen an. Dies geschieht allerdings ebenfalls nur sehr langsam. Die Europäische Union legte im Vorfeld der Konferenz relativ ambitionierte Ziele vor. Das Signal, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 um 30% verringern zu wollen, scheint jedoch für andere Staaten zu schwach gewesen zu sein. Nach dem Ende der Kopenhagen-Konferenz stellt sich nun die Frage nach der zukünftigen Rolle der EU in der internationalen Klimapolitik.

Wenig zielführend erscheint es, die Minderungsziele Europas im Alleingang immer weiter nach oben schrauben zu wollen, während andere Staaten sich hier in Zurückhaltung üben. Der Klimawandel ist ein globales Problem und kann nur global gelöst werden. Weiter bestünde für die EU die Gefahr, durch starke einseitige Reduktionsziele ihre Wettbewerbsfähigkeit zu beeinträchtigen. Dieses Argument wird auch von anderen Staaten, deren Industrie im internationalen Wettbewerb steht, immer wieder angeführt. Zwar wäre es denkbar, Strafzölle gegenüber Staaten einzuführen, die sich zu keinen oder nur sehr geringen Minderungszielen verpflichtet sehen. Neben technischen Herausforderungen, einen adäquaten Steuersatz für verschiedenste Güter zu bestimmen, birgt die Einführung solcher Zölle im Extremfall jedoch die Gefahr eines Handelskrieges. Die mit Strafzöllen belegten Staaten würden der EU vermutlich Protektionismus vorwerfen und ihrerseits wiederum Strafzölle auf europäische Produkte einfördern. Es gibt jedoch noch einen anderen Weg für die EU, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Angesichts der Begrenztheit fossiler Rohstoffe und des international weiter steigenden Energiebedarfs werden nicht-fossile Energiequellen und Energieeffizienztechnologien in der Zukunft wichtiger werden, und selbst der größte „Klimaskeptiker“ wird diese Technologien einsetzen, wenn sie rentabel sind. Hier liegt die Chance für die EU und im Speziellen für Deutschland, durch innovative Technologien und Produkte in diesen Bereichen ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Dafür sind allerdings erhebliche Investitionen in Forschung und Entwicklung notwendig.

*Wilfried Ehrenfeld  
(Wilfried.Ehrenfeld@iwh-halle.de)*

# Langsame Erholung ermöglicht Einstieg in die Konsolidierung\*

## – Kurzfassung –

*Während die Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise noch lange nachhallen werden, scheint zum Zeitpunkt der vorliegenden Prognose die Talsohle der wirtschaftlichen Entwicklung in den meisten Ländern, so auch in Deutschland, durchschritten. Die konjunkturellen Frühindikatoren sprechen für eine Fortsetzung der Erholung, die sich in den letzten Monaten des Jahres 2009 bereits abgezeichnet hat. Allerdings ist die bisher beobachtete Erholung teilweise von kurzfristigen Nachholprozessen, zum Beispiel im Bereich bisher aufgeschobener Ersatzinvestitionen, getrieben. Zudem dürften einige Krisenfolgen insbesondere auf dem Arbeitsmarkt ihre volle Wirkung erst in den nächsten Jahren vollständig entfalten. Daher ist 2010 und 2011 mit einer nur zögerlichen Erholung zu rechnen. Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2010 um 1,9% und im Jahr 2011 um 1,8% zulegen.*

*Die Voraussetzung für das bereits im Sommer 2009 begonnene Wiedererstarben der Realwirtschaft war die weltweite Stabilisierung der Finanz- und Vermögensmärkte. Diese Entwicklung ist auch dem weltweiten, entschlossenen und teilweise unkonventionellen Eingreifen der Wirtschaftspolitik zu verdanken. Vor allem durch die verschiedenen Maßnahmen von Regierungen und Zentralbanken zur Stabilisierung der Finanzmärkte, doch auch durch die in vielen Ländern einmalig hohen fiskalischen Impulse konnte das Misstrauen der Märkte reduziert werden. Allerdings zeigen unter anderem die Risikoaufläufe auf den Interbankenmärkten und die in den USA anhaltend hohe Zahl von Insolvenzen kleinerer Banken, dass die Finanzmärkte zunächst weiterhin fragil bleiben.*

*Die alles in allem erfolgreichen Eingriffe sind vielfach mit erheblichen Kosten für die Zukunft verbunden. Die Staatsdefizite sind stark angestiegen und dürften in Deutschland 2010 und 2011 jeweils bei ca. 5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt liegen. Zudem stehen die Zentralbanken vor der Aufgabe, die massive Liquiditätsversorgung zurückzuführen, um langfristig – bei einer sich*

*langsam schließenden Produktionslücke – Preisniveaustabilität zu wahren und nicht zu einer erneuten Blasenbildung auf den Vermögensmärkten beizutragen. Dabei gilt es, die Stabilität des Finanzsektors nicht zu gefährden. Daher sollte die konjunkturelle Aufhellung zum Anlass genommen werden, zu einer langfristig orientierten Wachstumspolitik zurückzukehren. Diesbezüglich ist davon auszugehen, dass sowohl die Europäische Zentralbank (EZB) als auch die anderen großen Zentralbanken gegen Ende 2010 erste Zinsschritte unternehmen, um die Liquidität langsam abzubauen. Die wesentliche Herausforderung dürfte jedoch in der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte liegen, die zumindest in Deutschland – auch aufgrund der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse – unumgänglich ist. Das konjunkturelle Umfeld einer, wenn auch nur zögerlichen, Erholung ermöglicht einen solchen Wechsel hin zu einer auf Konsolidierung ausgerichteten Politik.*

*Der wesentliche konjunkturelle Impuls rührt insbesondere aus einer Belebung der Weltwirtschaft. Diese ist gerade für Deutschland sehr wichtig, weil der starke Exportsektor auf Investitionsgüter fokussiert ist, deren Nachfrage wesentlich von der globalen Konjunktur bestimmt wird. Die nach einem schweren Einbruch wieder anschwellenden Handelsströme sind nicht zuletzt von einer starken Entwicklung in China und dem weiteren südostasiatischen Wirtschaftsraum getrieben. Die Erholung in den USA, im Euroraum und in Mitteleuropa verläuft, vor allem wegen der jüngsten deutlichen Verschlechterung der Vermögenspositionen von Banken sowie von privaten und öffentlichen Haushalten, schleppender. Trotz erheblicher konjunktureller Risiken insbesondere in Südeuropa, die in Deutschland nachfragedämpfend wirken könnten, ist mit einer fortgesetzten Erholung der Exporte (um 8,4% im Jahr 2010) zu rechnen. Bei vergleichsweise moderater ansteigenden Importen (+6,2%) reicht dies für einen erheblichen Wachstumsbeitrag des Außenbeitrags aus, obwohl das Exportniveau vor der Krise auch Ende des Jahres 2010 noch nicht wieder erreicht sein wird.*

\* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 78/2009 am 16. Dezember 2009 veröffentlicht.

Eine weitere Stütze der Konjunktur dürften die Investitionen sein. Neben den Investitionen im öffentlichen Bau, die aufgrund 2010 wirksam werdender konjunkturpolitischer Maßnahmen mit jahresdurchschnittlich 8,8% deutlich ansteigen, werden ab der zweiten Jahreshälfte 2010 auch die privaten Ausrustungsinvestitionen deutlich um 2,3% steigen. Angesichts der am Ende des Prognosezeitraums noch nicht geschlossenen Produktionslücke kommt es 2010 und 2011 vor allem zum Ersatz von Ausrustungsgütern. Dies dürfte mittelfristig zwar zur Erholung beitragen, sie allerdings nicht maßgeblich treiben.

Der private Konsum, der in Anbetracht der Krise bemerkenswert robust war, bleibt stabil, fungiert jedoch nicht als Motor der Erholung. Erst 2011 ist wieder mit einem – allerdings auch dann weiterhin kleinen – Anstieg des Konsums zu rechnen. Diese schwache Dynamik liegt auch darin begründet, dass insbesondere die Folgen der Krise auf dem Arbeitsmarkt erst im Prognosezeitraum voll zum Tragen kommen werden. Die Arbeitslosenquote steigt 2010 auf 9,1%, mit negativen Konsequenzen für das verfügbare Einkommen. Auch 2011 wird die Arbeitslosenquote weiter hoch sein, voraussichtlich aber unter der 10%-Marke bleiben.

Die konjunkturelle Erholung in Ostdeutschland wird mit 1,1% im Jahr 2010 und 1,5% im Jahr 2011 etwas langsamer vorankommen als in Westdeutschland. Teilweise ist dies allerdings darauf zurückzuführen, dass ein nicht unerheblicher Teil des Zuwachses in Westdeutschland auf der Erholung von in der Krise besonders schwer betroffenen Sektoren beruht, hier vor allem des exportabhängigen Investitionsgütersektors. Diese Bereiche sind in Ostdeutschland nur schwach ausgeprägt, und Unternehmen aus verschiedenen Schlüsselsektoren sind hier weniger präsent. Die Orientierung auf Auslandsmärkte ist von geringem Gewicht, und die Wirtschaft ist insgesamt eher kleinteilig organisiert. In der Krise hatte sich diese Struktur vorübergehend als Vorteil erwiesen, da die Abhängigkeit von der globalen Konjunktur deutlich kleiner ist. Im Umkehrschluss bleiben natürlich die Erholungseffekte schwächer.

Arbeitskreis Konjunktur (Seite 8)

Tabelle:  
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2009 bis 2011

	2009	2010	2011
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Private Konsumausgaben	0,4	0,0	1,2
Staatskonsum	2,9	1,5	0,9
Anlageinvestitionen	-8,2	2,3	0,6
Ausrüstungen	-19,9	2,7	3,2
Bauten	-0,2	1,9	-1,5
sonstige Anlagen	6,5	4,2	4,3
Inländische Verwendung	-1,5	0,8	1,4
Exporte	-14,3	8,4	6,6
Importe	-8,4	6,2	6,2
Bruttoinlandsprodukt	-4,8	1,9	1,8
darunter:			
Ostdeutschland*	-4,0	1,1	1,5
Nachrichtlich:			
USA	-2,5	2,3	2,6
Euroraum	-3,9	1,4	1,6
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Arbeitsvolumen, geleistet	-3,6	-1,8	0,0
Tariflöhne je Stunde	2,4	1,4	1,3
Effektivlöhne je Stunde	3,9	1,8	0,9
Lohnstückkosten <sup>1</sup>	5,6	-1,9	-1,0
Verbraucherpreisindex	0,2	0,4	0,5
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) <sup>2</sup>	40 266	39 544	39 290
darunter:			
Ostdeutschland*	5 715	5 645	5 620
Arbeitslose <sup>3</sup>	3 429	3 972	4 132
darunter:			
Ostdeutschland*	910	910	905
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote <sup>4</sup>	7,8	9,1	9,5
darunter:			
Ostdeutschland*	13,7	13,9	13,9
	<i>in % zum nominalen BIP</i>		
Finanzierungssaldo des Staates	-3,1	-5,0	-5,1

<sup>1</sup> Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – <sup>2</sup> Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – <sup>3</sup> Nationale Definition. Einschließlich aller Arbeitslosen in den optierenden Gemeinden. – <sup>4</sup> Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – \* Ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat, Bureau of Economic Analysis; Prognose des IWH (Stand: 16.12.2009).

# Wirtschaftsentwicklung und Staatsfinanzen: Eine Vorausschau der Jahre 2010 bis 2014\*

## – Kurzfassung –

Im Jahr 2009 rutschten die öffentlichen Haushalte in Deutschland tief in die roten Zahlen. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt lag das Defizit bei 3,1%. In der öffentlichen Diskussion nimmt diese Entwicklung wie auch die Notwendigkeit zur Konsolidierung breiten Raum ein. Um diese Diskussion auf eine fundierte Grundlage zu stellen, ist eine über die kurzfristige Prognose hinausgehende mittelfristige Projektion der wirtschaftlichen Entwicklung und des Staatshaushalts hilfreich und notwendig.

Eine Vorhersage der Wirtschaftsentwicklung in der mittleren Frist ist dabei grundsätzlich schwierig – auch wenn die Unsicherheiten nunmehr geringer sind als noch vor Jahresfrist. Dennoch sind die Folgen der Finanzkrise – insbesondere auch im Hinblick auf die Entwicklung des Produktionspotenzials – nur schwer abzuschätzen.

Die Projektion der wirtschaftlichen Entwicklung in der mittleren Frist geht davon aus, dass von der Finanzkrise keine erneuten Schockwellen auf die Weltwirtschaft ausgehen werden und dass sich die deutsche Wirtschaft nach dem starken Einbruch im Jahr 2009 erholt. Die Produktionskapazitäten sind jedoch nach wie vor unterausgelastet. Zudem wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt zu Beginn des Projektionszeitraums deutlich verschlechtern – mit entsprechenden Konsequenzen für die inländische Nachfrage. Erst in den Jahren 2011 bis 2014 wird die Wirtschaft wieder stärker wachsen.

Bei dieser Wirtschaftsentwicklung – aber auch aufgrund der vorerst noch recht expansiven Ausrichtung der Finanzpolitik – werden die öffentlichen Haushalte in den Jahren 2010 und 2011 weiter deutlich unter Druck geraten. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt steigt das Defizit noch einmal kräftig an – bis auf gut 5%. Unter der Annahme, dass die Finanzpolitik keine neuen expansiven Maßnahmen ergreift, werden sich die Fehlbeträge in den Jahren 2012 bis 2014 – konjunkturbedingt – zwar wieder zurückbilden; am Ende des Projektionszeitraums liegt das Defizit

nach der hier vorgelegten Schätzung aber immer noch bei 2½%. Zu diesem Zeitpunkt dürfte die Produktionslücke geschlossen sein. Das im Endjahr ausgewiesene Defizit ist somit der Natur nach strukturell; in diesem Umfang liegt eine permanente Unterdeckung der Ausgaben vor. Einer nachhaltigen Finanzpolitik entspricht dies nicht.

Tabelle:

Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bis 2014<sup>1</sup>

	2009	2010	2011	2012 bis 2014 <sup>2</sup>
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Private Konsumausgaben	0,4	0,0	1,2	1
Konsumausgaben des Staates	2,9	1,5	0,9	1¼
Bruttoanlage- investitionen	-8,2	2,3	0,6	2¼
Exporte	-14,3	8,4	6,6	7½
Importe	-8,4	6,2	6,2	6½
Bruttoinlandsprodukt	-4,8	1,9	1,8	2
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen	-3,4	2,3	2,4	3
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Erwerbstätige (Inland)	0,0	-1,8	-0,6	1½
Erwerbslosenquote	7,5	8,7	9,0	8½
	in % zum nominalen BIP			
	2009	2010	2011	2014
Finanzierungssaldo des Staates	-3,1	-5,0	-5,1	-2½

<sup>1</sup> Datenstand: 14.12.2009 – <sup>2</sup> Durchschnittliche Entwicklung. - In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen in der mittleren Frist auf ¼-Punkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IWH.

*Will die Finanzpolitik ihre selbst eingegangene Verpflichtung erfüllen und – wie es die Schuldenbremse fordert – die strukturelle Defizitkomponente auf maximal 0,35% in Relation zum nomi-*

\* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 79/2009 am 22. Dezember 2009 veröffentlicht.

nenen BIP zurückführen, so errechnet sich nach der hier vorgestellten Projektion ein notwendiges Einsparvolumen von knapp 60 Mrd. Euro. Wird im Jahr 2011 mit der Konsolidierung begonnen und soll die strukturelle Defizitquote im Jahr 2016 bis auf 0,35% zurückgeführt worden sein, müssten durchschnittlich elf Mrd. Euro pro Jahr eingespart

werden. Dies ist ambitioniert, keinesfalls aber aussichtslos. Will die Finanzpolitik Steuerentlastungen oder Ausgabensteigerungen umsetzen, muss der Spielraum hierfür zusätzlich erwirtschaftet werden.

Kristina van Deuverden,  
Rolf Scheufele (Seite 42)

## Unternehmensnetzwerke in der Photovoltaik-Industrie – starke Verbundenheit und hohe Kooperationsintensität

Die Photovoltaik-Industrie (PV-Industrie) ist als vergleichsweise neuer Industriezweig durch ein hohes Maß an Unsicherheit geprägt. Welcher der verschiedenen Technologiepfade sich durchsetzen wird, lässt sich heute ebenso wenig abschätzen wie die zukünftige Marktentwicklung. Ein wichtiges Instrument, um diesen Unsicherheiten zu begegnen, stellen Unternehmensnetzwerke dar. Wie stark die deutsche PV-Industrie bereits vernetzt ist, war jedoch bisher kaum bekannt. Der vorliegende Beitrag versucht diese Lücke zu schließen, indem erstmalig ein Überblick darüber gegeben wird, inwieweit die Photovoltaikunternehmen in Netzwerken eingebunden sind.

Die empirische Untersuchung der Netzwerkstruktur der deutschen PV-Industrie bestätigt die vermutete hohe Zahl an Netzwerkbeziehungen. Fast neun Zehntel der Unternehmen kooperieren mit anderen in Deutschland ansässigen PV-Unternehmen. Auch die Kooperationsintensität der Branche erweist sich als überdurchschnittlich im Vergleich zu

anderen Branchen. Im Mittel kooperiert ein Unternehmen mit jeweils etwa 5,8 anderen PV-Unternehmen. Damit sind gute Voraussetzungen für einen regen Informationsaustausch in der Branche gegeben. Insgesamt lässt die hohe Kooperationsintensität der deutschen PV-Industrie vermuten, dass es den Unternehmen gelingt, Vorteile aus der räumlichen Ballung der Industrie in Deutschland zu ziehen.

Trotz des dichten Netzwerkes, welches sich bereits in der Industrie entwickelt hat, kann eine darauf aufbauende ergänzende Förderung weiterer Vernetzungsaktivitäten ein effizienter Weg sein, die Innovationskraft und das Wachstum der bestehenden industriellen Strukturen zu unterstützen. Dies kann umso eher gelingen, wenn die Ergebnisse der Netzwerkanalyse bei der Ausgestaltung der Förderung Berücksichtigung finden.

Christoph Hornych,  
Matthias Brachert (Seite 57)

# Langsame Erholung ermöglicht Einstieg in die Konsolidierung\*

## Internationale Konjunktur

### *Weltkonjunktur auf Erholungskurs*

Ende 2009 hat die Weltwirtschaft wieder vorsichtig Tritt gefasst. Im dritten Quartal nahm die gesamtwirtschaftliche Produktion in den USA und im Euroraum wieder zu, in Japan schon das ganze Sommerhalbjahr über. Der japanische Export profitiert von der besonders kräftigen Erholung der Wirtschaft in China, aber auch im gesamten ost- und südasiatischen Wirtschaftsraum. Weltweit belebt sich mit den Handelsströmen auch wieder die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe. Freilich liegen die Niveaus der Industrieproduktion noch ganz erheblich unter ihren Höchstständen Anfang 2008, im Fall der OECD-Länder im September um 14% und damit nur auf dem Niveau von 2003.

Trotzdem haben die Preise für Rohstoffe und Energie schon seit März erheblich angezogen. Erdöl ist Mitte Dezember mit 70 US-Dollar pro Barrel (WTI) etwa so teuer wie in der Hochkonjunktur im Sommer 2007. Der Anstieg der Rohstoffpreise ist Teil der allgemeinen und kräftigen Erholung der Vermögenspreise. So liegen die Aktienindizes S&P 500 für die USA und Euro Stoxx 50 für den Euroraum im Dezember etwa 45% über ihrem Tiefpunkt im März 2009. Auch die Kurse der Unternehmensanleihen sind weltweit gestiegen. Noch deutlich spektakulärer haben die Vermögenspreise in vielen Schwellenländern zugelegt.

Im Wesentlichen ist es der zügigen Erholung der Finanzmärkte zu verdanken, dass die Realwirtschaft wieder etwas Tritt gefasst hat. Dies ist vor allem ein Erfolg der weltweit extrem expansiven Geldpolitik und der Stützung des Finanzsektors: Kurzfristzinsen für besicherte Kredite nahe der Null-Prozent-Grenze und umfangreiche Aufkäufe von Aktiva mit gutem Rating durch wichtige Zentralbanken haben die relative Attraktivität von risiko-reicheren Vermögenseiteln deutlich erhöht. Zusammen mit verschiedenen öffentlichen Stützungsprogrammen hat die expansive Geldpolitik auch den Bankensektor in den Industrieländern stabilisiert. Allerdings sind die Volumina der Unternehmenskredite

in den USA und Westeuropa bis zuletzt ungebremst geschrumpft, obwohl die Investitionstätigkeit zu meist stark verlangsamt gesunken ist oder, wie in den USA oder Deutschland, schon wieder etwas zugelegt hat. In der vorsichtigen Geschäftspolitik der Banken schlagen sich neben den nach wie vor hohen Ausfallrisiken auch Konsolidierungsbemühungen als Folge der Finanzkrise nieder. Dies erschwert die Erholung insbesondere in Volkswirtschaften mit bankorientierten Finanzierungssystemen.

Die wichtigsten Zentralbanken werden wohl nicht vor der zweiten Hälfte des Jahres 2010 beginnen, den Kurs extrem expansiver Geldpolitik zurückzufahren. Zwar haben die norwegische und australische Zentralbank angesichts der in diesen Ländern kräftigen Erholung bereits im Herbst mit Leitzinsanhebungen begonnen. Aber in der Regel werden auch dort, wo es nicht zu einer Bankenkrise gekommen ist, die Produktionskapazitäten im Jahr 2010 deutlich unterausgelastet bleiben. In den USA und in Westeuropa werden allerdings die Staatshilfen für Banken sowie die hohe Liquiditätsausstattung des Finanzsektors im Zuge von dessen weiterer Erholung behutsam zurückgeführt werden.

Von Seiten der Finanzpolitik werden sich im Jahr 2010 eine expansive Ausrichtung in einigen Ländern wie Japan oder Deutschland und eine begrenzt restriktive Ausrichtung andernorts in etwa die Waage halten. In der Krise haben expansive Finanzpolitiken in den entwickelten Volkswirtschaften und vielen Schwellenländern zur Stabilisierung der Lage beigetragen. Noch mehr fielen die – von Land zu Land unterschiedlich bedeutenden – automatischen Stabilisatoren ins Gewicht. Allerdings scheint aus heutiger Perspektive die Wachstumsdynamik vieler Länder vor der Krise nicht nachhaltig gewesen zu sein. Deshalb ist nicht damit zu rechnen, dass sich die hohen Budgetdefizite ohne konsequente Konsolidierungsmaßnahmen im nächsten Aufschwung wieder zurückbilden werden. Eine wesentliche Aufgabe für die Wirtschaftspolitik in vielen Ländern wird in den kommenden Jahren darin bestehen, für Vertrauen der Kapitalmärkte in die Stabilität der Staatsfinanzen zu sorgen. Nur wenn dies gelingt, werden die vielfach sehr hohen Schuldenstände zu finanzieren sein. Gegenwärtig

\* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 78/2009 am 16. Dezember 2009 veröffentlicht.

sind die Renditen für Staatstitel hoher Bonität niedrig, auch für das hoch defizitäre Großbritannien deutlich unter 4%. Andererseits sind jüngst die Risikozuschläge von Titeln verschiedener Länder mit schwächerem Rating stark angestiegen. Zu nennen sind das Emirat Dubai, wo eine staatseigene Holding ihre Gläubiger um Zahlungsaufschub ersuchen musste, aber auch das Euroraum-Mitglied Griechenland, wo die neue Regierung die Prognosen für das Staatsdefizit drastisch erhöht hat.

Allerdings vermögen solche Störfälle begrenzter Dimension die Stabilität der internationalen Finanzmärkte wohl nicht mehr ernsthaft zu gefährden. Damit ist eine wichtige Voraussetzung dafür erfüllt, dass sich die weltwirtschaftliche Erholung in den Jahren 2010 und 2011 fortsetzt. Aufwind kommt auch von den wichtigsten Schwellenländern: Die Rohstoffexporteure profitieren von den wieder recht hohen Preisen. Für eine im Prognosezeitraum hohe Wachstumsdynamik in China spricht, dass sie sich zu einem Gutteil aus Produktivitätsgewinnen speist, und dass die politische Führung den Willen und zumindest im Prognosezeitraum auch die Spielräume für eine Politik der Nachfragestimulierung besitzt.

In den Industrieländern wird die Erholung im Jahr 2010 nicht in einen kräftigen Aufschwung münden. Dafür sprechen verschiedene Gründe: Zum einen ist die Finanzpolitik, in der Summe über alle entwickelten Länder, kaum mehr expansiv ausgerichtet. Zudem werden die Probleme des Bankensektors in den USA und in Westeuropa die expansive Wirkung der Geldpolitik auch weiterhin wenn schon nicht blockieren, so doch mindern. Schließlich hemmen Friktionen beim Abbau der globalen Ungleichgewichte den Nachfrageanstieg: Die drei Länder mit den absolut größten Leistungsbilanzdefiziten vor Ausbruch der Krise, die USA, Großbritannien und Spanien, waren auch Länder mit kräftigen Zuwachsraten des privaten Konsums und der Immobilienpreise. Diese „Immobilienblase“ ist in der Krise geplatzt. Wegen der erheblichen Vermögensverluste wird der private Konsum in diesen Ländern längere Zeit über nur verhalten expandieren. Schon im Jahr 2009 waren die Leistungsbilanzdefizite dort deutlich niedriger als vor der Krise im Jahr 2007. Für die USA erleichterte die reale effektive Abwertung des Dollars im Lauf des Jahres 2009 den Anpassungsprozess.

Allerdings hat China und damit ausgerechnet das Land mit dem weitaus größten Leistungsbilanzüberschuss seine Währung seit Juli 2008 wieder an den Dollar gebunden. Andere Schwellenländer versuchen, eine Aufwertung gegenüber dem Gespann aus Dollar und Renminbi über Devisenmarktinterventionen oder Kapitalverkehrskontrollen abzumildern. Ein Hauptrisiko für die Fortsetzung der weltwirtschaftlichen Erholung ist damit, dass mit den Wechselkursen zentrale Preismechanismen blockiert werden, die eine Anpassung von Angebot und Nachfrage auf den Weltmärkten in der Nach-Krisenzeit erleichtern könnten.

Die wichtigsten weltwirtschaftlichen Annahmen, die dieser Prognose zugrunde liegen, sind in Kasten 1 zusammengefasst.

Kasten 1:  
Weltwirtschaftliche Annahmen für die Prognose

Der Prognose liegen folgende Annahmen zugrunde:

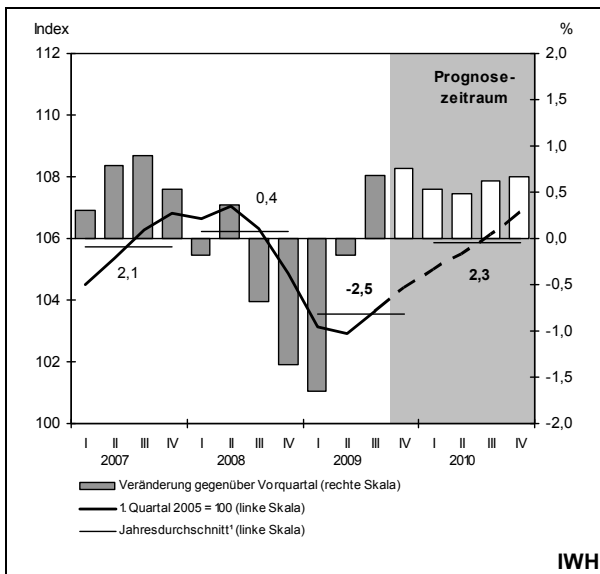
- Der US-Dollar-Kurs des Euro liegt in den Jahren 2010 und 2011 bei 1,50.
- Die Europäische Zentralbank erhöht im vierten Quartal 2010 den maßgeblichen Leitzins auf 1,25%. Ende 2011 liegt der Zins bei 2,0%.
- Der Welthandel steigt im Jahr 2010 um 7,8% und im Jahr 2011 um 6%.
- Der Ölpreis (Marke Brent) liegt im Jahr 2010 im Schnitt bei 80 und im Jahr 2011 bei 84 US-Dollar pro Barrel.

Die für Deutschland darüber hinaus geltenden Annahmen werden in Kasten 2 dargelegt.

### ***Schleppende Erholung in den USA***

In den USA erholt sich die Konjunktur seit dem Sommer 2009; das Bruttoinlandsprodukt nahm im dritten Quartal um 0,7% zu (vgl. Abbildung 1). Damit scheint die tiefe Rezession nach eineinhalb Jahren zu Ende gegangen zu sein. Die Belebung speiste sich aus verschiedenen Quellen: Die Konsumausgaben der privaten Haushalte stiegen um 0,7%. Der Wohnungsbau legte erstmals seit 14 Quartalen wieder zu (4,6%), und auch die Ausrüstungsinvestitionen konnten wieder ein leichtes Plus verbuchen (0,6%). Der Wirtschaftsbau schrumpfte

Abbildung 1:  
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA  
- Saisonbereinigter Verlauf -



<sup>1</sup> Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des IWH; ab 4. Quartal 2009: Prognose des IWH.

hingegen erneut um 4%. Die Exporte stiegen deutlich (4%), die Importe noch etwas kräftiger.

Die Erholung setzte sich auch im vierten Quartal fort. Der Konsum zeigte sich bis zuletzt robust und dürfte somit im vierten Quartal wiederum das Wirtschaftswachstum gestützt haben. Zuletzt trug ein Rückgang des seit mehreren Quartalen anhaltenden Lagerabbaus zum Produktionszuwachs bei. Diese Dynamik wird im Laufe des Jahres 2010 allmählich nachlassen. Aber auch die derzeit recht hohe Konsumdynamik wird sich in den kommenden Monaten so nicht fortsetzen. Der Ausgabenpielraum vieler privater Haushalte ist aufgrund der hohen Verschuldung und der durch die Finanzkrise erlittenen Vermögensverluste weiter stark eingeschränkt. Die Folge ist eine tendenziell steigende Sparquote: Zwischen April und September lag sie durchschnittlich bei 4,9%.<sup>1</sup> Für eine anhaltend stabile Konsumententwicklung wäre ein deutlicher Beschäftigungsaufbau Voraussetzung. Arbeitsplätze werden aber nach wie vor abgebaut, allerdings in zuletzt deutlich verlangsamtem Tempo. Die Arbeitslosenquote liegt derzeit bei 10% und ist damit erstmals seit 1983 wieder zweistellig. Mittlerweile

<sup>1</sup> Im Jahr 2008 betrug die Sparquote 2,7%, 2007 gar nur 1,7%.

ist fast der gesamte Beschäftigungsaufbau des vorangegangenen Aufschwungs wieder verloren gegangen, was im Vergleich zu früheren Rezessionen einer außerordentlich starken Reaktion des Arbeitsmarktes entspricht.

Tabelle 1:  
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2009	2010	2011
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Reales Bruttoinlandsprodukt	-2,5	2,3	2,6
Privater Konsum	-0,6	1,3	2,1
Staatskonsum und -investitionen	2,2	3,1	1,5
Private Bruttoanlageinvestitionen	-24,1	6,3	7,0
Inländische Verwendung	-3,4	2,3	2,6
Exporte	-10,6	5,4	5,9
Importe	-14,2	4,7	5,1
Außenbeitrag <sup>1</sup>	1,0	-0,1	0,0
Verbraucherpreise	-0,3	2,0	2,0
	<i>in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts</i>		
Budgetsaldo <sup>2</sup>	-10,0	-9,6	-7,0
Leistungsbilanzsaldo	-3,0	-3,0	-2,8
	<i>in % der Erwerbspersonen</i>		
Arbeitslosenquote	9,3	9,9	9,2

<sup>1</sup> Wachstumsbeitrag. – <sup>2</sup> Bundesstaat.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Prognose des IWH.

Frühindikatoren deuten für die erste Jahreshälfte 2010 auf eine nur verhaltene Investitionstätigkeit der Unternehmen hin. Der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe (ISM-Index) befindet sich seit August etwas über der Expansionsmarke dieses Wirtschaftszweiges, gab zuletzt jedoch wieder etwas nach. Die Auftragseingänge für zivile Investitionsgüter ohne Flugzeugbau sowie auch die Auslieferungen in dieser Kategorie haben sich zwar erholt, können aber noch keinen eindeutigen Aufwärtstrend vorweisen. Auch die vierteljährliche Bankenumfrage des Federal Reserve Board (Fed) deutet an, dass sich die Kreditvergabesituation Ende 2009 weiter entschärft hat; ein Normalzustand bei den Vergabebedingungen ist aber noch lange nicht erreicht. Dies wird die Investitionstätigkeit der Unternehmen auch im Jahr 2010 erschweren.

Das Außenhandelsdefizit hat sich im Zuge der Rezession deutlich verringert. Während das Defizit im ersten Quartal 2008 noch 5,2% des nominalen Bruttoinlandsprodukts entsprach, lag es im dritten Quartal 2009 nur noch bei 2,8%. Hauptgrund für die drastische Reduktion war der massive Einbruch der Binnennachfrage. Im Jahr 2008 gingen die Importe um mehr als 3% zurück, im ersten Quartal 2009 sanken sie sogar um mehr als 10% zum Vorquartal. Ein weiterer Grund liegt darin, dass die Produktivität der Unternehmen im nicht-landwirtschaftlichen Sektor seit Rezessionsbeginn kräftig (um 4,8%) gestiegen ist. Zudem hat der reale effektive Wechselkurs seit April 2009 deutlich nachgegeben und liegt gegenwärtig auf einem aus langfristiger Perspektive recht niedrigen Niveau. Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sowie der Zwang zur Konsolidierung der Vermögensposition bei vielen privaten Haushalten lassen vermuten, dass sich das Außenhandelsdefizit im Prognosezeitraum trotz der konjunkturellen Erholung nicht wieder stark ausweiten wird.

Zu Beginn des Jahres 2010 wird die Erholung erst einmal an Schwung verlieren. Der Konsum der privaten Haushalte wird vom Trend zu höheren Sparquoten gedämpft. Auch wird sich die Verfügbarkeit von Krediten noch einmal verschlechtern. Denn die zahlreichen Insolvenzen kleinerer Banken zeigen, dass im Finanzsektor weiter Konsolidierungsbedarf besteht. Erst allmählich dürfte dieser bremsende Faktor an Bedeutung verlieren. Dann werden sich auch die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt ein wenig verbessern. Allerdings laufen in der zweiten Jahreshälfte die Wirkungen des Konjunkturpakets aus. Ab Mitte 2010 muss wohl auch der Immobilienmarkt ohne die Stützungsmaßnahmen der US-Regierung auskommen.<sup>2</sup>

Für das Jahr 2010 ist mit einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um 2,3% zu rechnen, 2011 dürfte es um 2,6% zunehmen (vgl. Tabelle 1). Die Fed wird aufgrund der für die USA vergleichsweise langsamen wirtschaftlichen Erholung auch im Jahr 2010 an ihren niedrigen Leitzinsen festhal-

---

<sup>2</sup> Nicht zuletzt aufgrund der staatlichen Hilfen stabilisierte sich der Immobilienmarkt; seit Mai 2009 steigen die Hauspreise wieder. So gewährte die Regierung u. a. Steuergutscheine von bis zu 8 000 Dollar für Erstkäufer von Häusern. Dieser Steuervorteil sollte Ende November auslaufen, wurde jedoch bis April 2010 verlängert.

ten; erst ab Jahresmitte sind erste Zinserhöhungen zu erwarten.

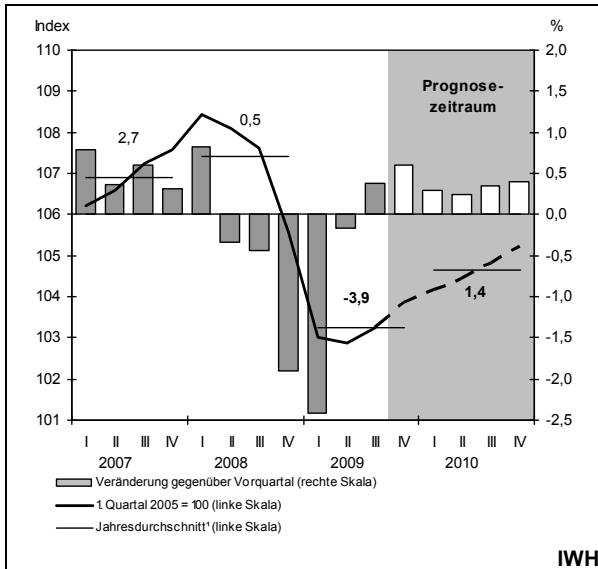
## Europäische Union

### *Euroraum: Risiko einer gespaltenen Erholung*

Zur Jahreswende scheint die Wirtschaft im Euroraum die Rezession hinter sich gelassen zu haben. Die wichtigsten Stimmungsindikatoren sind seit dem Frühjahr in der Tendenz gestiegen, ebenso wie die Industrieproduktion (allerdings von extrem niedrigem Niveau aus). Die gesamtwirtschaftliche Produktion hat im dritten Quartal zum ersten Mal seit eineinhalb Jahren wieder ein wenig (um 0,4%) zugelegt (vgl. Abbildung 2). Der Anstoß kam allerdings nicht von Unternehmen und privaten Haushalten im Euroraum selbst, sondern vom Staatskonsum und vor allem von den Exporten (vgl. Tabelle 2). Diese expandierten nach den schweren Einbrüchen in der ersten Jahreshälfte wieder deutlich und auch stärker als die Importe. Die Investitionen waren dagegen rückläufig, verglichen mit den Quartalen zuvor jedoch deutlich verlangsamt. Auch der private Konsum nahm etwas ab. Die privaten Haushalte im Euroraum haben ihre Sparquote im Krisenjahr 2009 deutlich (von gut 14 auf 15½% im Sommer) angehoben, während ihre real verfügbaren Einkommen, gemessen an Produktionseinbruch und stark rückläufiger Beschäftigung, auch dank finanzpolitischer Maßnahmen recht stabil geblieben sind. Die Entgelte je Arbeitnehmer stagnierten in etwa, während die Stundenlöhne im Sommer noch recht stark zugelegt haben – eine Folge der Kurzarbeit nicht nur in Deutschland, sondern etwa auch in Österreich und Italien. Da die Preise deutlich langsamer stiegen, sind die Gewinne zumindest bis zum Sommer 2009 laufend stark geschrumpft, und der hohe Verschuldungsgrad der Unternehmen ist noch weiter gestiegen. Allerdings sind die realen Finanzierungskosten laut EZB-Indikator bis in den Herbst hinein auf ein ausgesprochen niedriges Niveau gesunken – ein Resultat der Entspannung auf den Finanzmärkten und ein Erfolg der Geldpolitik. Freilich kann der Indikator die Finanzierungsbedingungen in ihrer Gesamtheit nicht vollständig abbilden, wie die fortgesetzte (wenn auch zuletzt abgeschwächte) Verschärfung der Kreditkonditionen für Unternehmen laut Bank Lending Survey der EZB zeigt.

Jedenfalls ist im Jahr 2010 nicht mit einem kräftigen Wiederanziehen der Anlageinvestitionen zu rechnen, zumal die Finanzpolitik insgesamt kaum

Abbildung 2:  
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum  
- Saisonbereinigter Verlauf -



<sup>1</sup> Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des IWH; ab 4. Quartal 2009: Prognose des IWH.

Tabelle 2:  
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2009	2010	2011
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Reales Bruttoinlandsprodukt	-3,8	1,4	1,6
Privater Konsum	-1,0	0,2	0,5
Öffentlicher Konsum	2,4	1,9	1,8
Bruttoanlageinvestitionen	-10,0	-0,2	2,7
Inländische Verwendung	-2,8	0,8	1,4
Exporte <sup>1</sup>	-13,4	7,3	4,8
Importe <sup>1</sup>	-11,3	6,0	4,6
Außenbeitrag <sup>2</sup>	-1,0	0,5	0,1
Verbraucherpreise <sup>3</sup>	0,4	1,2	1,6
Lohnstückkosten <sup>4</sup>	6,0	0,2	0,8
	in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts		
Budgetsaldo <sup>5</sup>	-6,2	-6,8	-6,3
Leistungsbilanzsaldo	-1,0	-0,8	-0,5
	in % der Erwerbspersonen		
Arbeitslosenquote <sup>6</sup>	9,4	10,2	10,5

<sup>1</sup> Einschließlich Intrahandel. – <sup>2</sup> Wachstumsbeitrag. – <sup>3</sup> Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – <sup>4</sup> Bruttowertschöpfung je Beschäftigten. – <sup>5</sup> Gesamtstaatlich. – <sup>6</sup> Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Prognose des IWH.

mehr expansiv ausgerichtet ist und sich die Baubranche in mehreren Ländern, vor allem in Spanien, in der Krise befindet. Eine Gegenbewegung zum starken Lagerabbau während der Rezession wird die Erholung aber wohl eine Zeit lang stützen. Vor allem wird der Euroraum über ein weiteres Anziehen der Exporte von der Belebung des Welthandels profitieren, auch wenn die reale effektive Aufwertung des Euro etwas dämpft. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit wird wohl nicht vor Mitte des Jahres auslaufen, und der private Verbrauch wird kaum mehr als stagnieren. Alles in allem dürfte die Wirtschaft im Euroraum im Jahr 2010 mit 1,4% expandieren und auch im Jahr 2011 nur langsam weiter Fahrt aufnehmen.

Ein ernstes Risiko für die Wirtschaft im Euroraum besteht in einer Spaltung der Konjunktur: Der Produktionszuwachs kam im Herbst aus einem nördlichen Block – vor allem aus Frankreich und Deutschland. Andere Länder, vor allem im Süden, aber auch Irland, hinken hinterher. In diesen Ländern sind auch die Schwierigkeiten auf den Immobilienmärkten besonders gravierend, und die Lage der öffentlichen Haushalte ist besonders prekär. Stellt sich dort anders als im nördlichen Block im Jahr 2010 keine Erholung ein, kommen auf die Wirtschafts- und insbesondere auf die gemeinsame Geldpolitik erhebliche ökonomische und wohl auch politische Spannungen zu.

### Großbritannien: Licht am Ende des Tunnels

Großbritannien ist die einzige unter den größeren Volkswirtschaften, in der die gesamtwirtschaftliche Produktion im dritten Quartal weiter zurückging. Aber auch hier scheint die Rezession allmählich zu Ende zu gehen: Privater Konsum und Investitionen sanken zuletzt nur leicht, und die Exporte nahmen erstmals nach Ausbruch der Krise wieder etwas zu. Die Vertrauensindikatoren sind auch in Großbritannien seit dem Frühjahr im Trend steigend. Der Anstieg der Arbeitslosenrate ist im Sommer bei etwas unter 8% zum Stehen gekommen. Er war gemessen am Produktionseinbruch bisher moderat. Deshalb ist freilich auch das Risiko einer erneuten Verschlechterung der Arbeitsmarktlage recht hoch.

Die Bank of England vermutet, dass die Teuerungsrate im Jahresverlauf deutlich unter das Inflationsziel von 2% sinkt. Sie wird deshalb ihren Leitzins wohl das ganze Jahr 2010 über bei einem

halben Prozentpunkt belassen. Dagegen dürfte die Bank ihre Politik des Ankaufs von Anleihen (*quantitative easing*) in den nächsten Monaten beenden, wenn sich die Anzeichen für eine gesamtwirtschaftliche Erholung bestätigen. Die Finanzpolitik wird im Jahr 2010 ihre expansive Ausrichtung aufgeben. So läuft die befristete Absenkung der Mehrwertsteuer um eineinhalb Prozentpunkte Ende des Jahres aus, und auf Boni für Banker soll eine Sondersteuer erhoben werden. Hintergrund ist die prekäre Haushaltslage: Im Jahr 2009 beträgt die Defizitquote wohl über 12%.

Das öffentliche Interesse an den im Finanzsektor gezahlten Boni wurde auch durch die gute Ertragslage im Investmentbereich geweckt. Diese erleichtert auch die Durchführung von Kapitalerhöhungen der Großbanken zur Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis. Den Banken kommt zudem zugute, dass die Preise für Wohnimmobilien seit Mitte des Jahres 2009 wieder steigen. Vor allem verbessert sich aber dadurch die Vermögenssituation der privaten Haushalte.

Weil sich mit dem Finanzsektor und der Immobilienwirtschaft zwei für Großbritannien besonders wichtige Sektoren zu festigen scheinen, stehen die Chancen für eine langsame, aber fortgesetzte Erholung der Wirtschaft nicht schlecht. Zudem profitieren die Produzenten handelbarer Güter von der Abwertung des Pfundes (um fast ein Viertel seines real effektiven Wertes seit Beginn der Finanzkrise). Für 2010 ist vor diesem Hintergrund damit zu rechnen, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion um 1,3% zunimmt. Im Jahr darauf dürfte sich die gesamtwirtschaftliche Expansion auf 2,0% beschleunigen.

### ***Talsole auch in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern durchschritten***

In den mittel- und osteuropäischen Ländern hat sich die konjunkturelle Lage zur Jahreswende überwiegend auf einem sehr niedrigen Niveau stabilisiert. Zum Jahresbeginn waren die Produktion und die Exporte aufgrund des Nachfrageeinbruchs teilweise um nahezu ein Viertel gefallen. Die Unternehmen hatten ihre Investitionen bei geringer Kapazitätsauslastung stark eingeschränkt, was auch zu geringeren Importen führte. Der Außenbeitrag hat sich in der Folge in fast allen Ländern im Jahr 2009 vergrößert, ohne den Rückgang der Binnennachfrage ausgleichen zu können. Damit verbunden war

eine – möglicherweise nur vorübergehende – Verringerung der zum Teil hohen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte: Die Defizite in den Handels- und Leistungsbilanzen haben sich vielfach stark reduziert oder sogar in Überschüsse verwandelt. Dazu hat auch eine schwache oder sogar rückläufige Entwicklung des privaten Konsums beigetragen.

Unter den Ländern der Region ist die Lage allerdings sehr differenziert: Besonders drastisch, mit zweistelligen Raten im Vorjahresvergleich, sank die Wirtschaftsleistung bis in den Herbst hinein in den baltischen Staaten, wo die Überhitzung der Wirtschaften aus der Zeit vor der Finanz- und Wirtschaftskrise insbesondere auf den Immobilienmärkten und bei den Finanzdienstleistungen hart korrigiert wurde. Auch in Rumänien, Ungarn und Slowenien war der Rückgang mit mehr als 7% überdurchschnittlich hoch. Dagegen erwies sich die polnische Wirtschaft als außerordentlich robust, auch wenn es dort ebenfalls zu einer Nachfrageabschwächung kam. Jedoch war die Wirtschaft aufgrund der geringeren Exportquote – sie ist etwa nur halb so hoch wie in der Slowakei, Slowenien, Ungarn oder Tschechien – vom Einbruch des Welthandels weniger getroffen. Darüber hinaus hat Polen von seinem flexiblen Wechselkurs profitiert, der externe Schocks abfederte.

Die Inflation hat sich im Jahresverlauf überall stark verringert, wobei in einigen Ländern (Polen, Ungarn, Rumänien) Erhöhungen der administrierten Preise oder der Verbrauchsteuern sowie noch immer signifikante Lohnsteigerungen im Staatssektor eine noch stärkere Verlangsamung des Preisanstieges verhindert haben. Während die Geldpolitik als Reaktion auf den Konjunkturreinbruch überwiegend gelockert wurde, hat die Finanzpolitik angesichts der konjunkturell bedingten Ausweitung der Budgetdefizite zumeist einen Sparkurs eingeschlagen, der sich – im Falle Ungarns und Lettlands – auch an den Auflagen der Stabilisierungskredite des Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Union zu orientieren hat. Die Arbeitsmarktlage hat sich in der Region erheblich verschlechtert, obwohl der Anstieg der Erwerbslosigkeit von Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung vorübergehend verzögert wurde. Die Aussichten für den Arbeitsmarkt im Jahr 2010 sind eingetrübt, in einzelnen Ländern werden sogar zweistellige Arbeitslosenquoten erreicht werden.

Der Außenhandel dürfte im Prognosezeitraum von dem Wiederrücken der Nachfrage aus Westeuropa profitieren. Für eine deutliche wirtschaftliche Expansion reicht der außenwirtschaftliche Impuls in den meisten Ländern aber wohl nicht aus. Nach einem Rückgang im Jahr 2009 um etwa 4% wird das Bruttoinlandsprodukt der Region daher im Jahr 2010 vorerst nur stagnieren.

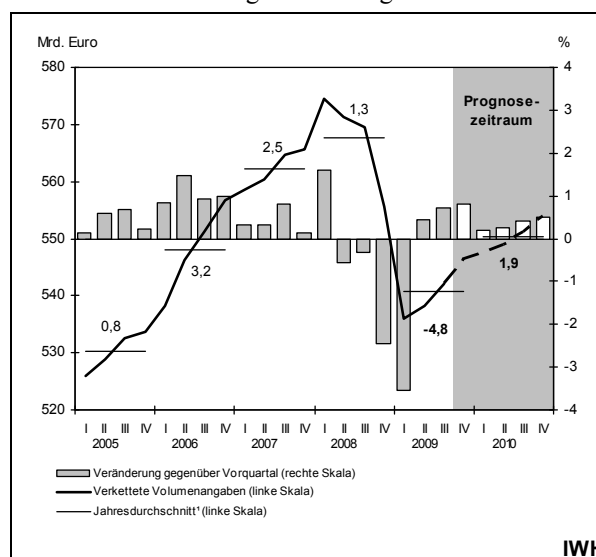
## Deutsche Konjunktur

### Langsame Erholung

Aufgrund der hohen Exportorientierung wurde die deutsche Wirtschaft vom weltweiten Nachfrageeinbruch besonders stark getroffen. Nach dem heftigen Einbruch im Winterhalbjahr 2008/09 hat die Produktion insbesondere in der zweiten Hälfte 2009 jedoch wieder Tritt gefasst (vgl. Abbildung 3). Ausschlaggebend hierfür war in erster Linie die Wiederbelebung der Auslandsnachfrage, in deren Folge insbesondere die Warenausfuhren recht kräftig expandierten. Doch auch die Investitionen erholten sich im Verlauf des Jahres 2009. Vor allem die Bauinvestitionen lieferten, insbesondere durch die im Zuge der konjunkturpolitischen Maßnahmen deutlich ausgeweitete öffentliche Bautätigkeit, kräftige konjunkturelle Impulse. Zudem wurden unternehmerische Ersatzinvestitionen durch die leichte Aufhellung der Weltkonjunktur etwas angeregt. Der private Konsum entwickelte sich dagegen, nach einem kräftigen ersten Halbjahr, in den vergangenen Monaten schwach.

Im Jahr 2010 wird zunächst vor allem der Außenhandel, im weiteren Verlauf aber auch zunehmend die Investitionstätigkeit zum Produktionsanstieg beitragen (vgl. Tabelle 3). Obgleich die Produktionskapazitäten über den gesamten Prognosezeitraum hinweg unterausgelastet bleiben, ergibt sich ein zunehmender Bedarf an Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen. Die im Zuge der Rezession stark gesunkene Arbeitsproduktivität zwingt die Produzenten jedoch zunehmend, die Lohnstückkosten durch den Abbau von Beschäftigung zu reduzieren. Folglich wird die Arbeitslosigkeit deutlich zunehmen und die private Konsumnachfrage dämpfen. Zudem entfallen die nachfragestimulierenden Maßnahmen der nach und nach auslaufenden Konjunkturpakete, sowohl im Inland wie auch im Ausland.

Abbildung 3:  
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland  
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



<sup>1</sup> Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 4. Quartal 2009: Prognose des IWH.

Tabelle 3:  
Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts  
- in Prozentpunkten -

	2009	2010
Konsumausgaben	0,7	0,3
Private Konsumausgaben	0,2	0
Konsumausgaben des Staates	0,5	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	-1,6	0,4
Ausrüstungen	-1,6	0,2
Bauten	0	0,2
Sonstige Anlagen	0,1	0
Vorratsveränderung	-0,5	0,1
Inländische Verwendung	-1,4	0,8
Außenbeitrag	-3,4	1,1
Exporte	-6,8	3,4
Importe	3,4	-2,3
Bruttoinlandsprodukt	-4,8	1,9

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Alles in allem wird sich die konjunkturelle Dynamik nicht in dem Maße wie in den vergangenen Monaten, sondern leicht abgeschwächt fortsetzen. Bis zum Ende des Prognosezeitraums wird die gesamtwirtschaftliche Produktion hinter dem Vorkrisenniveau zurückbleiben. Die dieser Prognose zu-

## Kasten 2:

Annahmen für die Prognose der deutschen Konjunktur

Außer den weltwirtschaftlichen und geldpolitischen Annahmen liegen der Konjunkturprognose für Deutschland weitere Annahmen zugrunde:

- Die Tariflöhne steigen in Deutschland im Jahr 2010 um 1,4 % und im Jahr 2011 um 1,3%.
- Der kumulierte Beitragssatz zur Sozialversicherung bleibt im Jahr 2010 konstant; wie angekündigt wird der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung erst zum 1. Januar 2011 angehoben.
- Die Finanzpolitik ist im Jahr 2010 deutlich expansiv ausgerichtet. Die strukturelle Defizitquote wird um 1½, die konjunkturelle um zwei Prozentpunkte zunehmen. Auch im Jahr 2011 wird die Finanzpolitik expansiv ausgerichtet sein.

grunde liegenden Annahmen sind in Kasten 2 dargestellt.

### Exporte im Aufwind

Bis Mitte 2009 setzte sich der durch die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise hervorgerufene und seit Sommer 2008 anhaltende Exportrückgang weiter fort. Die deutschen Ausfuhren brachen im internationalen Vergleich sogar außerordentlich stark ein. Verantwortlich dafür war die hohe Spezialisierung der deutschen Wirtschaft auf Investitionsgüter, die vom weltweiten Nachfrageeinbruch besonders betroffen waren. Anders als in der Vergangenheit mussten die Exportgüterproduzenten in dieser schweren Rezession Exporteinbußen in sämtlichen Regionen hinnehmen. So gingen die Lieferungen nach Südostasien und in die BRIC-Staaten, hier aufgrund des starken Nachfrageeinbruchs in Russland, kaum weniger zurück als die Ausfuhren nach Japan und in die Partnerländer in der EU. Innerhalb Europas war der Rückgang der Exporte in den Euroraum unterdurchschnittlich. Dagegen sind die Lieferungen in die mittel- und osteuropäischen Länder, die in der Vergangenheit häufig als Stütze des deutschen Exports galten, seit Mitte 2008 um gut ein Viertel eingebrochen. Noch stärker gingen die Exporte in die NAFTA-Länder zurück, hier vor allem die Lieferungen in die USA (vgl. Tabelle 4).

In der zweiten Hälfte des Jahres 2009 haben sich die Ausfuhren, mit Ausnahme der Lieferungen

Tabelle 4:

Deutsche Exporte nach Regionen

- Spezialhandel in jeweiligen Preisen; saisonbereinigt -

Ländergruppe	Veränderung gegenüber dem Vorzeitraum in %			
	2008	2009		
		1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal
EU 27	-0,2	-10,9	-4,2	5,5
Euroraum	-1,7	-8,8	-5,2	6,1
Neue EU-Länder <sup>1</sup>	6,8	-16,5	-3,3	4,3
NAFTA <sup>2</sup>	-2,0	-14,7	-3,2	-9,7
USA	-2,6	-13,4	-3,0	-12,0
Südostasien <sup>3</sup>	0,9	-12,4	3,4	8,4
BRIC <sup>4</sup>	15,2	-12,2	-3,6	6,2
China	13,9	-1,2	4,6	9,4
Russland	14,7	-22,2	-19,1	2,4
Übrige Welt	7,0	-11,8	-5,8	-1,0
Japan	-2,2	-12,5	-0,3	6,2
Insgesamt	2,0	-11,1	-4,2	3,1
		in % der gesamten Exporte		
	2008	2009		
		1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal
EU 27	63,3	62,8	62,8	64,3
Euroraum	45,0	45,2	44,8	46,0
Neue EU-Länder <sup>1</sup>	11,9	10,9	11,0	11,1
NAFTA <sup>2</sup>	8,6	8,2	8,3	7,3
USA	7,3	7,0	7,1	6,0
Südostasien <sup>3</sup>	3,3	3,1	3,4	3,6
BRIC <sup>4</sup>	8,5	8,6	8,7	8,9
China	3,5	4,1	4,5	4,7
Russland	3,3	2,8	2,4	2,4
Übrige Welt	16,3	17,3	16,8	15,9
Japan	1,3	1,3	1,3	1,4
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

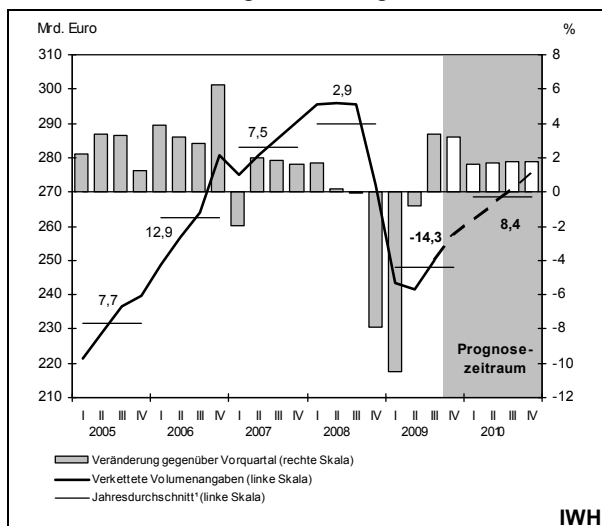
<sup>1</sup> Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Bulgarien, Rumänien, Malta, Zypern. – <sup>2</sup> USA, Kanada, Mexiko. – <sup>3</sup> Hongkong, Taiwan, Singapur, Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Südkorea. – <sup>4</sup> Brasilien, Russland, Indien, China. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

in die USA, bereits spürbar erholt. Insbesondere die Exporte in die Wachstumsregion Südostasien und in die BRIC-Staaten, aber auch in den Euroraum und nach Japan, zogen deutlich an. Im Jahr 2010 sind die deutschen Ausfuhren mit der zunehmenden Stabilisierung der Weltkonjunktur weiter aufwärts gerichtet. So wird sich die Produktion in den westlichen Industrieländern zunehmend erholen, und auch die mittel- und osteuropäischen Länder werden die schwere Rezession mit gewisser zeit-

licher Verzögerung überwunden haben und insbesondere ihre Nachfrage nach Investitionsgütern wieder deutlich ausweiten. Allerdings wird sich die Ausfuhrdynamik mit dem Auslaufen der nachfragestimulierenden Konjunkturpakete in wichtigen Handelspartnerländern Deutschlands im Vergleich zur zweiten Jahreshälfte 2009 wieder etwas abschwächen. Alles in allem werden die Exporte, nach einem kräftigen Rückgang von 14,3% im Jahr 2009, im Jahr 2010 um 8,4% zulegen (vgl. Abbildung 4). Im Jahr 2011 wird der Zuwachs etwas geringer ausfallen, sodass die Ausfuhren bis zum Ende des Prognosezeitraums ihr Vorkrisenniveau nicht wieder erreichen werden.

Abbildung 4:  
Reale Exporte Deutschlands  
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



<sup>1</sup> Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 4. Quartal 2009: Prognose des IWH.

Auch die Einfuhren waren in der ersten Hälfte des Jahres 2009 stark rückläufig. Zwar entwickelte sich der Import von Ge- und Verbrauchsgütern aufgrund der relativ robusten inländischen Konsumnachfrage recht stabil. Die Einfuhr von Vorleistungsgütern und Energieträgern sank dagegen kräftig. In der zweiten Jahreshälfte 2009 erholte sich mit der Ausweitung der Exporte und dem Wiederanziehen der Investitionstätigkeit auch die Importnachfrage deutlich. Dies wird sich im Jahr 2010 jedoch nicht in gleichem Maße fortsetzen. So werden aufgrund der abgeschwächten Exportdynamik die Vorleistungsgüterimporte nicht mehr so stark expandieren wie in den zurückliegenden Monaten. Zudem wird

die zunächst stagnierende Binnennachfrage die Einfuhr von Konsum- und Investitionsgütern dämpfen. Nach einem Rückgang um 8,4% im Jahr 2009 werden die Einfuhren 2010 wie auch 2011 um etwa 6% zunehmen (vgl. Tabelle 5). Insgesamt wird der Außenhandel im Prognosezeitraum wieder positive Wachstumsbeiträge liefern.

Tabelle 5:  
Reale Exporte und Importe Deutschlands an Waren und Dienstleistungen

	2009	2010
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>	
Exporte	-14,3	8,4
Importe	-8,4	6,2
	<i>in % des BIP</i>	
Exporte	46,0	48,9
Importe	42,4	44,2
	<i>Außenbeitrag</i>	
Mrd. Euro	76,9	103,7
Wachstumsbeitrag <sup>1</sup>	-3,4	1,1

<sup>1</sup> Veränderung des Außenbeitrags gegenüber dem Vorjahr in % des realen Bruttoinlandsprodukts des Vorjahres.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Die Einfuhrpreise lagen im Jahr 2009, nach dem Auslaufen des Rohstoffpreisbooms in der zweiten Jahreshälfte 2008, deutlich unter dem Vorjahresniveau. Zwar zogen die Weltmarktpreise für Rohöl und andere Industrierohstoffe im Verlauf des Jahres wieder an. Demgegenüber gaben aber die Preise der übrigen Waren und Dienstleistungen aufgrund des weltweiten Nachfrageeinbruchs nach, und die kontinuierliche Aufwertung des Euro drückte die Einfuhrpreise um ein Weiteres. Folglich verbesserten sich die Terms of Trade deutlich. Mit der Wiederbelebung der Nachfrage auf den Weltmärkten lief der Rückgang der Importpreise Ende 2009 aus, und im weiteren Verlauf werden die Einfuhrpreise, auch aufgrund der wieder aufwärtsgerichteten Rohstoffpreisentwicklung, geringfügig anziehen. Zugleich werden die Exportgüterproduzenten jedoch bemüht sein, die Ausfuhrpreise, auch zur Kompensation gestiegener Lohnstückkosten, zu erhöhen. Dies wird durch verbesserte Absatzperspektiven begünstigt, sodass sich die Terms of Trade im Jahr 2010 nochmals leicht verbessern und im Jahr darauf stagnieren werden.

## Geringe Kapazitätsauslastung dämpft Erholung der Investitionstätigkeit

Nach dem schweren Einbruch der Unternehmensinvestitionen im Winterhalbjahr wurden seit dem Sommer 2009 wieder vermehrt Investitionsprojekte in Angriff genommen. Die nicht mehr ganz so düsteren Konjunkturaussichten haben die Investitionsstarre der Unternehmen gelöst. Umgesetzt wurden vor allem die zurückgestellten, inzwischen dringend notwendigen Ersatzinvestitionen für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge und Software. Im Baubereich dürften insbesondere die Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen stützend gewirkt haben.

Im Prognosezeitraum werden sich die Unternehmensinvestitionen tendenziell weiter beleben. Der Trend wird freilich durch Sonderentwicklungen überlagert. So werden die Unternehmen wegen der auslaufenden Nachholeffekte zu Beginn des Jahres 2010 wohl eine Atempause bei den Investitionen einlegen (vgl. Abbildung 5). Dafür spricht auch die äußerst niedrige Kapazitätsauslastung in der Industrie, die trotz etwas besserer Auftragslage derzeit immer noch um etwa zehn Prozentpunkte unter dem langjährigen Durchschnitt liegt. Erweiterungsinvestitionen werden deshalb kaum auf der Tagesordnung stehen. Bei etwas aufgehellten Absatzperspektiven dürften viele Unternehmen aber bemüht sein, mittels Ersatz- und Rationalisierungs-

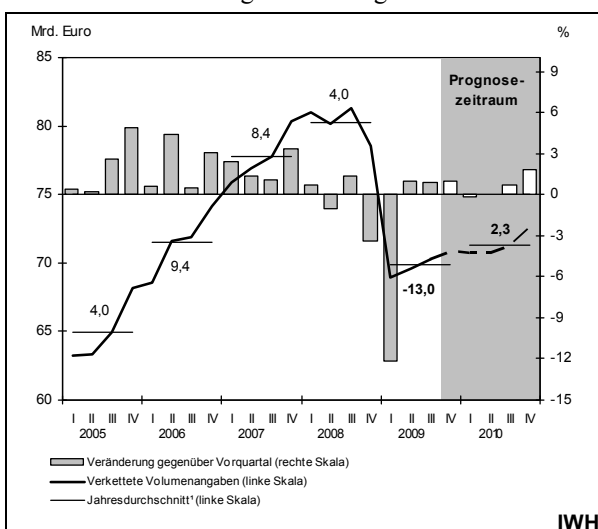
investitionen ihre Produktionstechniken auf dem neuesten Stand zu halten. Zudem werden Vorzieheffekte wegen des Auslaufens der temporär begrenzten Möglichkeit zur degressiven Abschreibung die Investitionstätigkeit stimulieren.

Die Investitionsmöglichkeiten der Unternehmen hängen allerdings von deren Finanzierungsspielräumen ab. Nach den Gewinneinbrüchen in den zurückliegenden eineinhalb Jahren ist die Eigenkapitaldecke der Unternehmen empfindlich abgeschmolzen, und die Spielräume für die interne Finanzierung der Investitionen sind deutlich eingeschränkt. Auch bei den externen Finanzierungsbedingungen ergibt sich noch keine Entwarnung. Die Kreditangebotsbedingungen wurden bis zuletzt verschärft. Allerdings lagen die Gründe dafür laut Bank Lending Survey vor allem in branchen- und firmenspezifischen Risiken. Im Prognosezeitraum ist auch weiterhin mit restriktiven Kreditkonditionen zu rechnen, denn die Ausfallwahrscheinlichkeiten sind zyklisch bedingt hoch und die Eigenkapitaldecke vieler Geschäftsbanken selbst ist knapp.

Alles in allem werden die Unternehmensinvestitionen im Jahr 2010 um 2,3% zunehmen, nachdem sie im Jahr 2009 um 13% eingebrochen sind (vgl. Tabelle 6). Die stärksten Impulse erhalten die sonstigen Anlagen und die Ausrüstungen. Im Wirtschaftsbau bleiben die Erweiterungsinvestitionen angesichts unterdurchschnittlich ausgelasteter Kapazitäten weiter schwach. Im Jahr 2011 werden die Unternehmen ihre Investitionen weiter ausdehnen. Die Zuwächse fallen dann aber wegen der 2010 vorgezogenen Ausrüstungen vergleichsweise moderat aus.

Die Wohnungsbauinvestitionen haben am aktuellen Rand relativ kräftig zugelegt. Hierfür ausschlaggebend waren zum einen die sehr niedrigen Zinsen, die sowohl die Modernisierung im Wohnungsbestand als auch die Neubautätigkeit angeregt haben. Zum anderen dürfte die zum 1.10.2009 in Kraft getretene Neufassung der Energiesparverordnung zu vorgezogenen Baumaßnahmen geführt haben. Die damit einhergehende Verschärfung der Anforderungen an den Primärenergiebedarf und den Gebäudewärmeschutz erhöht die Kosten sowohl von Neubauten als auch von baulichen Änderungen erheblich. Zu Beginn des Jahres 2010 fehlt das Bauvolumen der vorgezogenen Projekte. Darüber hinaus dürften die etwas größeren Unsicher-

Abbildung 5:  
Reale Unternehmensinvestitionen in Deutschland  
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



<sup>1</sup> Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 4. Quartal 2009: Prognose des IWH.

Tabelle 6:  
 Reale Anlageinvestitionen in Deutschland  
 - Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -

	2009	2010
Anlageinvestitionen insgesamt	-8,2	2,3
Unternehmensinvestitionen	-13,0	2,3
Ausrüstungen	-19,9	2,7
Sonstige Anlagen	6,5	4,2
Gewerbliche Bauten	-2,1	0,5
Wohnbauten	-0,5	1,0
Öffentliche Bauten	5,8	8,8
<i>Nachrichtlich:</i>		
Bauinvestitionen insgesamt	-0,2	1,9
Nichtwohnbauten insgesamt	0,1	3,0

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

heiten hinsichtlich Arbeitsplatz und Einkommen die Wohnungsbauaktivitäten zunächst schwächen. Dämpfend wirkt auch die zu erwartende leichte Verschärfung bei Ausleihungen an private Haushalte. Im Jahresverlauf nehmen allerdings die Arbeitsmarktrisiken ab und die realen verfügbaren Einkommen legen wieder leicht zu. Davon erhält auch der Wohnungsbau Impulse. Nach einem Rückgang von 0,5% im Jahr 2009 dürfte er 2010 um 1% zunehmen.

Die öffentlichen Bauinvestitionen sind im Verlauf des Jahres 2009 dank der Mittel aus den Konjunkturpaketen deutlich ausgeweitet worden. Angeregt wurden vor allem Straßenbaumaßnahmen und der Ausbau öffentlicher Bauten. Im Jahr 2010 setzt sich die Aufwärtsbewegung fort. Das hohe Niveau vom Jahresende 2009 wird wegen der konjunkturpolitischen Maßnahmen gehalten, obwohl die geringeren Steuereinnahmen die Investitionsmöglichkeiten der Kommunen wohl deutlich einschränken dürften. Im Jahr 2010 steigen die öffentlichen Bauinvestitionen aber sichtbar mit 8,8% – nach 5,8% im Jahr 2009. Die Investitionsprogramme sind bis Ende 2010 begrenzt. Dennoch wird hier davon ausgegangen, dass ein Teil der Projekte noch im Jahr 2011 abgeschlossen werden muss. Die notwendige Rückführung der staatlichen Ausgaben wird aber zu äußerst kräftigen Rückgängen im öffentlichen Bau führen. Dies schlägt sich dann auch in den gesamten Bauinvestitionen nieder. Alles in allem werden die Bauinvestitionen nach einer Stagnation im Jahr 2009 um 1,9% im Jahr 2010 zunehmen, 2011 aber wegen der Rückschläge im öffentlichen Bau um 1,5% abnehmen.

### Privater Konsum – stabil, aber ohne Impulse

Nachdem die konjunkturpolitischen Maßnahmen den privaten Verbrauch vor allem im ersten Halbjahr 2009 stützten, nahm er im zweiten Halbjahr ab. Nach einem vorübergehenden starken Anstieg aufgrund der „Abwrackprämie“ sinken die Pkw-Umsätze seit April 2009 und liegen seit Oktober sogar unter Vorjahresniveau (vgl. Abbildung 6). Im Einzelhandel (ohne Pkw) blieb die Nachfrage hingegen fast konstant.

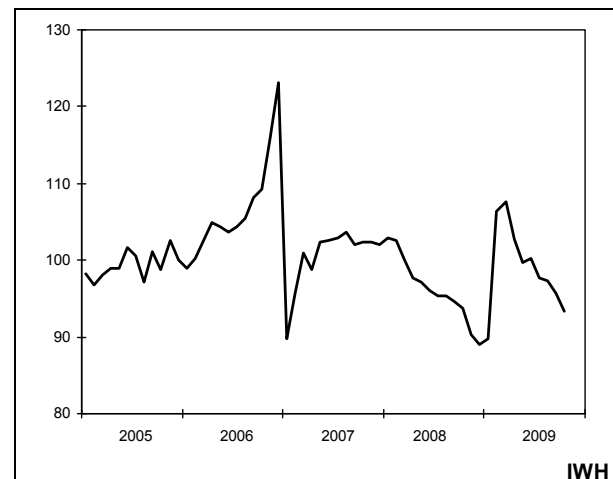
Gemessen an der Tiefe der Rezession hat sich der private Konsum im Jahr 2009 als robust erwiesen (vgl. Abbildung 7). Einkommensseitig wurde er durch die Ausweitung der Kurzarbeiterregelungen und die Aufstockung von sozialen Transferleistungen wie des Kindergeldes oder der gesetzlichen Renten unterstützt. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte haben sich leicht erhöht (vgl. Tabelle 7). Durch die stark nachlassende Preisdynamik insbesondere bei den Energiepreisen konnte dieser Zuwachs auch real wirksam werden.

Nach einer relativ hohen Tariflohnsteigerung von durchschnittlich 2,4% im Jahr 2009 fallen die zu erwartenden Tariflohnsteigerungen 2010 mit 1,4% geringer aus. Dies resultiert aus einer verstärkten Tendenz, bestehende Tarifverträge nach Ablauf der Mindestlaufzeit nicht neu zu verhandeln, sowie aus niedrigeren Neuabschlüssen als in den vorhergehenden Perioden. Sind die Effektivverdienste je Arbeitnehmer im Jahr 2009 unter anderem aufgrund der stark genutzten Kurzarbeit noch gesun-

Abbildung 6:

### Kfz-Verkäufe in Deutschland

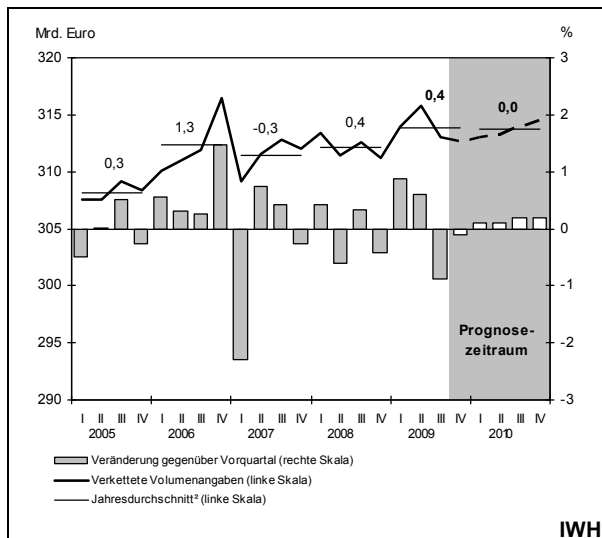
- Wertindex des Umsatzes (2005 = 100); kalender- und saisonbereinigt -



Quelle: Deutsche Bundesbank; Darstellung des IWH.

ken, so wird für das Folgejahr auch wegen der sinkenden Kurzarbeit wieder mit einer Zunahme zu rechnen sein.

Abbildung 7:  
Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte<sup>1</sup> in Deutschland  
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



<sup>1</sup> Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. –  
<sup>2</sup> Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 4. Quartal 2009: Prognose des IWH.

Tabelle 7:  
Verfügbares Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte<sup>1</sup> in Deutschland  
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -

	2009	2010
Verfügbares Einkommen, nominal	0,6	0,7
<i>darunter:</i>		
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	-0,8	0,7
Monetäre Sozialleistungen	8,9	3,9
Selbstständigen-, Vermögenseinkommen	-4,0	-1,8
Sparen	1,6	3,1
Private Konsumausgaben, nominal	0,5	0,4
<i>Nachrichtlich:</i>		
Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	-0,2	-0,3
Sparquote (in %)	11,3	11,6
Preisindex des privaten Konsums	0,0	0,4
Private Konsumausgaben, real	0,4	0,0

<sup>1</sup> Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Die Effektivverdienste je geleisteter Stunde stiegen im ersten Halbjahr 2009 stark an, da sich die zu zahlenden Löhne und Gehälter durch den Abbau von Überstunden sowie durch betriebliche Ausgleichszahlungen für Kurzarbeit weniger verringerten als die tatsächlich geleisteten Stunden. Seitdem nehmen die geleisteten Stunden je Arbeitnehmer wieder leicht zu, sodass der Zuwachs bei den Stundenlöhnen zurückgehen wird. Alles in allem dürfte im Jahr 2010 der Lohn- und Gehaltsanstieg je Beschäftigten und auch je Stunde im Durchschnitt bei 1,8% liegen, im nachfolgenden Jahr jeweils darunter.

Die Summe aller Bruttolöhne und -gehälter geht im Jahr 2010 zum zweiten Mal in Folge zurück. Jedoch wird dies nicht nochmals zu einem Rückgang der Nettolöhne und -gehälter führen. Durch die verringerte Steuer- und Abgabenlast (Steuertarifveränderung, Absetzbarkeit der SV-Beiträge) steigen die Nettolöhne leicht an. Die Einbußen bei den Arbeitseinkommen werden zudem teilweise durch monetäre Sozialleistungen wie Kurzarbeiter- und Arbeitslosengeld, aber auch durch ein höheres Kindergeld ausgeglichen. Die Masseneinkommen, die trotz der Krise im Jahr 2009 kräftig um 2,7% gestiegen sind, werden auch 2010 um knapp 2% zulegen. Dagegen stehen Verluste bei den Selbstständigen- und Vermögenseinkommen. Hier gibt es erst im Jahr 2011 wieder einen Zuwachs.

Insgesamt nehmen die verfügbaren Einkommen – so wie bereits im Jahr 2009 – auch 2010 nominal wie real leicht zu. Der private Konsum bleibt auf Vorjahresniveau. Für das Jahr 2011 kann unter der Prämisse einer fortgesetzten konjunkturellen Erholung wieder mit stärkeren Zuwächsen der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, insbesondere der Selbstständigen- und Vermögenseinkommen gerechnet werden. Bei leicht ansteigendem privaten Konsum wird sich die Sparquote im Prognosezeitraum weiter erhöhen.

### Verbraucherpreise steigen langsam

Das Verbraucherpreisniveau wird infolge der Rezession trotz niedriger Zinsen und eines hohen Liquiditätsangebots durch die EZB auch 2010 weitestgehend stabil bleiben. Nach der rückläufigen Entwicklung der Verbraucherpreise in den letzten Monaten des Jahres 2009 ist nunmehr ein durchschnittlicher Anstieg des Verbraucherpreises um

0,4% zu erwarten. Die Rohstoffpreise haben nach dem starken Einbruch im vergangenen Winterhalbjahr 2008/2009 einen Teil ihrer Verluste wieder wettgemacht. Für das Jahr 2010 wird davon ausgegangen, dass sie nur leicht steigen werden. Die Produktionskapazitäten bleiben auch weiterhin deutlich unterausgelastet, weshalb die Preissetzungsspielräume der Unternehmen im gesamten Prognosezeitraum begrenzt sein werden. Ebenso wird sich der Wiederanstieg der Rohstoffpreise nur schwach auswirken. Für das Jahr 2011 kann mit einer Inflationsrate von 0,5% gerechnet werden.

### **Produktion expandiert von niedrigem Niveau aus**

Nach dem tiefen Produktionseinbruch im vergangenen Winterhalbjahr hat sich die wirtschaftliche Aktivität bis zum Jahresende 2009 belebt. Die Industrie konnte seit dem Frühjahr wieder vermehrt auf neue Aufträge zurückgreifen, die zunächst aus dem Ausland eintrafen, dann aber auch aus dem Inland. Allerdings zog die Produktion von Investitions- und Vorleistungsgütern erst in der zweiten Jahreshälfte an, während die Verbrauchsgüterhersteller bis in den Herbst hinein unter der Konsumschwäche litten. Die leichte wirtschaftliche Belebung hat aber noch nicht spürbar auf die Unternehmensdienstleister übergegriffen, und der Handel profitierte nur vorübergehend von den staatlich prämierten Pkw-Käufen. Der Abwärtstrend im Bau wurde durch konjunkturstützende Maßnahmen gebremst. Trotz Tendenzwende in der Gesamtwirtschaft blieb jedoch der Abstand zum Produktionsniveau vor der Krise immer noch beträchtlich.

Die Fortschritte im Aufholprozess hängen maßgeblich von der weiteren Erholung der Industrie ab. Dafür mehren sich die aktuellen Anzeichen: So ist das Geschäftsklima der gewerblichen Wirtschaft bereits mehrfach in Folge gestiegen, und auch die Bestellungen von Industrierzeugnissen aus dem In- und Ausland haben sich bis zuletzt erhöht. Die anziehende Nachfrage aus dem Ausland breitet sich über den Vorleistungsverbund auf viele Zweige der Volkswirtschaft aus und regt auch dort die Produktion an. Außerdem werden die Investitionsgüterproduzenten von den dringend notwendigen Ersatzinvestitionen in Maschinen, Geräte, Fahrzeuge und Software angeregt. Positive Impulse gehen auch von Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen bei Gebäuden und baulichen Anlagen aus. Die Wir-

kungen der konjunkturbelebenden Maßnahmen auf den privaten Konsum im ersten Halbjahr des Jahres 2009 sind mittlerweile weitgehend verpufft. Wegen der schwachen Einkommensentwicklung wird im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums die gesamtwirtschaftliche Produktion vom privaten Verbrauch kaum angeregt. Alles in allem wird die Produktion 2010 um 1,9% steigen. Mit 1,1 Prozentpunkten kommt der Zuwachs allerdings zu einem großen Teil aus dem statistischen Überhang (vgl. Tabelle 8). Für 2011 ist mit einer Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes von 1,8% zu rechnen. Zwar hat die Wirtschafts- und Finanzkrise wohl auch das Produktionspotenzial in Deutschland gesenkt (vgl. Kasten 3). Trotzdem liegt das Bruttoinlandsprodukt auch 2011 noch unter dem Produktionspotenzial.

Tabelle 8:

Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate - in % bzw. Prozentpunkten -

	2009	2010
Statistischer Überhang <sup>1</sup>	-2,1	1,1
Jahresverlaufsrate <sup>2</sup>	-1,6	1,4
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	-4,8	1,8
Kalendereffekt <sup>3</sup>	-0,05	0,1
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich <sup>4</sup>	-4,8	1,9

<sup>1</sup> Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. - <sup>2</sup> Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. - <sup>3</sup> In % des realen BIP. - <sup>4</sup> Abweichungen in der Summe sind rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

### **Beschäftigung sinkt im Verlauf von 2010 kräftig**

Der Arbeitsmarkt hat sich – gemessen an der Schwere des konjunkturellen Einbruchs – bisher als bemerkenswert robust erwiesen. Bei einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 4,8% im Jahr 2009 nahm die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt nur geringfügig ab, und die Zahl der registrierten Arbeitslosen stieg – entgegen vieler Befürchtungen – nicht allzu stark an. Im Wesentlichen sind drei Ursachen dafür verantwortlich, dass sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht ungünstiger entwickelt hat:

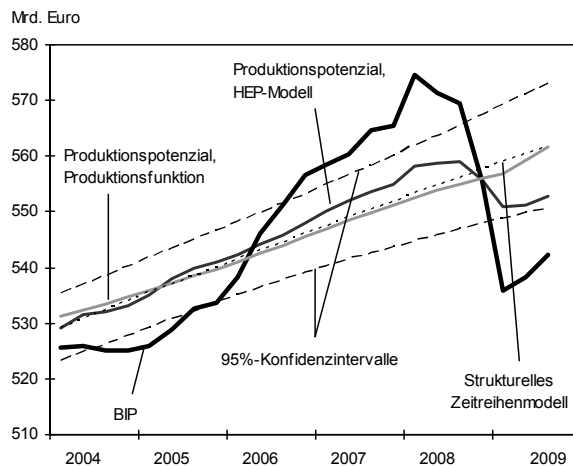
Der wichtigste Grund liegt darin, dass die Unternehmen auf den abrupten Nachfrageausfall mit

### Kasten 3:

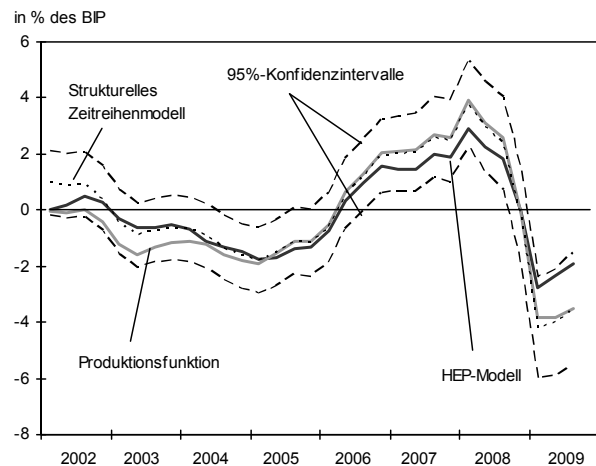
#### Zur Messung des Produktionspotenzials mit dem Halle Economic Projection Model

Abbildung:  
Schätzungen des Produktionspotenzials und der Produktionslücke

Bruttoinlandsprodukt und Produktionspotenzial



Produktionslücke



IWH

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Das Produktionspotenzial (der Potenzialoutput) ist ein wichtiger gesamtwirtschaftlicher Indikator. Es beschreibt den langfristigen Wachstumstrend einer Volkswirtschaft und stellt damit eine Orientierungsmarke für wirtschaftspolitische, insbesondere konjunkturpolitische, Überlegungen dar. So ist das Produktionspotenzial zum Beispiel eine maßgebliche Größe für die Bestimmung des strukturellen Defizits der öffentlichen Haushalte. Auch für die geldpolitische Analyse sind das Produktionspotenzial und seine Abweichung von der tatsächlichen Produktion, die Produktionslücke, wichtige Größen.

Allerdings ist das Produktionspotenzial eine unbeobachtbare Variable. Sie muss mit Hilfe ökonometrischer Methoden geschätzt werden. In diesem Kasten wird die aktuelle Produktionspotenzialschätzung mit dem neuen Halle Economic Projection Model dargestellt und mit anderen Verfahren verglichen. Aufgrund der Verwerfungen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise sind Potenzialschätzungen am aktuellen Rand freilich mit außergewöhnlich hoher Unsicherheit behaftet.

Das Halle Economic Projection Model (HEPM) ist ein neuklassisches Mehrländermodell mit Preisrigiditäten und vorrausschauenden Variablen.<sup>a</sup> Für jedes Land (hier Deutschland und USA) werden drei grundlegende Verhaltensgleichungen spezifiziert: eine dynamische IS-Kurve, die aus dem Konsumverhalten der privaten Verbraucher abgeleitet werden kann, eine Phillipskurve, die das Preissetzungsverhalten der Unternehmen beschreibt, und eine geldpolitische Reaktionsfunktion (Taylorregel). Sowohl die IS- als auch die Phillipskurvengleichungen sind um außenwirtschaftliche Elemente erweitert. Das langfristige Wirtschaftswachstum wird in dem Modell durch einen exogenen Produktivitätstrend (Random Walk mit Drift) charakterisiert. Nachdem das Modell ökonometrisch geschätzt worden ist, können mit Filtertechniken (Kalman-Filter) unbeobachtbare Variablen identifiziert werden. Die Abbildung zeigt das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland und verschiedene Potenzialschätzungen sowie die jeweils daraus abgeleitete Produktionslücke. Neben der HEPM-Schätzung sind Schätzungen mit Hilfe eines strukturellen Zeitreihenmodells<sup>b</sup> (mit Konfidenzband) und des IWH-Konjunkturmodells<sup>c</sup> dargestellt. Es sei darauf hingewiesen, dass sich der Potenzialbegriff bei allen drei Verfahren voneinander unterscheidet. Das HEPM identifiziert als Produktionspotenzial den so genannten *flexible price output*, der sich bei Abwesenheit von Preisrigiditäten einstellen würde und damit eine bei den gegebenen Rahmenbedingungen effiziente Allokation impliziert. Das IWH-Modell unterstellt eine neoklassische Produktionsfunktion und ist damit kapazitätsorientiert. Das strukturelle Zeitreihenmodell nimmt eine rein statistische Zerlegung des Bruttoinlandsproduktes in eine permanente und eine transitorische Komponente vor.

Der Produktionsfunktionsansatz (IWH-Modell) und das strukturelle Zeitreihenmodell liefern ähnliche Ergebnisse für das Produktionspotenzial: Der Trend ist relativ glatt und die Steigung ist durchgehend positiv. Die Auswirkungen der Finanzkrise zeigen sich in beiden Varianten lediglich in einer niedrigen Wachstumsrate des Produktionspotenzials (um 1%). Beim HEPM-Ansatz ist die Trendkomponente etwas volatil. Außerdem zeigen die Schätzungen einen Rückgang des Produktionspotenzials im Winterhalbjahr 2008/2009 an. Die Produktionslücke ist damit bei allen drei Ansätzen stark negativ, beim HEPM-Ansatz aber aufgrund des Potenzialrückgangs betragsmäßig deutlich kleiner. Die HEPM-Schätzung legt nahe, dass das deutsche Produktionspotenzial im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise in einer Größenordnung von etwa 2% zurückgegangen ist.

<sup>a</sup> GIESEN, S.; HOLTEMÖLLER, O.; SCHARFF, J.; SCHEUFELE, R.: The Halle Economic Projection Model. IWH-Diskussionspapier (im Erscheinen). Diese Modellklasse orientiert sich an Arbeiten des IMF, allerdings stehen beim Halle Economic Projection Model Deutschland und die Modellierung des Euroraums im Zentrum des Interesses. Siehe etwa CARABENCIOV, I. et al.: A Small Quarterly Multi-Country Projection Model, IMF Working Paper, WP/08/279, 2008. – <sup>b</sup> Es handelt sich um das Unobserved-Components-Modell von Watson (1986). Vgl. WATSON, M. W.: Univariate Detrending Methods with Stochastic Trends, in: Journal of Monetary Economics, 18, 1986, pp. 49-75. – <sup>c</sup> SCHEUFELE, R.: Das makroökonomische Modell des IWH: Eine angebotsseitige Betrachtung. IWH-Diskussionspapiere 9/2008.

*Arbeitszeitverkürzungen* reagiert haben. Dies wurde vor allem auf drei Wegen erreicht: Zum Ersten wurden Überstunden und aufgelaufene Guthaben auf Arbeitszeitkonten abgebaut.<sup>3</sup> Zum Zweiten wurden in hohem Maße die vom Gesetzgeber erweiterten Kurzarbeiterregelungen in Anspruch genommen. So befanden sich im dritten Quartal 2009 etwa 1,2 Millionen Personen – das waren ca. 4,4% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – in Kurzarbeit.<sup>4</sup> Und zum Dritten wurden zunehmend sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen durch Teilzeitstellen und wohl auch durch geringfügige Beschäftigung ersetzt.<sup>5</sup> Insgesamt wurde dadurch die durchschnittliche Jahresarbeitszeit eines Erwerbstätigen um 3,4% gegenüber dem Vorjahr verringert. Durch diese erhebliche Arbeitszeitverkürzung haben die Unternehmen versucht, ihren Bestand an Fachkräften über die Krise „hinwegzuretten“. Der

Preis dafür war ein kräftiger Rückgang der Arbeitsproduktivität und ein sprunghafter Anstieg der Lohnstückkosten.

Die zweite Ursache für die moderate Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt besteht darin, dass das gesamtwirtschaftliche *Arbeitsangebot* deutlich abgenommen hat. So nahm die Zahl der Erwerbsfähigen<sup>6</sup> im Jahr 2009 um ca. 275 000 Personen ab. Das Erwerbspersonenpotenzial, welches das gesamtwirtschaftliche Arbeitsangebot enger abgrenzt, ging um 135 000 Personen zurück.<sup>7</sup>

Schließlich hat drittens die *Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente* den statistischen Ausweis der registrierten Arbeitslosigkeit nicht unerheblich beeinflusst. So werden nunmehr Personen, für deren Vermittlung Dritte beauftragt waren, nicht mehr im Bestand der registrierten Arbeitslosen erfasst.<sup>8</sup>

Im Jahr 2010 wird das Arbeitsangebot weiter sinken. So wird die Zahl der Erwerbsfähigen in Deutschland um 139 000 Personen zurückgehen; das Erwerbspersonenpotenzial in der Abgrenzung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

<sup>3</sup> So lag die von den Arbeitnehmern durchschnittlich geleistete Zahl der Überstunden im dritten Quartal 2009 um ein Viertel niedriger als im Vorjahreszeitraum und die Saldenveränderung auf den Arbeitszeitkonten wies das vierte Quartal in Folge einen negativen Wert auf. Vgl. INSTITUT FÜR ARBEITSMARKT- UND BERUFSFORSCHUNG NÜRNBERG: Immer mehr Vollzeit-Jobs werden abgebaut, Presseinformation vom 24.11.2009.

<sup>4</sup> Bei einem durchschnittlichen Arbeitszeitausfall von etwa einem Drittel bewahrte das Kurzarbeitergeld etwa 400 000 Personen vor der Arbeitslosigkeit.

<sup>5</sup> Vgl. hierzu ebenda. Nach einer ersten Schätzung der Bundesagentur für Arbeit dürfte im September 2009 die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 220 000 und die sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung um 420 000 Personen abgenommen haben.

<sup>6</sup> Zu den Erwerbsfähigen zählen die Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren.

<sup>7</sup> Vgl. BACH, H.-U.; HUMMEL, M.; KLINGER, S.; SPITZNAGEL, E.; ZIKA, G.: Die Krise wird deutliche Spuren hinterlassen, in: IAB-Kurzbericht 20/2009.

<sup>8</sup> Vgl. in diesem Zusammenhang BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT: Umfassende Arbeitsmarktstatistik: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Nürnberg, Mai 2009.

Tabelle 9:  
Eckdaten des Arbeitsmarkts in Deutschland  
- Jahresdurchschnitt in 1 000 Personen -

	2009	2010
Erwerbstätige (Inland)	40 266	39 544
<i>darunter:</i>		
ABM-Beschäftigte <sup>1</sup>	17	17
Zusatzjobs	321	325
Kurzarbeit (Vollzeitäquivalente) <sup>2</sup>	357	223
Berufliche Vollzeitweiter- bildung <sup>2</sup>	171	175
Arbeitslose <sup>3</sup>	3 429	3 972
Arbeitslosenquote <sup>4</sup> (in %)	7,8	9,1

<sup>1</sup> Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungs- und traditionellen Struktur-  
anpassungsmaßnahmen und in beschäftigungsschaffenden Infra-  
strukturmaßnahmen. – <sup>2</sup> Schätzung des IWH. – <sup>3</sup> Nationale Definition.  
Einschließlich aller Arbeitslosen in den optierenden Gemeinden. –  
<sup>4</sup> Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit;  
Prognose des IWH.

der Bundesagentur für Arbeit wird um 138 000 Per-  
sonen sinken.

Hingegen können die Maßnahmen, die bisher  
über eine Arbeitszeitverkürzung zur Beschäfti-  
gungssicherung beigetragen haben, in diesem Um-  
fang nicht auf Dauer aufrechterhalten werden.  
Dies ist zum einen dadurch bedingt, dass die in der  
Vergangenheit aufgelaufenen Arbeitszeitguthaben  
mittlerweile weitgehend aufgebraucht sein dürften.  
Zum anderen – und dies ist der entscheidende  
Grund – wird für die Unternehmen Kurzarbeit über  
kurz oder lang zu teuer werden. Zwar wird der  
überwiegende Teil des Lohnausfalls für die Kurz-  
arbeiter durch den Staat kompensiert. Bei den Un-  
ternehmen verbleiben aber die fixen Kosten.<sup>9</sup>

Der damit einhergegangene Anstieg der Kosten-  
belastung der Produktion hat die preisliche Wett-  
bewerbsposition der Unternehmen verschlechtert.  
Dies konnte nur deshalb verkraftet werden, weil  
die Unternehmen im vorangegangenen Konjunktur-  
aufschwung ihre Eigenkapitalbasis gestärkt hatten.

<sup>9</sup> Vgl. CRIMMANN, A.; WIESSNER, F.: Verschnaufpause  
dank Kurzarbeit, in: IAB Kurzbericht 14/2009 sowie die  
Ausführungen in: BACH, H.-U.; CRIMMANN, A.; SPITZ-  
NAGEL, E.; WIESSNER, F.: Kurzarbeit: Atempause  
in der Krise, in: IAB-Forum, Spezial 2009, S. 52-63. Nach  
den dort vorgestellten Modellrechnungen betragen die so  
genannten Remanenzkosten der Kurzarbeit zwischen 24%  
und 35% der Arbeitskosten, die sich bei normaler Auslas-  
tung ergeben hätten. Im (seltenen) Fall einer tariflich ver-  
einbarten Nettolohnsicherung von 90% belaufen sie sich  
auf 38 bzw. 48%.

Tabelle 10:  
Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in  
Deutschland 2008 und 2009

	2008	2009	Verän- derung
	1 000 Personen		
Arbeitnehmer (Inland)	35 845	35 850	5
SV-pflichtig Beschäftigte	27 510	27 502	-8
geförderte <sup>1</sup>	257	289	32
nicht geförderte	27 253	27 213	-40
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 866	4 898	32
Ein-Euro-Job (Variante: Mehraufwands- entschädigung)	291	279	-11
Sonstige	3 178	3 171	-7
Selbstständige einschl. mit- helfende Familienangehörige	4 433	4 416	-17
geförderte Selbstständige	180	145	-35
Ich-AG	41	7	-34
Einstiegsgeld (Variante: Selbstständigkeit)	16	12	-4
Gründungszuschuss	123	126	3
nicht geförderte Selbstständige	4 253	4 271	18
Erwerbstätige (Inland)	40 279	40 266	-13
<i>darunter:</i>			
geförderte Erwerbstätige <sup>2</sup>	728	713	-15
<i>Nachrichtlich:</i>	<i>Mio. Stunden</i>		
Arbeitsvolumen	57 583	55 526	2 057

<sup>1</sup> Arbeitsbeschaffungs-, Strukturanpassungs- und beschäftigungsschaf-  
fende Infrastrukturmaßnahmen; Arbeitnehmer mit Eingliederungszu-  
schüssen (einschließlich Jüngere und Schwerbehinderte), Einstel-  
lungszuschüssen bei Neugründung und Vertretung, Arbeitsentgeltzu-  
schuss bei beruflicher Weiterbildung; Einstiegsgeld für abhängig Be-  
schäftigte; Ein-Euro-Job (Entgeltvariante); Beschäftigungszuschuss  
nach §16a SGBII; in Personal-Service-Agenturen (PSA) geförderte  
Personen. – <sup>2</sup> Geförderte SV-pflichtig Beschäftigte, Ein-Euro-Job (Va-  
riante: Mehraufwandsentschädigung) und geförderte Selbstständige.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit;  
Berechnungen des IWH; 2009: Schätzung des IWH.

Alles in allem dürften viele Unternehmen gezwun-  
gen sein, trotz der allmählichen Erholung ihren  
Personalbestand zu verringern. Zusätzliche Aufträge  
können dann über die Ausweitung der Arbeitszeit  
wie Überstunden und den Aufbau von Arbeitszeit-  
guthaben abgearbeitet werden.

Im Verlauf des Jahres 2010 wird die Zahl der  
Erwerbstätigen um etwa 750 000 Personen abneh-  
men, im Jahresdurchschnitt bedeutet dies einen  
Rückgang um etwa 720 000 Personen bzw. 1,8%.  
Die Zahl der Arbeitslosen wird um etwa 540 000  
Personen über dem Vorjahreswert liegen. Die auf

die Erwerbspersonen bezogene Arbeitslosenquote wird von 7,8 auf 9,1% steigen (vgl. Tabelle 9).

Trotz der Belebung der gesamtwirtschaftlichen Produktion werden im Verlauf des Jahres 2011 die Unternehmen ihren Personalbestand aufgrund der hohen Lohnkostenbelastung noch weiter reduzieren. Im Jahresdurchschnitt wird die Zahl der Erwerbstätigen um ca. 250 000 Personen bzw. 0,6% unter dem Vorjahresstand liegen. Aufgrund des weiter sinkenden Arbeitsangebots steigt die Zahl der registrierten Arbeitslosen unterproportional an. Im Jahresdurchschnitt liegt deren Zahl um 160 000 Personen über dem Vorjahresstand. Die Arbeitslosenquote wird dann 9,5% betragen.

### ***Ostdeutschland:***

#### ***Gebremste wirtschaftliche Erholung***

Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise hat auch die ostdeutsche Wirtschaft schwer getroffen. Zwar hat die geringe Orientierung der Unternehmen auf die Auslandsmärkte den direkten Nachfrageeinbruch gemildert, und deren geringere Abhängigkeit von der Finanzierung durch die angeschlagenen privaten Großbanken hat weniger Finanzierungsengpässe entstehen lassen; jedoch sind die Schocks auch über den innerdeutschen Produktionsverbund auf die hiesige Wirtschaft übertragen worden.<sup>10</sup> Allerdings erwiesen sich die Unternehmen in ihrer preislichen Wettbewerbsfähigkeit soweit gefestigt, dass bislang kaum über den Nachfrageeinbruch hinausgehende zusätzliche Rückschläge entstanden. So waren die Umsätze der Industrie in den ersten zehn Monaten des Jahres 2009 in Ostdeutschland real um 3,5 Prozentpunkte weniger stark gesunken als in Westdeutschland. Eine Rolle spielte dabei auch das geringere Gewicht der von der Krise besonders betroffenen industriellen Schlüsselzweige in der Gesamtwirtschaft und die Kleinteiligkeit der Unternehmen. Der Abstand beim Rückgang des Auslandsumsatzes der Industrie betrug lediglich 2,7 Prozentpunkte. Die überdurchschnittliche Ausrichtung der ostdeutschen Exporteure auf die krisengeschüttelten Märkte in Mitteleuropa schlug dabei negativ zu Buche. Aus gesamtwirtschaft-

licher Sicht konnte der Produktionsrückgang der Industrie im Jahr 2009 weder durch die konjunkturstützenden Maßnahmen für die Bauwirtschaft noch durch den Dienstleistungssektor ausgeglichen werden. Vielmehr gerieten die im Verbund mit dem produzierenden Gewerbe stehenden konjunkturabhängigen Dienstleister in den Abwärtssog. Andere Bereiche wie die Gesundheitswirtschaft erwiesen sich jedoch auch in der Krise als robust und expandierten. Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt in den ostdeutschen Flächenländern im Jahr 2009 um 4% gesunken sein.<sup>11</sup> Das war deutlich weniger als in der Transformationskrise Anfang der 1990er Jahre.

Der Absturz der Produktionsaktivität ist in Ostdeutschland erst im späteren Verlauf des Jahres 2009 zum Stillstand gekommen. Die treibenden Kräfte von den Auslandsmärkten haben sich langsamer als in Westdeutschland entfaltet, werden aber auch im Jahr 2010 für Produktionszuwächse sorgen. Allerdings wird die Erholung der wirtschaftlichen Aktivität schwächer ausfallen, da dann das geringere Gewicht sowohl der Auslandsorientierung der Unternehmen als auch der wieder zulegenden Industrieproduktion die gesamtwirtschaftliche Expansion bremsen werden. Die Impulse aus dem Inland werden infolge der stagnierenden Nachfrage der privaten Haushalte in Deutschland sowie der rückläufigen Einwohnerzahl in den Neuen Ländern gering bleiben. Dies gilt wegen des relativ kleinen Investitionsgütergewerbes auch für die Anregungen aus der Aufhellung des Investitionsklimas in Deutschland. Die Bauwirtschaft wird einigen Auftrieb von den konjunkturstützenden Maßnahmen erhalten, die erst 2010 ihre Produktionswirkung stärker entfalten werden. Auch werden die Finanzhilfen des Bundes und der Länder kleine und mittelständische Unternehmen bei Zahlungsausfällen und Kreditengpässen weiterhin vor konjunkturellen Unbilden schützen. Das Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2010 um 1% und damit schwächer als in Westdeutschland steigen.

Verglichen mit der Stärke des Produktionseinbruchs blieb der Beschäftigungsabbau in Ostdeutschland im Jahr 2009 gering. Gegenüber dem

---

<sup>10</sup> Vgl. ARBEISKREIS KONJUNKTUR OSTDEUTSCHLAND: Ostdeutsche Wirtschaft im Jahr 2009: Aufholen in der Weltfinanzkrise? – Rechnerisch scheinbar, in Wirklichkeit nicht!, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 8/2009, S. 309 ff.

---

<sup>11</sup> Für das erste Halbjahr hatte die amtliche Statistik im September 2009 für die ostdeutschen Flächenländer einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 5,1% und für das frühere Bundesgebiet einschl. Berlin um 7% gemeldet.

Vorjahr standen 63 000 bzw. 1,1% weniger Personen in Lohn und Brot. Der Beschäftigungsrückgang wäre auch in Ostdeutschland kräftiger ausgefallen, wenn die Unternehmen auf den Nachfrageverlust nicht mit einer massiven Verringerung der Arbeitszeit reagiert hätten. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen stieg hingegen nur um 20 000 Personen. Gemessen am Beschäftigungsabbau war dies weit unterproportional und ist dem weiteren Rückgang des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsangebots geschuldet: Gegenüber dem Vorjahr ging infolge der demographischen Entwicklung und der Wanderungsverluste das Erwerbspersonenpotenzial um 1,1% zurück (Westdeutschland: -0,2%).<sup>12</sup>

Tabelle 11:  
Eckdaten des Arbeitsmarkts in Ostdeutschland  
- Jahresdurchschnitt in 1 000 Personen -

	Ostdeutschland (ohne Berlin)	
	2009	2010
Erwerbstätige (Inland)	5 715	5 645
<i>darunter:</i>		
ABM-Beschäftigte <sup>1</sup>	12	12
Zusatzjobs	117	118
Kurzarbeit (Vollzeitäquivalente) <sup>2</sup>	40	30
Berufliche Vollzeit- weiterbildung <sup>2</sup>	43	44
Arbeitslose <sup>3</sup>	910	910
Arbeitslosenquote <sup>4</sup> (in %)	13,7	13,9

<sup>1</sup> Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungs- und traditionellen Struktur-  
anpassungsmaßnahmen und beschäftigungsschaffenden Infrastruktur-  
maßnahmen. – <sup>2</sup> Schätzung des IWH. – <sup>3</sup> Nationale Definition. Ein-  
schließlich aller Arbeitslosen in den optierenden Gemeinden. –  
<sup>4</sup> Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis Erwerbstätigen-  
rechnung des Bundes und der Länder (Rechenstand:  
August 2009); Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH; Prognose des IWH.

Trotz der Belebung der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten im Jahr 2010 wird sich die Lage auch auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt aufgrund der aufgestauten Arbeitskostenbelastung nochmals verschlechtern. Die Zahl der Erwerbstätigen wird im Jahr 2010 um 70 000 Personen bzw. 1,2% unter den Vorjahresstand sinken. Besonders im Verarbeitenden Gewerbe, in dem – wie in Westdeutschland – der Bestand an Kurzarbeitern zurückgefahren werden

<sup>12</sup> Vgl. BACH, H. U.; HUMMEL, M.; KLINGER, S.; SPITZNAGEL, E.; ZIKA, G., a. a. O.

dürfte, geht der Personalbestand zurück. Allerdings wird der Beschäftigungsabbau im Vergleich zu Westdeutschland schwächer ausfallen, da die von der Krise besonders betroffenen Produktionszweige unterrepräsentiert sind. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird infolge des weiteren Rückgangs des Arbeitsangebots nicht steigen. Die auf die Erwerbspersonen bezogene Arbeitslosenquote wird mit 13,9% immer noch deutlich höher als in Westdeutschland sein (vgl. Tabelle 11).

### **Öffentliche Haushalte: Defizite schnellen in die Höhe**

Die Lage der öffentlichen Haushalte spitzt sich im Prognosezeitraum deutlich zu. Im Jahr 2009 wiesen sie in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt ein Defizit von 3,1% aus. Angesichts der Schwere der Rezession und der Stärke der fiskalischen Impulse wären sogar noch tiefere Spuren in den öffentlichen Kassen zu erwarten gewesen.

Allerdings ging der Wirtschaftseinbruch vor allem von der Auslandsnachfrage aus, und der Arbeitsmarkt zeigt sich nach wie vor recht robust. Folglich sind die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer bis zuletzt leicht gestiegen und die Lohnsteuereinnahmen nur wenig zurückgegangen – obgleich der Tarif mit dem Konjunkturpaket II sogar gesenkt worden war. Demgegenüber sind die Einnahmen aus der Körperschaft- und der Gewerbesteuer regelrecht eingebrochen. Die Steuereinnahmen insgesamt sind um mehr als 5% gesunken. Bemerkenswert ist der Anstieg der Einnahmen aus Sozialbeiträgen; sie haben um 1,8% zugelegt – und dies, obwohl der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung zu Beginn des Jahres – temporär – gesenkt worden war.<sup>13</sup> Zum einen stützte hier die noch relativ gute Lage auf dem Arbeitsmarkt. Zum anderen besteht nicht nur für Arbeitnehmer, sondern auch für Selbstständige seit Januar 2009 eine Versicherungspflicht, und die privaten Krankenkassen müssen einen Basistarif anbieten. Diese Änderungen führen dazu, dass in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die zuvor als Prämien klassifizierten Zahlungen nunmehr als Beiträge verbucht

<sup>13</sup> Zum 1. Januar 2009 war der gesetzliche Beitragssatz zur Krankenversicherung erhöht worden, dies wurde aber Mitte des Jahres wieder zurückgenommen. In der ersten Hälfte des Jahres sind die Einnahmen aus Sozialbeiträgen auch deshalb gestiegen.

Tabelle 12:

Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen<sup>1</sup>

- Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-), in Mrd. Euro gegenüber 2008 -

	2009	2010
Wachstumsbeschleunigungsgesetz <sup>2</sup>	-	-5,7
Bürgerentlastungsgesetz	-2,5	-9,6
Konjunkturpaket II		
Änderungen bei der Einkommensteuer	-3,1	-5,6
Kinderbonus	-1,8	-
Gesetz zur Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer	-0,1	-0,2
Senkung des einheitlichen Beitragssatzes zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 01.07.2009 um 0,6 Prozentpunkte <sup>2</sup>	-6,0	-6,2
Zukunftsinvestitionen: Mittel für Kommunen	-3,0	-12,0
Förderung der Mobilitätsförderung und Innovationsforschung des Bundes	-0,7	-0,7
„Abwrackprämie“	-3,8	-1,2
Aufstockung des Hartz-IV-Regelsatzes für Kinder	-0,2	-0,3
Bezuschussung des Kurzarbeitergeldes, Ausweitung der Qualifizierung sowie Schaffung zusätzlicher Stellen bei der Bundesagentur für Arbeit	-2,6	-2,7
Wiedereinführung der Pendlerpauschale	-5,4	-3,1
Konjunkturpaket I		
Gesetz zur Umsetzung steuerrechtlicher Regelungen des Maßnahmenpaketes	-2,6	-5,7
Beschäftigungssicherung durch Wachstumsförderung	-0,3	-0,5
Verlängerung der Bezugsdauer von Kurzarbeit, Ausbau der Qualifizierung	-1,0	-1,0
Aufstockung der Verkehrsinvestitionen	-2,3	-2,3
Familienleistungsgesetz	1,6	5,1
Sonstige Steuerrechtsänderungen <sup>3</sup>	9,3	11,9
Sonstige Änderungen der Beitragssätze zu den Sozialversicherungen <sup>2,4</sup>	1,0	1,0
Erhöhung der Lkw-Maut	-1,3	-1,5
Ausweitung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen <sup>5</sup>	-2,3	-2,6
Aussetzung des Riesterfaktors (Rentenversicherung, ALG II, Wohngeld), Erhöhung BAföG	-1,3	-2,5
Abbau der Eigenheimzulage	-4,5	-4,6
Änderungen im Bereich der Kranken- und Pflegeversicherung <sup>6</sup>		
Summe	-32,8	-50,0

<sup>1</sup> Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute. – <sup>2</sup> Nach Abzug der Mehrausgaben des Staates für Beiträge von Empfängern sozialer Leistungen. – <sup>3</sup> Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm, Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung, Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen, Haushaltsbegleitgesetz 2006, Steueränderungsgesetz 2007, Investitionszulagengesetz 2007, Gesetz zur Neuregelung der Besteuerung von Energieerzeugnissen und zur Änderung des Stromsteuergesetzes, Biokraftstoffquotengesetz, Jahressteuergesetz 2007, Progressionsvorbehalt Elterngeld, Viertes Gesetz zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes, Unternehmenssteuerreformgesetz 2008, Gesetz zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, Jahressteuergesetz 2008, Gesetz zur Förderung der betrieblichen Altersversorgung (nur steuerliche Maßnahmen), Lohnsteuerrichtlinien 2008, Eigenheimrentengesetz, Gesetz zur Modernisierung des Wagniskapitalmarktes, Real Estate Investment Trust, Jahressteuergesetz 2009, Gesetz zur Modernisierung und Entbürokratisierung des Steuerverfahrens, Gesetz zur steuerlichen Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung, Gesetz zur Schaffung einer Nachfolgeregelung und Änderung des Investitionszulagengesetzes 2007, Jahressteuergesetz 2009, Gesetz zur Reform der Erbschaftssteuer- und Bewertungsgesetzes, Gesetz zur Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer. – <sup>4</sup> Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 01.07.2008 um 0,25 Prozentpunkte, Reduktion des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung, zum 01.01.2009 um 0,5 Prozentpunkte, Anhebung des einheitlichen Krankenversicherungsbeitragssatzes zum 01.01.2009 um 0,6 Prozentpunkte. – <sup>5</sup> Gesetz zur Verbesserung der Beschäftigungschancen von Langzeitarbeitslosen mit Vermittlungshemmnissen, Gesetz zur Verbesserung der Beschäftigungschancen von jüngeren Menschen mit Vermittlungshemmnissen, Einführung von Eingliederungsscheinen für über fünfzigjährige Arbeitslose, Bundesprogramm „Kommunal-Kombi“, Verlängerung der Zahlung des ALG I für über 58-jährige Arbeitslose. – <sup>6</sup> GKV-Wettbewerbsverstärkungsgesetz. Schaffung neuer Stellen und Förderung der Ausbildung im Pflegebereich, Aufstockung der Leistungen der Pflegeversicherung, Einführung einer Euro-Gebührenverordnung für Ärzte, Änderung der Ärztevergütung sowie Erhöhung von Zahlungen an Krankenhäuser.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen und Prognose des IWH.

werden. Die Einnahmen des Staates insgesamt sind um 2,2% zurückgegangen.

Die Ausgaben haben demgegenüber um 4,8% zugenommen. Maßgeblich hierfür war zum einen

der konjunkturell bedingte Anstieg der Lohnersatzleistungen. Zudem stiegen die Rentenzahlungen deutlich, auch weil in den Jahren 2008 und 2009 der Riesterfaktor ausgesetzt worden war; hierdurch

wurde der Rentenanpassungsfaktor erhöht. Vor allem aber schlugen sich die Maßnahmen nieder, die im Rahmen der Konjunkturpakete beschlossen worden waren (vgl. Tabelle 12). Zu Beginn des Jahres war das Kindergeld erhöht worden und ein Kinderbonus wurde gewährt. Mit der „Abwrackprämie“ wurde der Neuwagenkauf stimuliert und Mehrausgaben für Investitionen wurden bereitgestellt. Die Zinsausgaben des Staates sind hingegen – trotz der defizitären Haushaltsentwicklung – deutlich gesunken, und zwar um 4,7%. Dies liegt auch daran, dass der neu gegründete Investitions- und Tilgungsfonds bisher noch nicht in großem Umfang seine Kreditermächtigungen in Anspruch nehmen musste, denn der Abfluss der Mittel für Investitionen gestaltet sich recht zäh, und die „Abwrackprämie“ wird teilweise noch im Jahr 2010 ausgezahlt werden.<sup>14</sup> Vor allem sind die Zinsen zurzeit generell niedrig, und dem Staat wird eine hohe Bonität attestiert. Außerdem betreibt der Bund ein aktives Kreditmanagement und nützt günstige Konditionen aus, mit der Folge, dass die aktuelle Verschuldungsstruktur von kurzfristigen Titeln geprägt ist.

Im Jahr 2010 werden sich die öffentlichen Finanzen noch einmal deutlich verschlechtern. Die Einnahmen des Staates werden trotz ihres bereits niedrigen Niveaus weiter sinken – auch weil Steuerenkungen zu Beginn des Jahres in Kraft treten. Die Rezession hinterlässt auf dem Arbeitsmarkt ihre Spuren, und die inländische Nachfrage schwächt weiter. In der Folge werden die Einnahmen aus der Mehrwert- und der Lohnsteuer gedrückt. Auch die Gewinnsteuern werden nochmals sinken, wenn auch nicht mehr so stark wie im Vorjahr. Die Sozialbeiträge werden mit 0,5% noch leicht zunehmen. Alles in allem werden die Einnahmen erneut zurückgehen, und zwar um 0,6%.

Die Ausgaben des Staates werden im Jahr 2010 mit 3,1% abermals kräftig steigen. Maßgeblich ist wiederum die Entwicklung der monetären Sozialleistungen. Mit der steigenden Arbeitslosigkeit werden die Ausgaben des Staates für Lohnersatzleistungen zulegen. Außerdem wirkt in der ersten Jahreshälfte die hohe Rentenanpassung Mitte des

<sup>14</sup> Auch der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) ist bei der Kreditaufnahme bisher recht zurückhaltend gewesen. Sollten Garantien oder Bürgschaften ausfallen, schlummern hier beträchtliche Risiken.

Jahres 2009 nach. Auch wird zum 1. Januar das Kindergeld erneut erhöht.

Darüber hinaus werden nun die in den Konjunkturprogrammen bereitgestellten Mittel für Investitionen zu einem größeren Teil verausgabt, sodass die Bruttoinvestitionen des Staates mit gut 9% zulegen werden. Vor dem Hintergrund der verfügbaren Volumina ist dieser Anstieg allerdings recht gering. Eigentlich sollten die Investitionsmittel zusätzlich verbaut werden. Nun engen aber die weggebrochenen Einnahmen – insbesondere bei der Gewerbesteuer – den Finanzspielraum der Kommunen drastisch ein. Bei leeren Kassen ist davon auszugehen, dass sich tendenziell eine Investitionszurückhaltung einstellt, die jedoch temporär von den zusätzlichen Mitteln überlagert wird. In dieser Prognose ist unterstellt, dass die investiven Mittel alles in allem abgerufen werden.<sup>15</sup> Daneben wird auch bei den Zinsausgaben des Staates ein deutlicher Anstieg erwartet, nicht nur aufgrund der hohen Neuverschuldung. Hat die starke Verschuldung in kurzfristigen Titeln die Zinsausgaben im Jahr 2009 deutlich gesenkt, so wird sich dies nun umkehren. In dieser Prognose ist unterstellt, dass der Geldmarktzins ab Mitte des Jahres 2010 wieder steigen wird. Aufgrund des erheblichen Anteils kurzfristiger Schuldtitel sowie der hohen Neuverschuldung im Jahr 2009 werden die Zinsausgaben schnell und kräftig expandieren, mit 7,9%.

Alles in allem wird die Defizitquote im Jahr 2010 auf 5% hochschnellen. Bei weitgehend unveränderten Rahmenbedingungen und noch hoher Arbeitslosigkeit werden sich die öffentlichen Finanzen im Jahr 2011 nicht grundlegend anders darstellen; die Defizitquote wird mit 5,1% nahezu unverändert sein.

## Wirtschaftspolitik

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat in den vergangenen beiden Jahren ungewöhnlich starke diskretionäre Eingriffe in fast allen Bereichen der

<sup>15</sup> Allerdings muss dies nicht der Fall sein. In der politischen Diskussion zwischen dem Bund und den Ländern aufgrund der Steuerausfälle, die mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz verbunden sind, hat Ersterer als Kompensation den Ländern Sachsen und Schleswig-Holstein angeboten, etwaige nicht abgerufene Mittel nicht verfallen, sondern den Ländern in jedem Fall zukommen zu lassen.

Wirtschaftspolitik erforderlich gemacht. Diese kurzfristigen Maßnahmen zur Stabilisierung waren im Kern unumgänglich, um einen noch stärkeren Rückgang der Produktion zu verhindern und bleibende Schäden abzuwenden, die durch die Erosion des Produktionspotenzials bei anhaltender massiver Unterauslastung drohen. Dennoch wäre ein zu später Ausstieg aus einer Politik, die auf die Abmilderung der Krisenfolgen abzielt, langfristig mit erheblichen Kosten verbunden. Zu nennen sind vor allem massive Haushaltsdefizite, liquiditätsindizierter Preisdruck auf Güter- und vor allem Vermögenmärkten sowie von Unterstützungsmaßnahmen ausgehende Fehlanreize für das Bankensystem. Dementsprechend lassen die sich aufhellenden Aussichten einen schrittweisen, aber doch konsequenten Ausstieg aus der auf Nachfragestimulierung ausgerichteten Wirtschaftspolitik zu Gunsten einer langfristig angelegten Wachstumspolitik angeraten erscheinen.

Im Bereich der Finanzpolitik bedeutet dies insbesondere die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Die geplanten Steuersenkungen können sich trotz eines für Europa relativ hoch eingeschätzten Effektes auf die wirtschaftliche Aktivität<sup>16</sup> bei Weitem nicht vollständig selbst finanzieren. Gerade wenn Steuererhöhungen auf Dauer vermieden werden sollen, ist eine ausgabenseitige Konsolidierung unumgänglich. Hier bietet sich insbesondere eine Kürzung im Bereich der Subventionen – einschließlich der Steuervergünstigungen – an. Dagegen sollten öffentliche Ausgaben, etwa im Bildungssektor, deren positive Wachstumsfolgen hoch sind, nicht beschnitten werden.<sup>17</sup>

Bezüglich der Geldpolitik wird die bereits intensiv begonnene Suche nach einer „Exitstrategie“ aus der großzügigen Liquiditätsversorgung eine erhebliche Rolle spielen. Dies lehrt die Erfahrung aus der Bekämpfung früherer Krisen mit Hilfe liquiditätspolitischer Maßnahmen; vielfach haben diese Maßnahmen selbst wieder nachfolgende Blasen

mit verursacht.<sup>18</sup> Zudem sind mittelfristig, sobald der inflationäre Druck der hohen Liquidität nicht länger durch einen deflationären Druck von der konjunkturellen Seite kompensiert wird, Inflationsgefahren zu erwarten. Da eine abrupte Rückführung der Liquiditätsversorgung bei sich möglicherweise recht unvermittelt abzeichnenden Risiken für die Preisniveaustabilität die ohnehin noch verunsicherten Kapitalmärkte in neue Turbulenzen stürzen könnte, ist eine langsame und entsprechend bald beginnende Rückführung anzuraten.

Für den Bankensektor ist von starken Belastungen in der unmittelbaren Zukunft abzusehen, da die Verunsicherung im Finanzsystem noch anhält. Allerdings macht es gerade das massive Eingreifen der Regierungen zu Gunsten der Banken erforderlich, dass ein glaubwürdiger ordnungspolitischer Rahmen geschaffen wird, der Banken und deren Eignern die Hauptlast künftiger Bankenrisiken zuordnet. Sonst droht die Gefahr, dass vor dem Hintergrund einer weiterhin als sicher erachteten Rettung erneut hohe Risiken auf Kosten der Steuerzahler eingegangen werden.<sup>19</sup>

## Finanzpolitik

### *Haushaltskonsolidierung: Herkules- oder Sisyphosaufgabe?*

Die Finanzlage des Staates gestaltet sich zunehmend schwierig. Im Jahr 2010 wird die Defizitquote bei 5% liegen. Zwar gab es zu dem expansiven finanzpolitischen Kurs in Anbetracht der Schärfe des wirtschaftlichen Einbruchs keine Alternative. Eine Neuverschuldung in diesem Ausmaß impliziert nun aber akuten Konsolidierungsbedarf. Dies gilt umso mehr, als bereits heute absehbar ist, dass die Folgen einer alternden Gesellschaft die haushaltspolitischen Spielräume immer weiter einengen werden. Gelingt es der Politik nicht, die Finanzen auf eine tragfähige Grundlage zu stellen, so läuft sie Gefahr, in der längeren Frist handlungsunfähig zu werden; das

<sup>16</sup> Vgl. TRABANDT, M.; UHLIG, H.: How Far are We From the Slippery Slope? The Laffer Curve Revisited, in: NBER Working Paper No. 15343, 2009.

<sup>17</sup> Siehe zu den Wachstumseffekten von Bildungsausgaben RIOJA, F. K.: Roads vs. Schooling: Growth Effects of Government Choices, in: BE Journal of Macroeconomics, 1/2005.

<sup>18</sup> Vgl. SCHNABL, G.; HOFFMANN, A.: Monetary Policy, Vagabonding Liquidity and Bursting Bubbles in New and Emerging Markets – An Overinvestment View, in: The World Economy, 9/2008, pp. 1226-1252.

<sup>19</sup> Zur empirischen Evidenz in dieser Frage vgl. z. B. NIER, E.; BAUMANN, U.: Market Discipline, Disclosure and Moral Hazard in Banking, in: Journal of Financial Intermediation, 3/2006, pp. 332-361.

Zeitfenster, in dem diese Grundlage geschaffen werden kann, ist dabei durch die demografischen Rahmenbedingungen auf 1½ Jahrzehnte begrenzt.

Konsolidierung tut also not. Gleichzeitig muss dabei jedoch den gesamtwirtschaftlichen Gegebenheiten Rechnung getragen werden, denn die Wirtschaft wächst zwar wieder, allerdings erscheint dieses Wachstum zurzeit noch recht fragil, und die Produktionslücke wird auch am Ende des Prognosezeitraums noch geöffnet sein. Derzeit zeichnen sich aber auch keine weiteren Krisenjahre am Horizont ab, die den Einsatz zusätzlicher expansiver Maßnahmen, wie von der Bundesregierung noch Ende November 2009 zur Diskussion gestellt, erfordern. Nach der vorliegenden Einschätzung wird sich die Produktionslücke im Jahr 2011 bereits deutlich zurückgebildet haben; damit ist auch der Zeitpunkt für eine verstärkte Konsolidierung gekommen.

Vieles spricht dagegen, über eine Erhöhung der Einnahmen zu konsolidieren. Mit der Erhebung von Steuern sind in der Regel Wohlfahrtsverluste verbunden, und diese würden zunehmen. Dies gilt allerdings nicht, wenn die Steuermehreinnahmen durch den Abbau von Steuervergünstigungen erzielt werden. Steuerausnahmetatbestände wirken ökonomisch wie Subventionen. Eine Abschaffung von Steuersubventionen wird in der Regel also wachstumserhöhend sein.<sup>20</sup> Vorrangig ist jedoch die Ausgabenseite zur Konsolidierung heranzuziehen. Eine solche Strategie ist nicht zuletzt deshalb überlegen, weil empirische Untersuchungen darauf hinweisen, dass ein relativ niedriger Staatsanteil eher mit höheren Wachstumsraten einhergeht.<sup>21</sup>

### ***Konsolidierungskurs umsetzen!***

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist eine Herkulesaufgabe – politisch wird sie schwierig umzusetzen sein. Anders als die Geldpolitik muss

die Finanzpolitik über mehrere Jahre den Ausgabe-wünschen verschiedenster Couleur und Interessengruppen begegnen. Hier können bindende und wohl formulierte Fiskalregeln eine Konsolidierung erleichtern.<sup>22</sup>

Die alte Verschuldungsregel nach Art. 115 GG hat sich in den vergangenen Jahren häufig als zu schwach erwiesen. Zu leicht konnte die Ausnahmeregel in Anspruch genommen werden, zu wenig Konsequenzen waren damit verbunden, wenn im nachhinein – häufig war schon eine andere Regierung im Amt – das Bundesverfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit eines Haushaltsgesetzes feststellte. Mit Beginn des Jahres 2010 wird nun eine neue Verschuldungsregel gelten. Nach dieser Regelung hat das strukturelle Defizit des Bundes im Jahr 2016 bei maximal 0,35% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt zu liegen. Ab dem Jahr 2011 muss das darüber hinaus gehende strukturelle Defizit schrittweise zurückgeführt werden. Die Länder haben sich darauf verpflichtet, ihr strukturelles Defizit bis auf null zu reduzieren, allerdings erst bis zum Jahr 2020. Dennoch stehen die fünf Länder (Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein), denen aufgrund ihrer Haushaltssituation Konsolidierungshilfen zugesagt worden sind, bereits ab 2011 in der Pflicht. Auch sie werden dann in gleichmäßigen Schritten ihre Defizite zurückführen müssen, wollen sie keine Finanzhilfen verlieren.<sup>23</sup>

Ab dem Jahr 2011 spricht also nicht nur die konjunkturelle Entwicklung dafür, mit der Konsolidierung zu beginnen, auch der neue institutionelle Rahmen wird den Bund und bestimmte Länder veranlassen, Schritte in diese Richtung zu unternehmen. Gerade in der Übergangsphase wird sich aber erweisen, ob die neue Schuldenregel auf Dauer Bestand haben kann. So führt die Rezession dazu, dass das Potenzialwachstum am aktuellen Rand ausgesprochen niedrig ist und Schätzungen des Potenzialniveaus sprunghaft nach unten korrigiert worden sind (vgl. Kasten 3). Bei einer ausgaben-

<sup>20</sup> Darüber hinaus sollten die Beitragssätze zur Sozialversicherung über einen vollen Konjunkturzyklus hin einen ausgeglichenen Haushalt sicherstellen. In der Arbeitslosenversicherung ist dies zurzeit nicht der Fall. Auch wenn zu Beginn des Jahres 2011 der Beitragssatz wieder auf 3,0% erhöht wird, werden die Finanzen der Bundesagentur nicht nachhaltig sein. Auch hier erscheint eine Abgabenerhöhung also angebracht.

<sup>21</sup> Vgl. beispielsweise FÖLSTER, S.; HENREKSON, M.; Growth Effects of Government Expenditure and Taxation in Rich Countries, in: European Economic Review, 8/2001, pp. 1501-1520.

<sup>22</sup> Zu den Anforderungen an eine „gute“ Fiskalregel vgl. KOPITS, G.; SYMANSKY, S.: Fiscal Policy Rules. International Monetary Fund. Washington, D.C. 1998.

<sup>23</sup> Das Land Sachsen geht sogar noch über die Anforderungen der Schuldenbremse hinaus und hat ein Verschuldungsverbot in seine Verfassung aufgenommen, das erstmalig im Jahr 2011 gelten soll.

seitigen Konsolidierung müsste das Niveau der Staatsaktivität nunmehr genauso sprunghaft gesenkt werden. Zu bedenken ist zudem, dass die deutsche und die europäische Fiskalregel nicht an der Entwicklung der Ausgaben orientiert sind, sondern am Saldo aus Ausgaben und Einnahmen. Nun schwanken in Deutschland die Gewinnsteuern recht stark. Ihre Lag-Struktur wird im Bereinigungsverfahren der Europäischen Kommission, auf dem auch die nationale Schuldenbremse beruht, nur unzureichend erfasst. Bereits im Jahr 2009 sind die Gewinnsteuern drastisch eingebrochen. Nach dem von der EU verwendeten Potenzialbereinigungsverfahren schlagen sich solche Änderungen zu einem großen Teil in der strukturellen Komponente des Budgetsaldos nieder; so wird der strukturelle Anpassungsbedarf überschätzt.

Ferner stellt sich die Frage, ob angesichts der Tiefe der Rezession und der durch sie bedingten hohen Defizite der Zeitrahmen, den die neue Regel zu deren Rückführung lässt, angemessen ist, oder ob die ausgelösten kontraktiven Effekte die wirtschaftliche Erholung gefährden werden. Je höher die Defizite und je größer die Reduktion des Potenzials in der Ausgangslage Ende des Jahres 2010, desto größer muss das Volumen des jährlichen Konsolidierungsbeitrags sein. Sollte sich abzeichnen, dass die Wirtschaftslage entgegen der hier aufgestellten Prognose im Jahr 2011 noch fragil ist, so steht die Politik vor einem Dilemma. Zum einen besteht die Gefahr, die Erholung abzuwürgen, zum anderen könnte das neue Instrument diskreditiert werden, wenn es gleich zu Beginn nicht eingehalten wird. Allerdings hat es bei der Einführung der Schweizer Schuldenbremse im Jahr 2001 anfänglich ebenfalls Probleme gegeben, und die Ziele wurden in den ersten Jahren verfehlt. Das Instrument wurde nachgebessert, funktioniert heute und ist glaubwürdig.<sup>24</sup> Alles in allem erscheint es richtiger, nachzubessern, als das Wirtschaftswachstum abzuwürgen, falls die wirtschaftliche Entwicklung schlechter verlaufen sollte als in dieser Prognose vorhergesagt, etwa falls Auswirkungen der Finanzkrise nochmals spürbar werden.

<sup>24</sup> Vgl. MÜLLER, C.: Aspekte einer Schuldenbegrenzung nach helvetischem Vorbild, Stellungnahme zu dem Fragenkatalog der Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Eidgenössisch Technische Hochschule Zürich, 2007.

Eine weitere institutionelle Änderung, die im Koalitionsvertrag beschlossen worden ist, kann ebenfalls dazu beitragen, Ausgabenwünsche zu begrenzen. Die Regierung hat sich darauf geeinigt, dass in Zukunft wichtige Eckwerte des Bundeshaushalts vorab verbindlich durch das Bundeskabinett vorgegeben werden. Diese werden dann Grundlage für das regierungsinterne Haushaltsaufstellungsverfahren bei den Einzelplänen sein.<sup>25</sup> Eine verbindliche Festlegung auf eine Obergrenze für das Ausgabenwachstum kann im politischen Prozess hilfreich sein. Letztlich wird die Schuldenbremse auf diese Art durch einen Ausgabenpfad, wie er wiederholt vom IWH vorgeschlagen worden ist, ergänzt.<sup>26</sup> Zudem wird im Koalitionsvertrag festgelegt, dass grundsätzlich alle Einnahmen zur Deckung aller Ausgaben herangezogen werden sollen. Das Non-affektationsprinzip, das in den vergangenen Jahren aufgeweicht worden war,<sup>27</sup> wird somit gestärkt. Diese Änderungen dürften die Stellung des Bundesfinanzministers im Haushaltsverfahren stärken und Ausgabewünsche der Ressorts eingrenzen helfen.

### ***Mögliche Konsolidierungswege***

Eine Konsolidierung der öffentlichen Finanzen allein über die Ausgabenseite wird schwierig, und es stellt sich die Frage, ob die Einsparpotenziale in den öffentlichen Haushalten ausreichen, diese Herkulesaufgabe zu bewältigen.

Vielfach wird in diesem Zusammenhang pauschal ein Abbau von Subventionen gefordert. Dies ist im Grundsatz richtig. Aber die Mehrzahl der Fördertatbestände wurde in der Absicht erlassen, bestimmte Verhaltensanreize zu schaffen. Daher sollte auch beim Subventionsabbau eine Einzelfallprüfung vorgenommen werden. Es zeigt sich jedoch, dass selbst bei einer solchen Prüfung Einsparpotenziale in zweistelliger Milliardenhöhe aufgezeigt werden können. So haben sich die Politiker

<sup>25</sup> Der parlamentarische Teil des Haushaltsaufstellungsverfahrens bleibt unberührt.

<sup>26</sup> Vgl. u. a. VAN DEUVERDEN, K: Stabilitäts- und Wachstumspakt: kein geeigneter Weg zur Haushaltskonsolidierung – Ein Plädoyer für die Implementierung eines Ausgabenpfades – in: IWH, Wirtschaft im Wandel 2/2005, S. 51-57.

<sup>27</sup> So wurde ein Teil der Mauteinnahmen von vornherein für Verkehrsinvestitionen vorgesehen und die Einnahmen aus der Versteigerung der CO<sub>2</sub>-Zertifikate wurden im Haushalt des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie veranschlagt.

Koch und Steinbrück im Jahr 2003 auf eine Streichliste bei Finanzhilfen und Steuervergünstigungen geeinigt, die bisher nur teilweise umgesetzt worden ist. Es verbleibt ein Volumen von 63 Mrd. Euro.<sup>28</sup> Bei dieser Liste wurden zudem bestimmte Förderatbestände ausgeklammert, obwohl sie ökonomisch nicht gerechtfertigt sind, so die Steuerfreiheit von Zuschlägen für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit. Diese Förderung ist sozialpolitisch motiviert und mag verteilungspolitisch auch gerechtfertigt sein. Aus Sicht des Steuerzahlers ist es allerdings kaum nachzuvollziehen, warum ein solcher Ausgleich über das Steuerrecht und nicht über die Tarifverträge gewährt wird. Auch die Investitionszulage ist hier zu nennen. Letztere bietet allerdings nur noch wenig Spielraum für Einsparungen, denn sie ist mittlerweile degressiv ausgestaltet. Daneben gewähren auch die Länder Finanzhilfen, die ebenfalls auf den Prüfstand gehören.

Andere Ausgabepositionen des Staates können ihren Beitrag erbringen, indem generell ein zurückhaltender Kurs eingeschlagen wird. Auf diese Weise könnten konsumtive Ausgaben, wie der Sachaufwand oder die Personalausgaben, über einen Zeitraum von fünf bis sechs Jahren einen Konsolidierungsbeitrag von 15 bis 20 Mrd. Euro erbringen. Ferner hat der Bundesrechnungshof kürzlich wieder die Einführung einer zentralen Steuerverwaltung gefordert und das damit verbundene Einsparvolumen auf 8½ Mrd. Euro beziffert. Angesichts des Ausmaßes der Defizite ist es an der Zeit, dass die Länder ihren Widerstand hiergegen aufgeben. Des Weiteren sollten alle Einmalzahlungen, die dem Staatssektor zufließen, zur Schuldentilgung verwendet werden. Hier ist an eine neuerliche Versteigerung von Breitbandfrequenzen zu denken oder an die Abschöpfung jener Gewinne, die sich bei den Kernenergiebetreibern einstellen werden, wenn die Laufzeiten wie angekündigt verlängert werden. Damit wird zwar nicht die laufende Verschuldung reduziert, aber auch dies hätte Folgewirkungen für die Zinsausgaben. Alles in allem lässt sich damit auf der Ausgabenseite ein Volumen an Maßnahmen identifizieren, das über den strukturellen Konsolidierungsbedarf hinausgeht.

---

<sup>28</sup> Die Politiker sahen auch bestimmte Abschreibungsregeln als Subventionstatbestand an, diese sind hier ausgeklammert worden.

### *Aktuelle Entwicklungen: das Wachstumsbeschleunigungsgesetz ...*

Die Politik setzt derzeit jedoch ganz andere Signale. Eine der ersten Entscheidungen nach dem Regierungswechsel war das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“. Erklärtes Ziel dieses Gesetzes ist es, die Wirtschaft auf einen höheren Wachstumspfad zu bringen. In späteren Jahren soll dies dann die Konsolidierung der Haushalte erleichtern. Auf den ersten Blick scheint diese Strategie überlegen – aber kann sie auch aufgehen?

Das Gesetz enthält Maßnahmen in einem Volumen von 8½ Mrd. Euro. Der größte Teil entfällt auf die Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibetrag. Werden Eltern mit Kindern besser gestellt, so kann dies sinnvoll sein – allein das Wachstum der Volkswirtschaft wird dadurch nicht beschleunigt.

Schon längere Zeit wurde immer wieder diskutiert, den ermäßigten Umsatzsteuersatz auf Dienstleistungen des Hotel- und Gaststättengewerbes anzuwenden. Steuersystematisch lässt sich dies damit begründen, dass heute ein Essen im Restaurant mit dem normalen Satz, bei Außerhausverkauf aber mit dem reduzierten Satz belastet wird. In einigen europäischen Ländern gilt im Hotel- und Gaststättengewerbe bereits der ermäßigte Satz, in anderen wird dies diskutiert. Erst Mitte des Jahres 2009 ist beispielsweise Frankreich zu einer solchen Regelung übergegangen. Der Koalitionsvertrag sah dies auch in Deutschland vor. Die Mindereinnahmen des Staates hätten sich allerdings auf 4,6 Mrd. Euro belaufen, wenn die Branche insgesamt der ermäßigten Umsatzbesteuerung unterworfen worden wäre.

Mittlerweile hat die Politik entschieden, dass der reduzierte Satz nur noch für die Übernachtungsleistungen des Hotelgewerbes eingeführt wird; alles in allem werden sich die Mindereinnahmen auf 900 Mio. Euro belaufen.<sup>29</sup> Steuersystematisch lässt sich dies nicht begründen. Auch sind ineffiziente Ausweichreaktionen zu erwarten. So werden bereits Überlegungen diskutiert, wie verschiedene Dienstleistungen (auch aus dem Gaststättenbereich) kombiniert werden können, damit das Angebot insgesamt dann dem ermäßigten Steuersatz unter-

---

<sup>29</sup> Da im Jahr 2010 wohl das Mehrwertsteuerprivileg für die Deutsche Post fallen wird, ist zudem zu fragen, ob eine Änderung der Steuerbelastung für die Branche nicht in einen größeren Kontext hätte gebettet werden müssen.

liegt. Zudem ist ungewiss, ob und wann eine Anpassung der Übernachtungskosten an die geringere steuerliche Belastung erfolgen wird. Bleibt sie aus, so werden die Kosten für Unternehmen steigen, denn bei Geschäftsreisen ist die Mehrwertsteuer als Vorsteuer abzugsfähig, und diese fällt dann entsprechend der Steuersatzsenkung geringer aus. In Frankreich hatten die Verbände Mitte des Jahres Zusagen gemacht, die Steuersenkung in den Preisen weiterzugeben und auch mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Erste Befunde zeigen, dass diese Ankündigungen bisher nicht umgesetzt worden sind.<sup>30</sup>

Weitere Maßnahmen des Gesetzes betreffen die Unternehmen; größtenteils werden hier Konstruktionsfehler der Unternehmensteuerreform 2008 korrigiert. Um Sorge zu tragen, dass international tätige Konzerne einen angemessen hohen Gewinnanteil im Inland versteuern, war beispielsweise die Zinsschranke beschlossen worden. Diese Regelung kann dazu führen, dass Unternehmen Steuern entrichten müssen, obwohl sie einen Verlust aufweisen. Letztlich kommt es zu einer Substanzbesteuerung und die Finanzsituation der Unternehmen wird belastet. In Anbetracht der gegenwärtigen Krise war daraufhin bereits mit dem Konjunkturpaket II – zeitlich befristet – Abhilfe geschaffen worden. Nun wurde eine dauerhafte Lösung etabliert. Außerdem war die Anrechnung und Übertragung von Verlusten stark eingeschränkt worden, wenn ein Unternehmen ein anderes kaufte. Dies hatte zur Folge, dass einige Unternehmen in die Insolvenz gedrängt wurden, obgleich dies hätte vermieden werden können. Auch hier wird nachgebessert. Zudem wurden die Abschreibungsbedingungen für geringwertige Wirtschaftsgüter verbessert.

---

<sup>30</sup> Eine Studie der EU-Kommission aus dem Jahr 2007 kommt zwar zu dem Ergebnis, dass auf Dauer angelegte Mehrwertsteuersenkungen mit der Zeit an die Verbraucher weitergegeben werden (EUROPEAN COMMISSION: Taxation Papers, Study on Reduced VAT Applied to Goods and Services in the Member States of the European Union, in: Working Paper, No. 13, 2007). Die Subventionierung des Hotelgewerbes betrifft allerdings nur einen wirtschaftlichen Teilbereich. Ob, wann und in welchem Ausmaß die Steuer weitergegeben wird, hängt von den jeweiligen Wettbewerbsbedingungen der Anbieter vor Ort ab. In Frankreich wurde die Steuer von 19,6% auf 5,5% gesenkt; die Preisreaktion im Gaststättengewerbe war deutlich geringer. Angesichts der auch hier desaströsen Haushaltslage werden bereits Forderungen erhoben, die Regelung zurückzunehmen.

Daneben kommt es zu Änderungen bei der Grunderwerbsteuer. Hier wird nach altem Recht die Umstrukturierung von Unternehmen erschwert, wenn sie mit dem Kauf und Verkauf von Grundstücken einhergeht, denn dies begründete eine Steuerschuld. Auch hier wird nun das Steuerrecht angepasst. Darüber hinaus gibt es kleinere Änderungen bei der Erbschaftsbesteuerung.

Wird das Wachstumsbeschleunigungsgesetz nun das Wachstum beschleunigen? Die Steuerrechtsänderungen, die den Unternehmenssektor betreffen, verbessern die steuerlichen Rahmenbedingungen und beheben steuersystematische Fehler. Daher kann hier ein wachstumsfördernder Effekt erwartet werden. Das Volumen dieser Maßnahmen entspricht mit 2½ Mrd. Euro aber nur gut einem Viertel der in diesem Paket enthaltenen Maßnahmen. Das größte Volumen haben jene Maßnahmen, die Familien mit Kindern betreffen. Sie werden die Binnennachfrage – temporär – anregen, das Wachstum dürften sie jedoch nicht beschleunigen. Bleibt noch die Entlastung des Hotelgewerbes. Hier handelt es sich sogar um die verzerrende Subventionierung einer einzelnen Branche – eine effiziente Allokation und damit auch das Wachstum werden auf eine solche Weise nicht gefördert, sondern behindert.

### *... und die Diskussion über Steuerentlastungen*

Trotz der hohen Defizite wird immer wieder über Steuersenkungen diskutiert. Im Koalitionsvertrag hat die Regierung für das Jahr 2011 eine große Einkommensteuerreform mit einem Volumen von 24 Mrd. Euro angekündigt. Grundsätzlich ist eine Reform der Einkommensteuer wünschenswert – insbesondere wenn dabei auch wesentliche Probleme wie der „Mittelstandsbauch“ beseitigt werden. Eine solche Reform würde die Rahmenbedingungen verbessern und so über ein höheres Wachstum auch höhere Einnahmen generieren. Es ist aber ein Trugschluss, davon auszugehen, eine Steuerreform könne sich selbst finanzieren. Soll die Reform erfolgreich sein, muss sie vor dem Hintergrund der angespannten Finanzlage nicht nur steuersystematisch ausgewogen, sondern auch aufkommensneutral ausgestaltet werden. Zwar bietet die Vielzahl von Steuersubventionen, die sich etabliert haben, ein hohes Potenzial an Gegenfinanzierungsmaßnahmen. Einsparpotenziale, die hier herangezogen werden,

stehen aber nicht mehr für die allgemeine Haushaltskonsolidierung zur Verfügung. Eine Steuer senkung ist zurzeit nur dann finanzierbar, wenn gleichzeitig eine andere Steuer erhöht wird. Letztlich böte sich dazu nur die Mehrwertsteuer an.

### Finanzpolitisches Fazit

Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise werden sich zunehmend in den öffentlichen Haushalten niederschlagen. Die Defizitquote wird im Jahr 2010 ein für deutsche Verhältnisse ungewohnt hohes Niveau annehmen, der Schuldenstand dürfte sich auf 77½% des nominalen Bruttoinlandsprodukts belaufen. Auch wenn die temporäre Nachfragestimulierung in einer Krise von historischem Ausmaß richtig war, und auch wenn ein restriktiver finanzpolitischer Kurs im Jahr 2010 noch nicht angezeigt scheint, so muss doch langsam ein Ausstieg aus der expansiven Politik vorbereitet werden. Weitere Entlastungen in Milliardenhöhe setzen ein falsches Signal. Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ist sicherlich eine Herkulesaufgabe. Sie ist jedoch keine Sisyphosaufgabe: Mit – zugegebenermaßen großen – Mühen kann sie bewältigt werden.

## Geldpolitik

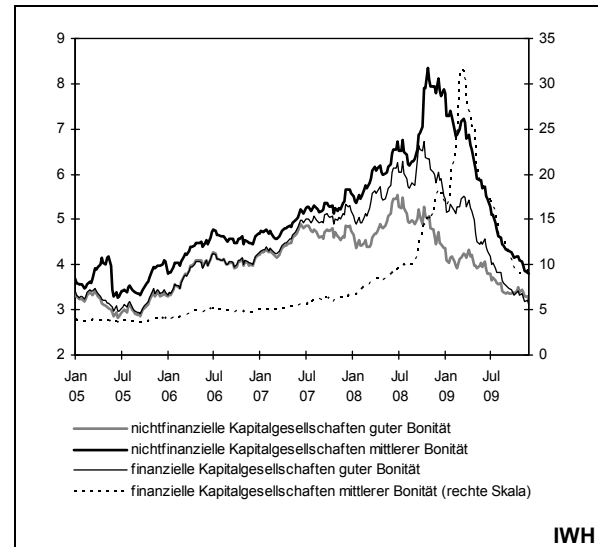
### Freundlicheres monetäres Umfeld

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat den Leitzins auch im Herbst 2009 auf dem historisch niedrigen Niveau von 1% beibehalten. Der Tagesgeldsatz (EONIA) notiert ebenfalls unverändert und liegt bei knapp 0,4%. Jedoch ist der Risikoaufschlag am Interbankenmarkt gesunken, bei Dreimonatsgeschäften um zehn Basispunkte auf knapp 0,3 Prozentpunkte.

Im Euroraum liegen die durchschnittlichen Umlaufrenditen zehnjähriger Staatsanleihen bei 3,8% und haben sich damit seit Ende des Sommers kaum verändert. Allerdings verdeckt der unveränderte Durchschnitt divergierende Entwicklungen im Euroraum. Während die Unterschiede zwischen Staatsanleihen einiger EWU-Mitgliedsländer gegenüber Bundesanleihen vielfach geringer geworden sind, ergibt sich bei den Anleihen von Staaten geringerer Bonität ein anderes Bild. Zwar liegen die Risikoaufschläge beispielsweise für Griechenland und

Abbildung 8:

Zinssatz von Unternehmensanleihen im Euroraum - in % -



Quellen: Thomson Financial; Darstellung des IWH.

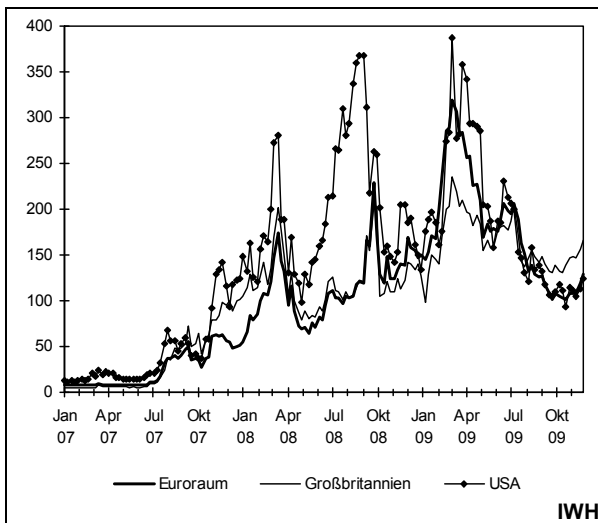
Irland unter ihren Höchstständen vom Frühjahr 2009. Allerdings ist am aktuellen Rand erneut ein beunruhigender Wiederanstieg des Risikoaufschlags zu verzeichnen, im Falle Griechenlands auf über 220 Basispunkte.<sup>31</sup>

Für die Unternehmen insgesamt haben sich die Finanzierungsbedingungen an den Kapitalmärkten verbessert; die Renditen für Schuldtitel der Unternehmen sanken, und auch die Renditeaufschläge bei Unternehmensanleihen gegenüber Staatsanleihen gingen um 35 Basispunkte auf 0,38 Prozentpunkte zurück.

Die Renditen von Finanzunternehmen liegen allerdings noch weit über ihrem langjährigen Durchschnitt. Dies geht vor allem auf die anhaltend kritische Lage im Bankensystem zurück (vgl. Abbildung 8). Während die Umlaufrenditen finanzieller Kapitalgesellschaften guter Bonität (AA-Rating) unverändert blieben, ist der Zinssatz für Anleihen finanzieller Kapitalgesellschaften mit geringer, aber noch guter Bonität (BBB-Rating) seit Herbst weiter gefallen. Jedoch ist am aktuellen Rand erneut ein leichter Anstieg für Anleihen mittlerer Bonität um 0,3 Prozentpunkte auf 9,3% erkennbar.

<sup>31</sup> Gleichzeitig haben die Ratingagenturen im Dezember 2009 die Bonitätseinschätzung dieser Staatsanleihen herabgestuft. Zur Problematik divergierender Zinsen im Euroraum vgl. DIETRICH, D.; LINDNER, A.: Spannungen im Euroraum unter dem Druck der Weltfinanzkrise, in: IWH, Wirtschaft im Wandel. Themenheft 2009: Weltfinanzkrise, S. 34-38.

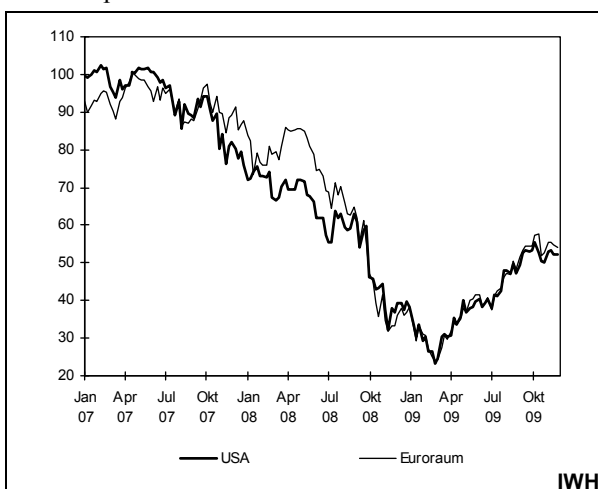
Abbildung 9:  
Mittlere Preise für Kreditausfallversicherungen bei  
Bankschuldverschreibungen mit einer Restlaufzeit  
von fünf Jahren  
- in Basispunkten -



Quellen: Credit Market Analysis Ltd; Darstellung des IWH.

Dieses Bild spiegelt sich auch in den Versicherungsprämien für Kreditausfälle wider, die nach ihrem Höhepunkt im Frühjahr 2009 bis zum Oktober 2009 langsam zurückgegangen sind (vgl. Abbildung 9). Jedoch liegen die durchschnittlichen Preise für Kreditausfallversicherungen bei Bankschuldverschreibungen einerseits noch weit über dem Niveau zu Beginn 2008, und andererseits ist seit Oktober erneut ein leichtes Ansteigen zu beobachten. Diese Indikatoren deuten daraufhin, dass auch weiterhin „Stress“ im Finanzsystem vorhanden ist.

Abbildung 10:  
Marktwert finanzieller Unternehmen  
- Index April 2007 = 100 -



Quellen: Dow Jones; Thomson Financial; Berechnungen des IWH.

Dass sich das Vertrauen in die Banken seit dem Frühjahr etwas verbessert hat, wird auch anhand des stetigen Anstiegs ihres Marktwertes deutlich. Dieser liegt nach einem kräftigen Einbruch im vergangenen Winterhalbjahr bis auf 23% des Wertes, den er zu Zeiten seines Höchststandes im April 2007 hatte, nun wieder bei über 50% dieses Wertes (vgl. Abbildung 10).

Für Anleihen nichtfinanzieller Unternehmen sind die Renditen seit Oktober 2009 um 20 Basispunkte auf 3,8% zurückgegangen, wobei die Renditedifferenz zwischen den Unternehmensanleihen guter und mittlerer Bonität im Dezember 2009 wieder um zehn Basispunkte gestiegen ist. Alles in allem sind die Finanzierungsbedingungen auf den Kapitalmärkten in den vergangenen Monaten etwas freundlicher geworden.

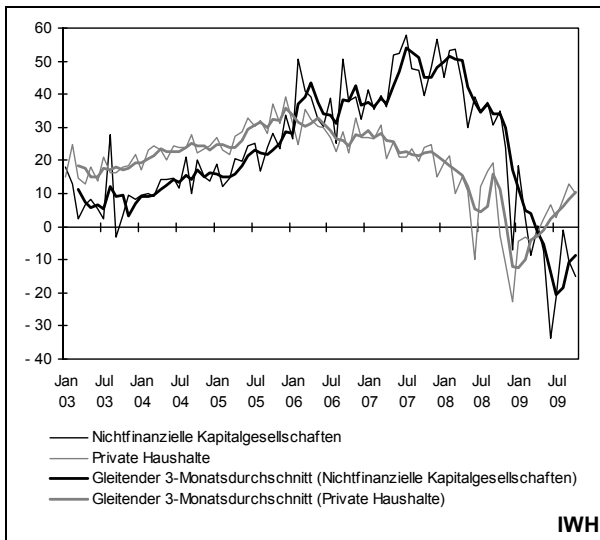
Die Bedingungen für die Finanzierung über Banken haben sich im Euroraum aber insgesamt nicht verbessert. Der Zinssatz für längerfristige Großkredite (mehr als eine Mio. Euro) an Unternehmen ist seit Herbst um knapp 20 Basispunkte auf 4,3 % gestiegen. Hingegen ist der Zinssatz für entsprechende Kredite mit kürzerer Laufzeit um etwa 40 Basispunkte auf 2,8% gesunken.

Betrachtet man angesichts dieser Zinsentwicklung das Kreditgeschäft der Banken (vgl. Abbildung 11), so fallen Unterschiede von Krediten an Unternehmen und an Haushalte ins Auge. Der Rückgang der Buchkredite an den privaten Sektor insgesamt ging vorwiegend mit einer Reduzierung der Kurzfristkredite an nichtfinanzielle Unternehmen einher, obgleich die Zinsen für diese Kredite gesunken sind. Hingegen sind die langfristigen Ausleihungen mit einer annualisierten Dreimonatsrate von zuletzt 1,5% trotz der leicht höheren Zinsen gestiegen. Diese Entwicklung spricht dagegen, dass es sich bei dem Rückgang der Kreditvergabe an nichtfinanzielle Unternehmen um vorwiegend angebotsseitige Effekte handelt.<sup>32</sup> Allerdings wurde nach der jüngsten Umfrage im Bankensektor (Bank Lending Survey) die Kreditvergabe deutscher Banken an Unternehmen nochmals leicht verschärft (vgl. Abbildung 12).<sup>33</sup>

<sup>32</sup> DEUTSCHE BUNDESBANK: Monatsbericht, September 2009, S. 26 f. und November 2009, S. 36 f.

<sup>33</sup> DEUTSCHE BUNDESBANK: Bank Lending Survey, Oktober 2009.

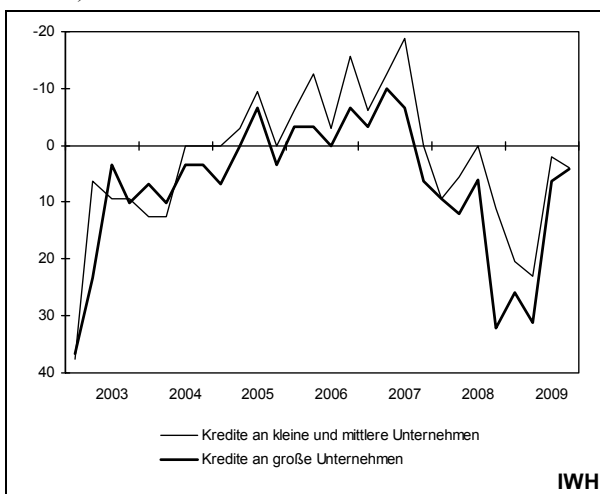
Abbildung 11:  
Transaktionsbedingte Veränderungen der Kreditbestände im Euroraum<sup>1</sup>  
- in Mrd. Euro, saisonbereinigt -



<sup>1</sup> Die monatlichen transaktionsbedingten Veränderungen werden von der EZB anhand der um Umgruppierungen, sonstige Neubewertungen, Wechselkursänderungen und andere nicht transaktionsbedingte Veränderungen bereinigten monatlichen Bestandsdifferenzen berechnet.

Quellen: Europäische Zentralbank; Berechnungen des IWH.

Abbildung 12:  
Verschärfung der Kreditrichtlinien  
- Nettosalde aus gewichteten Antworten (Diffusionsindizes) -

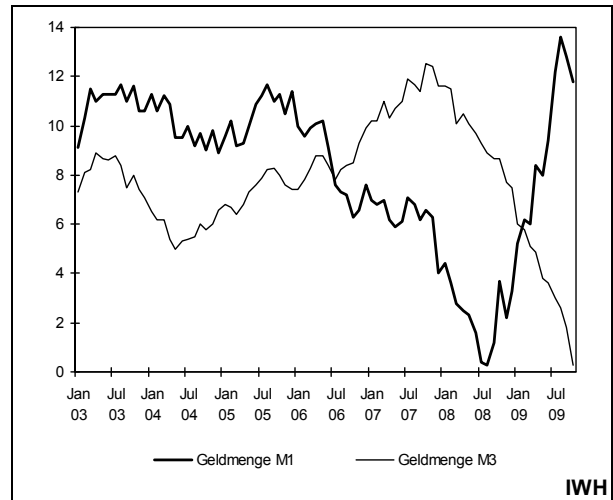


Quellen: Deutsche Bundesbank, Bank Lending Survey; Darstellung des IWH.

Im Gegensatz zu den Unternehmenskrediten hat die Dynamik der Ausleihungen an die privaten Haushalte wieder deutlich zugenommen. Getragen wurde dies vor allem vom Anstieg der Wohnungsbaukredite.

Der Zuwachs beim eng gefassten Geldmengenaggregat M1 ist trotz einer leichten Abflachung in

Abbildung 13:  
Veränderung der Geldmengenaggregate  
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Monatsendwert -



Quellen: Europäische Zentralbank.

den letzten Monaten nach wie vor sehr groß, getrieben vor allem durch die rasante Zunahme der kurzfristigen Einlagen. Die geringe Differenz zwischen dem Tagesgeldsatz und dem Zins auf kurzfristige Einlagen bei Banken dürfte hierzu wesentlich beigetragen haben. Unter anderem aufgrund des anhaltenden Misstrauens gegenüber Banken und der schlechten Konjunkturaussichten hat die Wachstumsrate des Geldmengenaggregats M3 den bereits im Jahr 2008 begonnenen drastischen Rückgang weiter fortgesetzt und lag im Oktober 2009 mit 0,3% gegenüber dem Vorjahr auf dem niedrigsten Niveau seit der Euroeinführung (vgl. Abbildung 13). Alles in allem hat sich die monetäre Grunddynamik weiterhin abgeschwächt; es ist aber zu erwarten, dass die starke Umschichtung zu den liquidesten Geldvermögensformen im Jahr 2010 weiter nachlassen wird.

Der Euro-Dollar-Wechselkurs ist sowohl nominal als auch real nach einem Rückgang in der Kulminationsphase der Finanzkrise seit März 2009 wieder deutlich gestiegen, wobei eine leichte Abschwächung am aktuellen Rand zu verzeichnen ist. Derzeit notiert der Euro bei knapp 1,50 US-Dollar. Während der Euro auch gegenüber dem Britischen Pfund und dem Japanischen Yen im Jahresverlauf aufwertete, hat sich die Stärke des Euro gegenüber dem Britischen Pfund im Vergleich zum Oktober wieder leicht abgeschwächt. Der reale effektive Wechselkurs, d. h. der gewichtete Wechselkurs des Euro gegenüber den wichtigsten Handelspartnern,

hat sich dementsprechend von seiner Schwäche zu Beginn des Jahres erholt und liegt derzeit leicht über dem Niveau des Vorjahres.

### ***Vorbereitung eines sanften Kurswechsels in der Geldpolitik***

Die EZB wird sich bei ihren Zinsbeschlüssen auch im Prognosezeitraum am Primat der Wahrung der Preisniveaustabilität orientieren. Im Sommer 2008 lag die Preissteigerung im Euroraum noch deutlich über dem Inflationsziel von 2%. Aber in den folgenden zwölf Monaten ist der Preisdruck vollständig verschwunden. Die Aussichten für das Preis-klima sind gemäß der vorliegenden Prognose zwar günstig, jedoch ist mittelfristig von einem Ansteigen der Inflationsrate auf Werte unterhalb, aber nahe 2% auszugehen; dies ist auch konsistent mit den mittelfristigen Erwartungen.

Angesichts der gegenwärtig ohnehin stark expansiv ausgerichteten Geldpolitik ist daher keinesfalls zu erwarten, dass die EZB den Leitzins im Jahr 2010 weiter senken wird, auch weil der Tagesgeldsatz bereits weit unter dem Leitzins liegt. Sofern sich aber die Lage auch im Bankensektor normalisiert hat, sollte die EZB daher schon im Prognosezeitraum beginnen, die Laufzeiten der Refinanzierungsgeschäfte zu verkürzen, um die derzeitige Liquiditätsversorgung in vorausschauender Weise soweit abzubauen, bis Tagesgeldsatz und Leitzins wieder übereinstimmen.<sup>34</sup> Im Anschluss hieran sollte die EZB zum Jahresende 2010 mit der Anhebung des Hauptrefinanzierungssatzes beginnen, auch angesichts der Verringerung der Produktionslücke im Verlauf des Jahres.

### ***Problemkind Bankensektor***

Durch expansive Geldpolitik und staatliche Konjunkturmaßnahmen konnte das Ausmaß der Rezession gedämpft und die konjunkturelle Lage stabilisiert werden. Auch die Lage im Bankensektor hat sich beruhigt, obgleich dessen Probleme in den vergangenen Monaten nicht gelöst werden konnten. So hat die EZB zwar mit ihren liquiditätspolitischen Maßnahmen eine weitere Verschärfung der Liquiditätsprobleme von Banken weitgehend verhindert, dennoch kommt es kaum zu einer Nor-

malisierung am Interbankengeldmarkt. Zum einen hat die EZB den Banken insgesamt viel zusätzliches Zentralbankgeld zur Verfügung gestellt und mit den Spitzenrefinanzierungs- und Einlagefazilitäten bestehende Instrumente genutzt, um die Allokationsfunktion des Interbankengeldmarkts zu übernehmen. Die Überschussreserven, die von den Kreditinstituten beim Eurosystem gehalten werden, sowie die hohe Volatilität der Beträge, die Banken auf ihren laufenden Konten beim Eurosystem haben, belegen jedoch, dass die Zentralbank die Allokationsfunktion des Geldmarkts nur unzureichend übernehmen kann (vgl. Abbildung 14). Zusätzlich wurden daher auch neue geldpolitische Instrumente eingesetzt: So wurden längerfristige Refinanzierungsgeschäfte mit einer Laufzeit von zwölf Monaten eingeführt, was die Planungssicherheit bei den Banken erhöht. Zudem wurde in der zweiten Jahreshälfte mit dem Ankauf von gedeckten Schuldverschreibungen begonnen, was zu einem Rückgang der entsprechenden Liquiditätsprämien auf dem Sekundärmarkt führte.

Die starke Zunahme der durch die EZB für die Kreditinstitute zu besonders günstigen Konditionen bereitgestellten Liquidität kann jedoch nicht allein das Kreditneugeschäft der Banken ankurbeln. Denn Zentralbankgeld dient den Banken entgegen verbreiteter Ansichten nicht in nennenswertem Umfang zur Refinanzierung von Krediten an Unternehmen und Haushalte, sondern weitgehend nur zum Ausgleich von kurzfristigen Liquiditätsschwankungen im Bankensektor und damit zu einer Verringerung der Risiken für Kreditinstitute. Vorschläge aus den Bankengruppen, insbesondere der Sparkassen, den Liquiditätsausgleich verbundintern zu organisieren, sind daher zwar angesichts der Verspannungen im Interbankengeldmarkt zu begrüßen. Es sollte aber nachdenklich stimmen, dass dieses Verfahren über die Girozentralen nicht schon implementiert ist. Dies dürfte wohl auch daran liegen, dass vor allem die problembeladenen Landesbanken zu einseitigen Lasten der Sparkassen Vorteil hieraus ziehen würden. Zudem sollten auch die aus solchen Maßnahmen generierten Impulse für die Kreditversorgung der Unternehmen und Haushalte nicht überschätzt werden. Denn den Banken werden höchstens in dem Maße zusätzliche Mittel für Ausleihungen zur Verfügung stehen, in welchem sich die im Aggregat bestehende übermäßige Re-

<sup>34</sup> Die EZB hat bereits angekündigt einen Sechs-Monatstender im März 2010 letztmalig durchzuführen.

servehaltung der beteiligten Kreditinstitute tatsächlich abbaut.

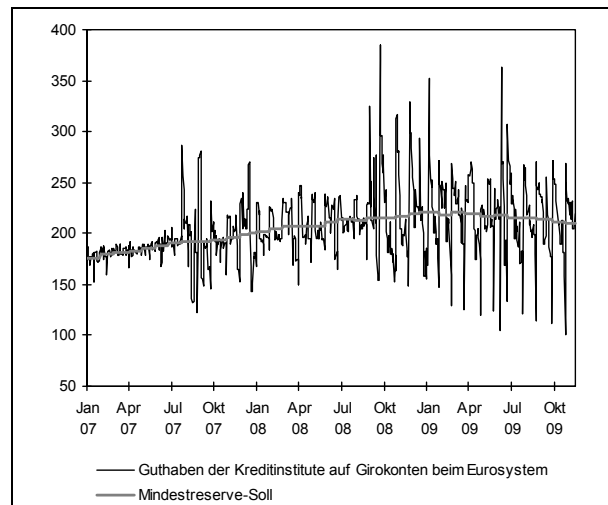
Das Hauptproblem für das Neukreditgeschäft besteht darin, dass Banken Schwierigkeiten haben, frische Mittel aufzunehmen, denn die Risikoaufschläge für Mittelaufnahmen am Kapitalmarkt sind im Vergleich zur Zeit vor der Krise immer noch hoch. Angesichts der Risiken, die mit früher erworbenen oder begründeten Forderungen fortbestehen, sind die Kapitalmärkte deshalb nur in geringem Maße bereit, den Banken zusätzliches Risikokapital zur Verfügung zu stellen. Würden die neuen Mittel dazu verwendet, neue Forderungen, insbesondere im Kreditgeschäft mit Unternehmen und Haushalten, zu begründen, dann hätten die neuen Kapitalgeber einen Großteil dieser Erträge mit jenen Gläubigern zu teilen, die den Banken früher Mittel zu Verfügung gestellt haben. Würden die neuen Mittel hingegen dazu verwendet, die bestehenden Verbindlichkeiten zunächst zu tilgen oder sich von Altlasten zu befreien, dann würde nur wenig für das Neugeschäft übrig bleiben, sodass die künftigen Erträge der Bank zu gering sind, um die Anleger für die Bereitstellung frischen Kapitals zu entgelten – es sei denn, die Banken gingen wieder verstärkt sehr hohe Risiken ein. Der berichtete Anstieg der risikogewichteten Kernkapitalquote um 2,4 Prozentpunkte für Deutschland kann angesichts des Rückgangs der risikogewichteten Aktiva nur wenig beruhigen.<sup>35</sup> Die Bereitschaft, den Kreditinstituten das benötigte Kapital bereit zu stellen, bleibt in starkem Maße beeinträchtigt.

Ohne den Einsatz von Steuergeldern bliebe der Bankensektor ein großes Risiko für den wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland. Mit der Gesetzgebung zur Finanzmarktstabilisierung hat die deutsche Bundesregierung einen Katalog von Maßnahmen zur Unterstützung des deutschen Bankensektors entwickelt. Problematisch ist bei diesen Maßnahmen aber, dass die staatlichen Hilfen mit dem politisch zwar verständlichen, ökonomisch aber zweifelhaften Bestreben verbunden werden, Regelungen für die Verwendung staatlicher Hilfen zu implementieren. So sollen Steuermittel die Banken bei der Refinanzierung von Neukrediten unterstützen, aber nicht für eine Begleichung von Alt-

<sup>35</sup> Vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK (2009): Finanzstabilitätsbericht, S. 40.

schulden zur Verfügung stehen. Darüber hinaus soll der Steuerzahler an den Erträgen der gestützten Banken angemessen teilhaben. Folgt die Wirtschaftspolitik weiter diesem Prinzip, so wird das Problem des Schuldenüberhangs vieler Banken nicht rasch gelöst; gleichzeitig werden die Banken aber dazu eingeladen, die mit dem Neugeschäft verbundenen Risiken zu unterschätzen.

Abbildung 14:  
Tägliche Liquiditätsbedingungen im Euroraum  
- in Mrd. Euro -



Quellen: Europäische Zentralbank.

Sofern kein wirksamer rechtlicher und institutioneller Rahmen für eine systemschonende Reduzierung der bestehenden Altschulden bei laufendem Geschäftsbetrieb der Banken existiert, verdrängen die bereitgestellten Steuermittel lediglich private Kapitalgeber, wenn die staatlichen Hilfen zu marktüblichen Konditionen entgolten werden. Diese Verdrängung dürfte dazu beigetragen haben, dass einige Banken die ihnen eingeräumten Garantierahmen wieder zurück gegeben haben oder eine Rückgabe erwägen, obgleich sich die Lage im Bankensektor noch nicht wieder normalisiert hat, sondern lediglich die größten Ansteckungsrisiken vermindert wurden.<sup>36</sup>

<sup>36</sup> In den USA ist die Rückzahlung von Hilfsgeldern aus dem TARP-Fonds mit einer sehr ernüchternden Bilanz bezüglich der Reaktivierung des Neugeschäfts verbunden. So will die Bank of America (BoFA) 45 Mrd. Dollar zurückzahlen, auf die sie in den vergangenen zwölf Monaten 3,6 Mrd. Dollar als Dividende an die Regierung als Anteilseigner abführte. Das Kreditneugeschäft im gleichen Zeitraum konnte einen bescheidenen Betrag von 760 Mio. Dollar

Haben die Staatshilfen jedoch Subventionscharakter, so besteht die Gefahr, dass Banken kaum Anreize haben, Risiken im operativen Bankgeschäft angemessen zu berücksichtigen. Dies gilt insbesondere dann, wenn sich die Hilfsmaßnahmen auf eine Risikoabsicherung im Neugeschäft orientieren. Eine Umschichtung der Mittel aus dem Wirtschaftsfonds Deutschland für KfW-Sonderprogramme (Globaldarlehen) ist daher ebenso problematisch wie eine Übernahme von Garantien durch die Bundesregierung für Verbriefungen neubegründeter Kreditforderungen oder die Einrichtung eines von Banken und Steuerzahlern gemeinsam finanzierten Notfallfonds.

Das Übel, das die Kreditversorgung der Realwirtschaft behindert, muss an der Wurzel beseitigt werden. Hierzu ist die Diskrepanz zu beseitigen, die zwischen den Werten früher erworbener und begründeter Forderungen einerseits und alten Verbindlichkeiten andererseits besteht.<sup>37</sup> Staatliche Hilfen, die hieran anknüpfen, können von Banken weder durch Veränderungen im Kreditgeschäft noch in ihrer Kapitalstruktur beeinflusst werden. Daher ist auch nicht damit zu rechnen, dass Banken künftig wieder unüberschaubare Risiken eingehen werden, wenn gleichzeitig ein Verfahren zur künftigen systemschonenden Reduzierung bestehender Altschulden bei laufendem Geschäftsbetrieb der Banken entwickelt und implementiert wird. Ein solches Verfahren wird in dem im August 2009 vom Bundesfinanzministerium vorgelegten Gesetzentwurf zur Rettung systemrelevanter Banken vorgeschlagen. Dieses sollte ergänzt werden durch Maßnahmen zur laufenden Verbesserung der Transparenz über die finanzielle Lage der Kreditinstitute, wie sie beispielsweise eine regelmäßige Durchführung von Stresstests und die Veröffentlichung ihrer Ergebnisse bietet.

Allerdings könnten diese Anstrengungen zum Teil vom derzeit diskutierten Angebot zusätzlicher staatlicher Garantien und Globaldarlehen konterkariert werden, da diese die notwendige Änderung

---

nicht überschreiten und war damit geringer als ein Viertel dessen, was der Staat eingenommen hat.

<sup>37</sup> Solche Maßnahmen schließen die (subventionierte) Auslagerung von Aktiva in Bad Banks, die Übernahme von Altschulden durch den Staat oder die Durchführung staatlich moderierter Entschuldungsverfahren, ähnlich einem Insolvenzverfahren, ein.

des Risikobewusstseins von Banken bei neuen Krediten untergraben. Dies dürfte wiederum keinen positiven Beitrag zur baldigen Verbesserung der Refinanzierungsbedingungen für Banken an den Kapitalmärkten leisten. Auch eine direkte Unterstützung von nichtfinanziellen Unternehmen mit Finanzierungsproblemen ist abzulehnen, da sie nicht dazu beiträgt, die Lage der Banken und damit die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen nachhaltig zu verbessern.

### ***Geldpolitisches Fazit***

Sobald es nachhaltige Anzeichen für eine Normalisierung der Lage im Bankensektor gibt, wird auch die EZB reagieren, vor allem mit einer Änderung ihrer Liquiditätspolitik. Als Indikatoren für eine Normalisierung sind insbesondere die Bedingungen am Interbankengeldmarkt heranzuziehen. Allerdings dürften die mittels Umfragen ermittelten Zins- und Swapsätze hierfür kaum geeignet sein. Einerseits werden sich die niedrigen Risiko- und Liquiditätsprämien, wie sie vor Ausbruch der Krise galten, ohnehin kaum wieder einstellen. Zum anderen sind gerade diese Daten aufgrund ihrer Erhebungsart sehr schwer zu interpretieren. Besser wäre es daher, eine Normalisierung der Bedingungen am Interbankengeldmarkt vorrangig daran zu messen, wie stark die Guthaben der Kreditinstitute beim Eurosystem um das Mindestreservesoll schwanken. Da dieses Maß seit dem Sommer 2009 auf keine weitere Normalisierung hindeutet, sollte die EZB auch in den kommenden Monaten ihre bisherigen liquiditätspolitischen Maßnahmen aufrechterhalten; entsprechende Signale hat sie bereits mit der Ankündigung einer Fortführung der unbeschränkten Zuteilungen im Rahmen ihrer Hauptrefinanzierungsgeschäfte bis April 2010 gegeben.

*Arbeitskreis Konjunktur  
(Oliver.Holtmoeller@iwh-halle.de)*

*Hans-Ulrich Brautzsch,  
Kristina van Deuverden, Diemo Dietrich,  
Katja Drechsel, Makram El-Shagi,  
Sebastian Giesen, Martina Kämpfe, Axel Lindner,  
Brigitte Loose, Udo Ludwig, Juliane Scharff,  
Rolf Scheufele, Birgit Schultz, Götz Zeddies*

## Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2009 und 2010

	2008	2009	2010	2009		2010	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

### 1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	1,4	0,0	- 1,8	0,3	- 0,3	- 1,7	- 1,9
Arbeitsvolumen	1,3	- 3,6	- 1,8	- 4,0	- 3,1	- 2,2	- 1,4
Arbeitszeit je Erwerbstätige	- 0,1	- 3,5	0,0	- 4,3	- 2,8	- 0,5	0,5
Produktivität <sup>1</sup>	0,0	- 1,3	3,8	- 2,8	0,3	4,6	2,9
<b>Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt</b>	<b>1,3</b>	<b>- 4,8</b>	<b>1,9</b>	<b>- 6,7</b>	<b>- 2,9</b>	<b>2,4</b>	<b>1,5</b>

### 2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. Euro

Konsumausgaben	1 861,5	1 889,9	1 905,1	921,2	968,7	927,6	977,5
Private Haushalte <sup>2</sup>	1 409,7	1 416,2	1 421,8	693,2	723,0	694,2	727,6
Staat	451,8	473,6	483,3	228,0	245,6	233,4	250,0
Anlageinvestitionen	474,7	433,9	444,5	203,5	230,4	209,8	234,6
Ausrüstungen	201,8	159,7	162,1	75,5	84,2	76,6	85,5
Bauten	245,0	246,7	254,3	114,9	131,7	119,7	134,4
Sonstige Anlageinvestitionen	27,9	27,5	28,1	13,1	14,4	13,5	14,7
Vorratsveränderung <sup>3</sup>	3,9	- 10,4	- 8,4	- 2,9	- 7,5	1,8	- 10,2
Inländische Verwendung	2 340,1	2 313,3	2 341,3	1 121,7	1 191,5	1 139,2	1 202,0
Außenbeitrag	155,7	96,7	127,0	47,4	49,3	66,8	60,2
Exporte	1 179,4	980,3	1 066,4	472,4	507,9	517,7	548,7
Importe	1 023,7	883,6	939,4	425,0	458,6	450,9	488,5
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>2 495,8</b>	<b>2 410,0</b>	<b>2 468,3</b>	<b>1 169,1</b>	<b>1 240,9</b>	<b>1 206,0</b>	<b>1 262,2</b>

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	2,8	1,5	0,8	1,5	1,6	0,7	0,9
Private Haushalte <sup>2</sup>	2,5	0,5	0,4	0,5	0,5	0,1	0,6
Staat	3,7	4,8	2,0	4,7	5,0	2,4	1,8
Anlageinvestitionen	4,2	- 8,6	2,5	- 11,2	- 6,2	3,1	1,8
Ausrüstungen	2,7	- 20,8	1,5	- 22,9	- 18,9	1,5	1,5
Bauten	5,8	0,7	3,1	- 2,6	3,7	4,2	2,0
Sonstige Anlageinvestitionen	1,6	- 1,6	2,4	- 1,9	- 1,3	2,8	2,1
Inländische Verwendung	3,7	- 1,1	1,2	- 1,6	- 0,7	1,6	0,9
Exporte	3,5	- 16,9	8,8	- 21,1	- 12,5	9,6	8,0
Importe	5,8	- 13,7	6,3	- 15,6	- 11,8	6,1	6,5
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>2,8</b>	<b>- 3,4</b>	<b>2,4</b>	<b>- 5,4</b>	<b>- 1,6</b>	<b>3,2</b>	<b>1,7</b>

### 3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2000)

a) Mrd. Euro

Konsumausgaben	1 669,0	1 685,9	1 692,0	827,7	858,2	828,7	863,4
Private Haushalte <sup>2</sup>	1 249,9	1 255,1	1 255,2	616,3	638,8	613,7	641,5
Staat	419,3	431,4	437,7	211,6	219,8	215,4	222,4
Anlageinvestitionen	468,7	430,3	440,4	201,3	229,0	207,9	232,4
Ausrüstungen	224,8	180,1	185,1	84,6	95,6	86,8	98,3
Bauten	213,8	213,3	217,3	99,5	113,8	103,0	114,3
Sonstige Anlageinvestitionen	34,3	36,5	38,0	17,1	19,4	18,1	20,0
Inländische Verwendung	2 114,6	2 082,0	2 098,9	1 018,3	1 063,7	1 029,6	1 069,3
Exporte	1 161,5	995,0	1 078,8	479,7	515,3	524,2	554,6
Importe	1 002,1	918,1	975,1	439,9	478,2	469,0	506,1
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>2 274,0</b>	<b>2 165,2</b>	<b>2 206,7</b>	<b>1 061,2</b>	<b>1 104,1</b>	<b>1 086,1</b>	<b>1 120,6</b>

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	0,8	1,0	0,4	1,0	1,1	0,1	0,6
Private Haushalte <sup>2</sup>	0,4	0,4	0,0	0,4	0,4	- 0,4	0,4
Staat	2,0	2,9	1,5	2,7	3,1	1,8	1,2
Anlageinvestitionen	3,1	- 8,2	2,3	- 11,0	- 5,5	3,3	1,5
Ausrüstungen	3,3	- 19,9	2,7	- 21,8	- 18,0	2,7	2,8
Bauten	2,6	- 0,2	1,9	- 4,2	3,5	3,5	0,4
Sonstige Anlageinvestitionen	5,3	6,5	4,2	6,8	6,3	5,4	3,1
Inländische Verwendung	1,7	- 1,5	0,8	- 2,0	- 1,1	1,1	0,5
Exporte	2,9	- 14,3	8,4	- 18,7	- 9,8	9,3	7,6
Importe	4,3	- 8,4	6,2	- 10,3	- 6,5	6,6	5,8
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>1,3</b>	<b>- 4,8</b>	<b>1,9</b>	<b>- 6,7</b>	<b>- 2,9</b>	<b>2,4</b>	<b>1,5</b>

**noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland**

Vorausschätzung für die Jahre 2009 und 2010

	2008	2009	2010	2009		2010	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

**4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2000 = 100)**

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben <sup>2</sup>	2,1	0,0	0,4	0,1	0,0	0,6	0,2
Konsumausgaben des Staates	1,6	1,9	0,6	2,0	1,8	0,6	0,6
Anlageinvestitionen	1,1	-0,5	0,1	-0,2	-0,7	-0,2	0,3
Ausrüstungen	-0,6	-1,2	-1,2	-1,3	-1,1	-1,1	-1,3
Bauten	3,1	0,9	1,2	1,6	0,2	0,7	1,6
Exporte	0,6	-3,0	0,3	-3,0	-3,0	0,3	0,4
Importe	1,4	-5,8	0,1	-5,9	-5,6	-0,5	0,7
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>1,5</b>	<b>1,4</b>	<b>0,5</b>	<b>1,5</b>	<b>1,3</b>	<b>0,8</b>	<b>0,2</b>

**5. Einkommensentstehung und -verteilung**

a) Mrd. Euro

Primäreinkommen der privaten Haushalte <sup>2</sup>	1 830,6	1 808,4	1 794,9	898,5	909,9	884,5	910,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	229,2	232,9	233,1	112,9	120,0	112,5	120,6
Bruttolöhne und -gehälter	995,8	994,0	991,0	472,2	521,8	470,5	520,5
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	605,5	581,5	570,9	313,5	268,0	301,6	269,3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	338,9	274,7	337,2	97,5	177,2	143,8	193,4
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	<b>2 169,4</b>	<b>2 083,1</b>	<b>2 132,2</b>	<b>996,0</b>	<b>1 087,1</b>	<b>1 028,3</b>	<b>1 103,8</b>
Abschreibungen	367,6	369,1	378,3	185,4	183,7	190,0	188,3
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>2 537,0</b>	<b>2 452,2</b>	<b>2 510,5</b>	<b>1 181,4</b>	<b>1 270,8</b>	<b>1 218,3</b>	<b>1 292,1</b>
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1 886,0	1 810,1	1 857,2	859,1	950,9	891,9	965,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	661,0	583,1	633,1	274,1	309,0	308,9	324,2
Arbeitnehmerentgelt	1 225,1	1 226,9	1 224,1	585,1	641,9	583,0	641,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte <sup>2</sup>	3,9	-1,2	-0,7	-0,4	-2,0	-1,6	0,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,8	1,6	0,1	2,1	1,1	-0,3	0,5
Bruttolöhne und -gehälter	4,0	-0,2	-0,3	0,1	-0,4	-0,4	-0,3
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,3	-0,1	1,7	-0,3	0,1	1,6	1,7
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	4,2	-4,0	-1,8	-2,0	-6,2	-3,8	0,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-4,9	-18,9	22,8	-38,7	-1,5	47,4	9,1
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	<b>2,4</b>	<b>-4,0</b>	<b>2,4</b>	<b>-6,1</b>	<b>-1,9</b>	<b>3,2</b>	<b>1,5</b>
Abschreibungen	2,2	0,4	2,5	0,0	0,8	2,5	2,5
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>2,4</b>	<b>-3,3</b>	<b>2,4</b>	<b>-5,2</b>	<b>-1,5</b>	<b>3,1</b>	<b>1,7</b>
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2,5	-4,0	2,6	-6,6	-1,6	3,8	1,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	0,2	-11,8	8,6	-18,7	-4,6	12,7	4,9
Arbeitnehmerentgelt	3,7	0,2	-0,2	0,5	-0,1	-0,4	-0,1

**6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte<sup>2</sup>**

a) Mrd. Euro

Masseneinkommen	1 017,1	1 044,2	1 063,8	499,0	545,3	507,3	556,5
Nettolöhne und -gehälter	642,7	637,4	641,9	299,1	338,2	298,9	342,9
Monetäre Sozialleistungen	452,7	493,2	512,3	243,6	249,6	254,7	257,6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	78,3	86,3	90,3	43,8	42,6	46,3	44,0
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	605,5	581,5	570,9	313,5	268,0	301,6	269,3
Sonstige Transfers (Saldo) <sup>5</sup>	-64,5	-58,8	-57,1	-32,4	-26,4	-25,2	-31,9
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>1 558,1</b>	<b>1 566,9</b>	<b>1 577,6</b>	<b>780,1</b>	<b>786,8</b>	<b>783,7</b>	<b>794,0</b>
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	30,1	30,6	31,1	14,9	15,7	15,1	16,0
Konsumausgaben	1 409,7	1 416,2	1 421,8	693,2	723,0	694,2	727,6
Sparen	178,5	181,3	187,0	101,8	79,5	104,6	82,4
Sparquote (%) <sup>6</sup>	11,2	11,3	11,6	12,8	9,9	13,1	10,2

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	2,1	2,7	1,9	1,9	3,4	1,7	2,1
Nettolöhne und -gehälter	3,2	-0,8	0,7	-0,9	-0,8	-0,1	1,4
Monetäre Sozialleistungen	0,7	8,9	3,9	7,5	10,4	4,6	3,2
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	2,0	10,2	4,6	12,6	7,8	5,8	3,4
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	4,2	-4,0	-1,8	-2,0	-6,2	-3,8	0,5
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>2,7</b>	<b>0,6</b>	<b>0,7</b>	<b>0,5</b>	<b>0,6</b>	<b>0,5</b>	<b>0,9</b>
Konsumausgaben	2,5	0,5	0,4	0,5	0,5	0,1	0,6
Sparen	7,7	1,6	3,1	1,3	1,9	2,8	3,6

**noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland**

Vorausschätzung für die Jahre 2009 und 2010

	2008	2009	2010	2009		2010	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

**7. Einnahmen und Ausgaben des Staates<sup>7</sup>**

a) Mrd. Euro

<b>Einnahmen</b>							
Steuern	592,6	562,2	545,4	285,7	276,5	276,6	268,8
Sozialbeiträge	408,1	415,4	420,5	202,1	213,3	204,6	215,8
Vermögenseinkommen	18,3	18,6	16,1	12,8	5,8	10,3	5,8
Sonstige Transfers	14,8	14,0	14,1	6,4	7,6	6,4	7,7
Vermögenstransfers	10,1	7,7	7,9	3,9	3,8	3,9	4,0
Verkäufe	47,6	49,3	51,4	23,3	26,0	24,3	27,1
Sonstige Subventionen	0,4	0,5	0,5	0,2	0,3	0,2	0,3
<b>Insgesamt</b>	<b>1 091,8</b>	<b>1 067,6</b>	<b>1 055,9</b>	<b>534,3</b>	<b>533,3</b>	<b>526,4</b>	<b>529,4</b>
<b>Ausgaben</b>							
Vorleistungen <sup>8</sup>	292,4	309,5	318,3	148,7	160,8	153,4	164,9
Arbeitnehmerentgelt	172,1	178,2	180,1	84,9	93,3	86,0	94,1
Vermögenseinkommen (Zinsen)	67,1	63,9	69,0	31,5	32,4	34,0	34,9
Subventionen	28,0	31,5	30,1	15,5	16,0	15,0	15,1
Monetäre Sozialleistungen	421,6	446,7	465,7	220,5	226,3	231,4	234,3
Sonstige laufende Transfers	40,3	44,1	46,0	20,7	23,4	24,8	21,1
Vermögenstransfers	33,2	30,3	27,1	15,7	14,6	12,7	14,3
Bruttoinvestitionen	37,4	40,0	43,7	16,8	23,2	20,5	23,1
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,4	- 1,2	- 1,3	- 0,5	- 0,7	- 0,6	- 0,7
<b>Insgesamt</b>	<b>1 090,8</b>	<b>1 143,0</b>	<b>1 178,6</b>	<b>553,7</b>	<b>589,3</b>	<b>577,4</b>	<b>601,2</b>
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>1,0</b>	<b>- 75</b>	<b>- 123</b>	<b>- 19,4</b>	<b>- 56</b>	<b>- 51</b>	<b>- 72</b>

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

<b>Einnahmen</b>							
Steuern	2,8	- 5,1	- 3,0	- 4,2	- 6,1	- 3,2	- 2,8
Sozialbeiträge	2,1	1,8	1,2	2,6	1,1	1,3	1,2
Vermögenseinkommen	0,2	1,6	- 13,2	7,4	- 9,1	- 19,5	0,9
Sonstige Transfers	6,3	- 5,7	0,7	- 11,9	0,3	1,1	0,4
Vermögenstransfers	3,6	- 23,7	2,7	- 28,6	- 18,1	2,5	2,9
Verkäufe	1,5	3,7	4,2	2,7	4,6	4,2	4,1
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>2,5</b>	<b>- 2,2</b>	<b>- 1,1</b>	<b>- 1,5</b>	<b>- 2,9</b>	<b>- 1,5</b>	<b>- 0,7</b>
<b>Ausgaben</b>							
Vorleistungen <sup>8</sup>	4,6	5,8	2,9	5,7	6,0	3,2	2,5
Arbeitnehmerentgelt	2,2	3,5	1,1	3,1	3,9	1,3	0,9
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 0,3	- 4,7	7,9	- 7,4	- 1,9	8,1	7,7
Subventionen	1,4	12,3	- 4,4	14,5	10,3	- 3,0	- 5,8
Monetäre Sozialleistungen	0,7	6,0	4,3	4,4	7,5	5,0	3,5
Sonstige laufende Transfers	10,4	9,6	4,2	1,5	17,9	19,8	- 9,7
Vermögenstransfers	11,0	- 8,7	- 10,7	- 10,3	- 6,9	- 18,8	- 2,0
Bruttoinvestitionen	9,1	6,8	9,1	3,3	9,6	22,0	- 0,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>2,8</b>	<b>4,8</b>	<b>3,1</b>	<b>3,5</b>	<b>6,1</b>	<b>4,3</b>	<b>2,0</b>

<sup>1</sup> Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

<sup>2</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

<sup>3</sup> Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

<sup>4</sup> Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

<sup>5</sup> Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.

<sup>6</sup> Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

<sup>7</sup> Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

<sup>8</sup> Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH;  
2009 und 2010: Prognose des IWH.

## Wirtschaftsentwicklung und Staatsfinanzen: Eine Vorausschau der Jahre 2010 bis 2014\*

### Projektion der wirtschaftlichen Entwicklung<sup>38</sup>

Nachdem im Winterhalbjahr 2008/2009 die Produktion massiv eingebrochen war, befindet sich die deutsche Konjunktur zu Beginn des Jahres 2010 auf einem – wenn auch zögerlichen – Erholungskurs (die Annahmen zu dieser Projektion sind in Kasten 1 dargelegt). Allerdings ist die Wirtschaft nach wie vor deutlich unterausgelastet und die Produktionslücke ist negativ.<sup>39</sup> Die weitere Entwicklung wird maßgeblich davon bestimmt, dass der Anpassungsprozess – vor allem auf dem Arbeitsmarkt – sich noch einige Zeit fortsetzen wird. Erst gegen Ende des Jahres 2010 wird die Konjunktur wieder nennenswert an Fahrt aufnehmen und die Wachstumsraten werden dann über der Potenzialwachstumsrate liegen (zur Bestimmung des Produktionspotenzials vgl. Kasten 2). In den Jahren 2012 bis 2014 dürfte das Bruttoinlandsprodukt um durchschnittlich 2% zunehmen. Zum Ende des Projektionszeitraums – im Jahr 2014 – wird die Produktionslücke dann wohl geschlossen sein. Die Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Projektionszeitraum sind in Tabelle 1 dargelegt.

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt wird die Binnennachfrage bis weit in das Jahr 2012 hinein bestimmen. Die gedämpfte Lohnentwicklung dürfte dazu führen, dass der private Konsum zunächst deutlich schwächer zunimmt als das Bruttoinlandsprodukt. Erst eine Aufhellung der Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt wird die Konsumzurückhaltung auflösen und die Binnennachfrage wird dann wieder stärker zulegen. Über den gesamten Projektionszeitraum hinweg entwickelt sich der private Konsum mit durchschnittlich  $\frac{3}{4}\%$  aber nur schwach;

hier werden die Folgen der Rezession am längsten sichtbar sein. Die Bruttoanlageinvestitionen nehmen mit durchschnittlich 2% wesentlich weniger zu als in den Jahren 2005 bis 2007. Zunächst werden sie durch die schwächere Binnennachfrage einerseits und die noch vergleichsweise hohen Finanzierungsaufschläge sowie die eher zögerliche Kreditvergabe der Banken andererseits gebremst. Im Projektionszeitraum werden zudem mit dem Auslaufen der Konjunkturpakete die öffentlichen Investitionen wieder auf ein „Normalniveau“ zurückgefahren; auch dies wird die Investitionsentwicklung bremsen. Zum Ende des Projektionszeitraums sind die Kapitalnutzungskosten dann tendenziell zwar wieder höher, denn die Geldpolitik wird wieder einen neutralen Kurs ansteuern. Allerdings sprechen eine stärkere Binnennachfrage sowie die solide Exportentwicklung dann für eine stärkere Ausweitung der privaten Investitionen.

Die wirtschaftliche Erholung in Deutschland wird in den ersten Jahren von der Auslandsnachfrage ausgehen. Nach der hier vorgelegten Projektion werden die Exporte – bei wieder moderat steigendem Welthandel – mit durchschnittlich  $8\frac{1}{4}\%$  zulegen. Wenn mit der anziehenden inländischen Nachfrage die Importe in den Restjahren des Projektionszeitraums, also von 2012 bis 2014, stärker zunehmen, wird der Außenbeitrag dann annähernd konstant bleiben. Die großen Außenhandelsüberschüsse des Jahres 2007 werden somit nicht wieder realisiert. Zwar wird auch dieses Mal die wirtschaftliche Erholung zunächst von der Außenwirtschaft ausgehen, im restlichen Projektionszeitraum dürften allerdings die inländischen Triebkräfte überwiegen.

Das nominale Bruttoinlandsprodukt wird in den Jahren 2010 bis 2014 mit durchschnittlich  $2\frac{3}{4}\%$  steigen. Dabei ist die mittelfristige Preisentwicklung zunächst relativ stark von der herrschenden Unterlastung geprägt. Erst im Jahr 2012 wird sie etwas anziehen und auf ihren langfristigen Trend einschwenken. Die Importpreise werden aufgrund der Annahmen zur Rohstoffpreisentwicklung nur mäßig zunehmen. Die Konsumentenpreise steigen in etwa mit derselben Rate wie die Preise im Inland. Im Projektionszeitraum wird die durchschnittliche Inflationsrate  $\frac{3}{4}\%$  (BIP-Deflator) betragen.

\* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 79/2009 am 22. Dezember 2009 veröffentlicht.

<sup>38</sup> Zur Methodik der Vorausschätzung der mittelfristigen wirtschaftlichen Entwicklung vgl. VAN DEUVERDEN, K.; SCHEUFELE, R.: Mittelfristige Wirtschaftsentwicklung und öffentliche Finanzen, Methodischer Anhang, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/2009, S. 54 ff.

<sup>39</sup> Zur aktuellen Entwicklung des Produktionspotenzials Vgl. ARBEITSKREIS KONJUNKTUR: Langsame Erholung ermöglicht Einstieg in die Konsolidierung, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/2010, Kasten 3.

Tabelle 1:  
Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bis 2014<sup>1</sup>

	2008	2009	2010	2011	2014/2010 <sup>2</sup>	2009/2004 <sup>2</sup>
	<i>Index/Niveau</i>	<i>Veränderung p. a. in %</i>				
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen	2 495,80	-3,4	2,3	2,4	2¾	1¾
<i>preisbereinigt, Kettenindex</i>						
Bruttoinlandsprodukt	110,26	-4,8	1,9	1,8	2	½
Private Konsumausgaben	102,94	0,4	0,0	1,2	¾	½
Konsumausgaben des Staates	106,99	2,9	1,5	0,9	1¼	1¾
Bruttoanlageinvestitionen	105,93	-8,2	2,3	0,6	2	1¾
Exporte	168,73	-14,3	8,4	6,6	8¼	3
Importe	147,12	-8,4	6,2	6,2	7	4
<i>Deflatoren</i>						
Bruttoinlandsprodukt	109,75	1,4	0,4	0,6	¾	1¼
Private Konsumausgaben	112,79	0,0	0,4	0,5	¾	1¼
<i>Arbeitsmarkt</i>						
Erwerbstätige (Inland) (in 1 000 Personen)	40 279	0,0	-1,8	-0,6	½	1½
Arbeitnehmerentgelte (in Mrd. Euro)	1 225,06	0,2	-0,2	0,7	1¼	2¼
<i>in %</i>						
Erwerbslosenquote	7,2	7,5	8,7	9,0	8¼	9

<sup>1</sup> Datenstand: 14.12.2009. – <sup>2</sup> Durchschnittliche Entwicklung. - In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen in der mittleren Frist auf ¼-Punkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Kasten 1:  
Annahmen für die Projektion der deutschen Konjunktur

Die Projektion unterstellt, dass das Wachstum in allen Regionen der Welt spürbar an Fahrt gewinnen wird. Allerdings werden höhere Finanzierungskosten und weltweit anstehende Konsolidierungsmaßnahmen bis weit über das Jahr 2010 hinaus belastende Faktoren für die Realwirtschaft sein. Auch die Geldpolitik wird bestrebt sein, die stark gestiegene Liquidität zu begrenzen, und auf einen restriktiveren Kurs einschwenken.

Die USA werden im Jahr 2010 ihre Trendwachstumsrate von 2,5% nach und nach wieder erreichen und zum Ende des Jahres überschreiten. Einem dynamischen Aufschwung stehen allerdings die stark gestiegene Verschuldung und die dringend notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen entgegen. Trotzdem lässt die zuletzt beobachtete Produktivitätsentwicklung für den Zeitraum nach 2011 ein robustes Wachstum erwarten. Im Euroraum (ohne Deutschland) sind die Aussichten deutlich eingetrübt. Strukturelle Anpassungen in einer Vielzahl der Länder werden kurzfristig starken Zuwachsraten entgegenstehen. Bis in das Jahr 2011 hinein sind somit kaum Wachstumsraten von 2% und mehr zu erwarten. Erst danach dürfte eine stärkere Erholung einsetzen. In den asiatischen Ländern und in Lateinamerika wird die zuletzt sehr dynamische Entwicklung im Projektionszeitraum weiter anhalten. Vor diesem Hintergrund wird der Welthandel mit 7,8% im Jahr 2010 wieder deutlich zunehmen und bis 2014 dann durchschnittlich mit 6% zulegen.

Der Ölpreis wird im Jahr 2010 bei 80 US-Dollar liegen. Für den restlichen Projektionszeitraum wird reale Konstanz unterstellt. Der nominale Ölpreis wird daher mit den langfristigen Inflationserwartungen in den USA (2,5%) fortgeschrieben. Reale Konstanz wird außerdem für die übrigen Rohstoffpreise angenommen. Der Euro-Dollar-Wechselkurs beträgt unverändert 1,45.

Von Seiten der Finanzpolitik ist in dieser Projektion unterstellt, dass das geltende Recht über die mittlere Frist Bestand hat und Steuer- sowie Sozialgesetze unverändert gelten.

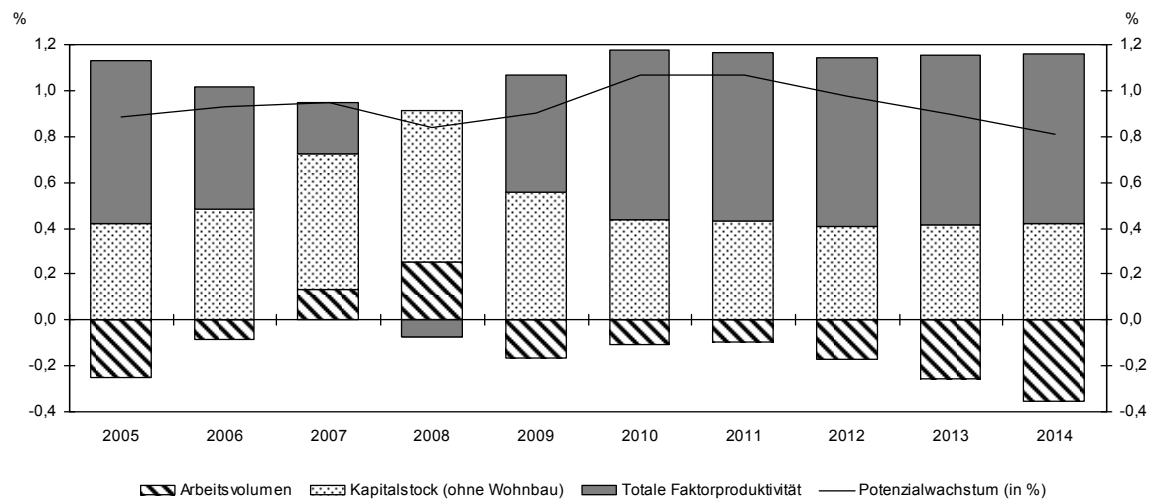
Die Löhne werden modellendogen bestimmt; sie folgen der langfristigen Entwicklung der Arbeitsproduktivität und der inländischen Preisdynamik. Darüber hinaus wird die Lohnentwicklung von den Knappheitsverhältnissen auf dem Arbeitsmarkt bestimmt.

Bei der Geldpolitik wird angenommen, dass die langfristigen Inflationserwartungen konstant bleiben und die Zinssetzung an einer geldpolitischen Reaktionsfunktion ausgerichtet bleibt. Die im Zuge der Finanzkrise stark gestiegenen Risikoaufschläge werden sich im Jahr 2010 weiter zurückbilden. Das Niveau wird danach wieder auf den langfristigen Durchschnitt einschwenken. Dies impliziert jedoch höhere Risikozuschläge als in den Boomjahren 2006 und 2007.

## Kasten 2: Bestimmung und Entwicklung des Produktionspotenzials

Eine Projektion des mittelfristigen Wachstums erfordert eine Einschätzung über das Produktionspotenzial, das auch als langfristiger Produktionstrend betrachtet werden kann. Da Konjunkturschwankungen nicht über einen längeren Zeitraum hinweg sinnvoll prognostiziert werden können, konzentriert sich eine Mittel- und Langfristprojektion der Produktion auf die Einschätzung des Produktionstrends. Neben einfachen statistischen Verfahren bieten sich Methoden an, die sich an der Wachstumstheorie orientieren. Dies hat den Vorteil, dass der Produktionstrend in seine Faktoren zerlegt werden kann, die dann ökonomisch interpretierbar sind. Grundlage ist eine neoklassische Produktionsfunktion mit den Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und technischem Fortschritt. Diese Produktionsfunktion ist auch Kernstück des makroökonomischen Modells des IWH, das zur Mittelfristprojektion genutzt wird. Für den Faktor Kapital wird volle Auslastung unterstellt. Der Kapitalstock errechnet sich im Modell direkt aus den Bruttoanlageinvestitionen (ohne Wohnbauten) abzüglich Abschreibungen. Der technische Fortschritt wird über eine Wachstumszerlegung (Solow-Residuum) bestimmt. Die trendmäßige Größe errechnet sich über einen Hodrick-Prescott-Trend. Für die Projektion wird diese Trendgröße mit der durchschnittlichen Wachstumsrate der letzten 15 Jahre fortgeschrieben. Der Faktor Arbeit, definiert als gesamtwirtschaftliches Arbeitsvolumen in Stunden, setzt sich aus mehreren Teilkomponenten zusammen. Die wichtigsten sind: Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, Partizipationsquote, Erwerbsquote und die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit.

Abbildung:  
Gesamtwirtschaftliches Potenzialwachstum



IWH

Quelle: Schätzungen des IWH.

Die Abbildung zeigt die geschätzten Potenzialwachstumsraten bis 2014. Diese bewegen sich um die 1%. Die Finanzkrise wirkt sich dabei vor allem auf den technischen Fortschritt aus. Das langfristige Arbeitsvolumen ist in den Jahren 2007 und 2008 gestiegen, was zum einen aus der gestiegenen Partizipationsquote und zum anderen aus dem Absinken der strukturellen Arbeitslosenquote resultierte. Für den Projektionszeitraum wird hingegen ein negativer Wachstumsbeitrag des Faktors Arbeit erwartet. Die NAIRU wird nicht weiter absinken – damit bleibt die Erwerbsquote in etwa konstant. Die durchschnittliche Arbeitszeit wird sich trendmäßig negativ entwickeln. Noch stärker dürfte sich allerdings die rückläufige Bevölkerungsentwicklung bei Personen im erwerbsfähigen Alter auswirken, die vor allem zum Ende des Projektionszeitraums immer stärker durchschlagen wird. Dies kann auch nicht durch eine weiterhin leicht steigende Partizipationsquote kompensiert werden. Der Kapitalstock wird nicht mehr so stark zulegen wie in der letzten Boomphase zwischen 2005 und 2008, da die Investitionstätigkeit aufgrund dauerhaft gestiegener Risikozuschläge eher gedämpft sein wird.

Die zuletzt äußerst schwache Produktivitätsentwicklung sowie die gestiegene Arbeitslosigkeit werden die Lohnentwicklung (Effektivlöhne) zunächst deutlich bremsen und die Gewinne steigen vorübergehend stärker. Erst gegen Ende des Pro-

jektionszeitraums wird die Lohnentwicklung wieder aufschließen. Ab dem Jahr 2012 wird die Arbeitslosigkeit merklich zurückgehen. Dies liegt allerdings nicht nur an der mit der stärkeren wirtschaftlichen Aktivität einhergehenden Zunahme der

Beschäftigung. Die demographische Entwicklung wird das Arbeitsangebot immer kräftiger reduzieren. Alles in allem wird die Erwerbslosenquote am Ende des Projektionszeitraums knapp unter 8% liegen.

## Öffentliche Finanzen

### *Die Entwicklung im Allgemeinen*

Die derzeit hohen Defizite sind eine direkte Folge der von den Finanzmärkten ausgehenden Krise. Als sich abzeichnete, dass diese einen Absturz der Wirtschaftstätigkeit auslösen würde, wie er zuletzt zur Zeit der großen Depression stattgefunden hatte, entschloss sich die Wirtschaftspolitik dazu, massiv gegenzusteuern. Erste fiskalische Maßnahmen wurden in Deutschland noch im Oktober 2008 beschlossen. Im Dezember 2008 wurde das erste Konjunkturpaket verabschiedet, im Frühjahr 2009 legte die Regierung mit dem zweiten Konjunkturpaket nach. Die mit diesen Maßnahmen verbundenen Anregungen sind kräftig. Im Jahr 2009 erreichte der Impuls gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt eine Größenordnung von 1,4%. Im Jahr 2010 wird er sogar bei 2% liegen – auch deshalb, weil die neue Regierung bereits weitere Entlastungen auf den Weg gebracht hat.<sup>40</sup>

Die Konjunkturpakete enthielten zu einem großen Teil Maßnahmen, die temporär begrenzt sind. Diese werden über die mittlere Frist ausgelaufen sein. Dies gilt für die Investitionsprogramme, die Abwrackprämie oder auch den Kinderbonus. Maßnahmen dieser Art erhöhen zwar die Verschuldung des Staates, sie haben aber nur geringe dauerhafte Auswirkungen auf die laufenden Staatsausgaben und -einnahmen. Lediglich in den Zinsausgaben schlagen sie sich permanent belastend nieder, denn sie sind kreditär finanziert worden. Andere aus konjunkturellen Gründen veranlasste Maßnahmen, beispielsweise die Tarifanpassung bei der Einkommensteuer oder die Erhöhung des Kindergeldes, sind dauerhafter Natur. Außerdem hat der Gesetzgeber zwei Urteile des Bundesverfassungsgerichts (Pendlerpauschale und steuerliche Absetzbarkeit von Krankenkassenbeiträgen) umsetzen müssen.

Ihr Gesamtvolumen wird das (strukturelle) Defizit nunmehr permanent um gut elf Mrd. Euro erhöhen.

In dem Maße, wie die Finanzkrise die reale Wirtschaft erreicht, folgen für die öffentlichen Haushalte zudem konjunkturell bedingte Minder-einnahmen und Mehrausgaben. Im Jahr 2009 waren diese Belastungen schon spürbar, gemessen am Absturz der wirtschaftlichen Aktivität aber noch relativ gering. Bisher brachen vor allem die Einnahmen aus den Gewinnsteuern ein. Der Arbeitsmarkt hat sich bis zuletzt vergleichsweise robust entwickelt und die Zahl der Erwerbstätigen ist ebenfalls noch recht hoch. Die arbeitsmarktbedingten Ausgaben sind folglich nicht so stark gestiegen, wie dies erwartet worden war, und die Lohnsteuereinnahmen und Sozialbeiträge entwickeln sich ebenfalls noch verhältnismäßig stabil.

Die Finanzentwicklung in den Jahren 2009 und 2010 ist somit bisher vor allem von den diskretionären Eingriffen geprägt. Wenn sich die Krise im Jahr 2010 stärker auf den Arbeitsmarkt auswirken wird, werden sich die öffentlichen Finanzen zusehends auch konjunkturbedingt verschlechtern. In den Jahren 2011 bis 2014 werden die öffentlichen Haushalte dann von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung determiniert. Gegen Ende des Projektionszeitraums werden sich die Haushaltsfehlbeträge mit der besseren Lage auf dem Arbeitsmarkt wieder deutlich zurückbilden.

Alles in allem werden die öffentlichen Haushalte im Jahr 2010 in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt ein Defizit von 5% aufweisen und auch im Jahr 2011 dürfte es sich bei dieser Größenordnung einpendeln (vgl. Tabelle 2). Am Ende des Projektionszeitraums wird die Defizitquote bei 2½% liegen; die Produktionslücke wird zu diesem Zeitpunkt wohl geschlossen sein.

Das Bild, das sich unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklungen zeichnen lässt, scheint nicht so pessimistisch, wie es die öffentliche Diskussion erwarten ließe. Noch im Sommer hätte eine deutlich negativere Wirtschaftsentwicklung vermutet werden können. Aus heutiger Sicht ist das zugrunde gelegte Szenario jenes mit der höchsten Wahrscheinlichkeit. Es unterstellt aber, dass die Finanzkrise keine Spätfolgen nach sich ziehen wird und die Wirtschaft wieder mit der gleichen Potenzialrate wächst wie zuvor. In der mittleren

<sup>40</sup> Das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ hat ein Volumen von 8½ Mrd. Euro.

Tabelle 2:  
 Finanzwissenschaftliche Kennziffern<sup>1</sup> 2009 bis 2014  
 - in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt -

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Finanzierungssaldo	-3,1	-5,0	-5,1	-4¼	-3¾	-2½
Einnahmen des Staates	44,3	42,8	42,1	42½	42	42
Steuern	23,3	22,1	21,8	22½	22½	22¾
Sozialbeiträge	17,2	17,0	16,7	16¼	16	16
Ausgaben des Staates	47,4	47,8	47,1	46¾	45¾	44¾
Arbeitnehmerentgelte	7,4	7,3	7,2	7¼	7	7
Vorleistungen	4,7	4,7	4,7	4¾	4¾	4¾
Soziale Sachleistungen	8,1	8,2	8,3	8½	8½	8½
Monetäre Sozialleistungen	18,5	18,9	18,5	18	17½	16½
Zinsausgaben	2,7	2,8	3,0	3	3	3
Bruttoinvestitionen	1,7	1,8	1,5	1¼	1¼	1¼

<sup>1</sup> In Abgrenzung der VGR. - In den Jahren 2012 bis 2014 auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Frist wirken die automatischen Stabilisatoren daher entlastend auf die öffentlichen Haushalte.

Außerdem basiert die Projektion auf der Annahme, dass für die finanzwirtschaftliche Entwicklung der Status quo gilt, dass also die geltende Rechtslage für die Zukunft fortgeschrieben wird.<sup>41</sup> Der auf dieser Grundlage basierende finanzpolitische Kurs muss als zurückhaltend charakterisiert werden. So wird beispielsweise die Rentenanpassung nach geltender Rechtslage in der mittleren Frist nur gering sein. Ob ein solch niedriger Anstieg politisch über einen längeren Zeitraum durchsetzbar ist, bleibt abzuwarten. Auch wurde zwar das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ in die Projektion eingestellt, denn es ist bereits beschlossen. Andere Ankündigungen der Regierung, beispielsweise das Betreuungsgeld für Kinder ab dem Jahr 2013, die im Gesetzgebungsverfahren noch nicht so weit gediehen sind, werden hingegen nicht berücksichtigt.<sup>42</sup> Bei einer verhalteneren wirtschaftlichen Entwicklung oder einer expansiven Aus-

richtung der Finanzpolitik werden die Defizite deutlich größer ausfallen.

### **Die Entwicklung im Einzelnen: Einnahmen**

Die Finanzkrise hat die Realwirtschaft erreicht, sie wird sich nun in den öffentlichen Haushalten niederschlagen. Gleitet die Wirtschaft in einen Abschwung oder gar in eine Rezession, sind es die Gewinneinkommen, die zuerst reagieren. Auch in dieser Krise war es so, und die Gewinne brachen ein. Bereits im Jahr 2009 folgten die Gewinnsteuern dieser Entwicklung. Die Körperschaftsteuer sank um zehn Mrd. Euro. Zwar ist dieser Rückgang nicht allein konjunkturell begründet – viele Unternehmen hatten wohl ihre Vorauszahlungen im Jahr 2008 noch nicht dem neuen, günstigeren Steuerrecht angepasst –,<sup>43</sup> doch haben gerade die Gewinne der als Körperschaften geführten Unternehmen überproportional nachgegeben. Die veranlagte Einkommensteuer sank gegenüber 2008 um sieben Mrd. Euro. Bei dieser Steuer werden vor allem Personengesellschaften und Selbstständige veranlagt. Deren Einkommen gingen nicht ganz so kräftig zurück wie die der Kapitalgesellschaften, sodass sich das Aufkommen hier immer noch auf einem

<sup>41</sup> Zur Annahme des Status quo vgl. VAN DEUVERDEN, K.; SCHEUFELE, R., a. a. O., S. 45.

<sup>42</sup> Es ist absehbar, dass die EU-weite Regelung der Versteigerung der Zertifikate für CO<sub>2</sub>-Emissionen ab dem Jahr 2013 eine andere sein wird. Nach wie vor ist aber unklar, wie die Nachfolgeregelung aussehen wird. Auch diese Änderung ist nicht berücksichtigt.

<sup>43</sup> Im Vorjahr war das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer zwar gesunken, allerdings um weniger als aufgrund der Unternehmensteuerreform, bei der der Steuersatz auf 15% reduziert worden war, zu erwarten gewesen wäre.

vergleichsweise hohen Niveau befindet. Gewinn- und Vermögenseinkommen sind auch die Bemessungsgrundlage der nichtveranlagten Steuern vom Ertrag und der Abgeltungsteuer. Auch hier zeigten sich die Auswirkungen der Finanzkrise bereits im Aufkommen.

Im Jahr 2010 werden die Folgen der Finanzkrise noch auf die Gewinneinkünfte ausstrahlen. Zwar werden diese gegenüber dem Vorjahr wieder spürbar zulegen, allerdings von einem recht niedrigen Niveau aus. Bei dieser Gewinnentwicklung werden die Körperschaftsteuereinnahmen im Jahr 2010 noch einmal sinken. Danach werden sie nur langsam wieder zunehmen, denn in der Krise dürften vermehrt Verlustrückstellungen gebildet worden sein; zudem dürfte die Anpassung der Vorauszahlungen zeitverzögert erfolgen. Erst gegen Ende des Projektionszeitraums wird das Körperschaftsteueraufkommen wieder das Niveau erreicht haben, das es vor der Krise hatte. Die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer werden hingegen auch weiterhin nicht so drastisch einbrechen wie bei der Körperschaftsteuer. Die Krise wird zwar auch bei kleineren Dienstleistern und Selbstständigen dann spürbarer sein, dennoch sind die Amplituden der Einkommensschwankungen hier geringer. Insgesamt werden die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer im Projektionszeitraum trotz wirtschaftlichen Einbruchs relativ stabil bleiben und im Jahr 2014 deutlich über dem Niveau liegen, das sie im Jahr 2008 hatten. Auch die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer und den nichtveranlagten Steuern vom Ertrag werden im Jahr 2010 nochmals sinken. Danach ist aber davon auszugehen, dass mit zunehmenden Gewinnen auch die Ausschüttungen und Dividendenzahlungen wieder zulegen. Außerdem werden die Zinsen bei anziehender Konjunktur steigen. Dann wird auch das Aufkommen der auf diese Vermögenseinkommen zu entrichtenden Steuern wieder zulegen. Alles in allem gehen die Gewinnsteuern im Jahr 2010 nochmals deutlich und sogar im Jahr 2011 noch einmal leicht zurück. Das Niveau, das die Gewinnsteuern zusammengenommen im Jahr 2008 erreicht hatten, werden sie nach der hier vorgelegten Projektion im Jahr 2013 wieder erreichen.

Eine der aufkommenstärksten Steuern ist die Lohnsteuer. Im Jahr 2009 sind hier die Einnahmen gesunken, allerdings um lediglich 1,7% – und dies,

obwohl mit dem Konjunkturpaket II rückwirkend eine Tarifsenkung in Kraft trat.<sup>44</sup> Zum einen waren die Tarifabschlüsse in den Jahren 2008 und 2009 recht hoch. Zum anderen wirkt hier vor allem, dass sich der Arbeitsmarkt nach wie vor verhältnismäßig robust entwickelt und die Zahl der Arbeitnehmer jahresdurchschnittlich nahezu konstant blieb. Die noch relativ hohe Zahl der Arbeitnehmer ist allerdings auch der starken Inanspruchnahme der Kurzarbeiterregelung zu verdanken. Die Politik hatte, mit dem Ziel, die krisenbedingten Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt abzufedern, dieses Instrument deutlich attraktiver ausgestaltet.<sup>45</sup> Im Jahr 2010 wird die Kurzarbeit immer noch eine große Rolle spielen. Alles in allem wird die Zahl der Arbeitnehmer jedoch deutlich zurückgehen, und auch im Jahr 2011 wird noch Beschäftigung abgebaut. Außerdem werden auch die Tarifabschlüsse nicht mehr so hoch sein wie zuvor. Die Lohnsumme wird zwar wieder steigen – aber nur wenig. Dabei werden die Lohnzuwächse pro Kopf allerdings in beiden Jahren durch den Abbau der Kurzarbeit höher ausfallen als sonst.<sup>46</sup> Angesichts des Anstiegs der Arbeitslosigkeit werden die Tarifparteien auch im weiteren Projektionszeitraum einen moderaten

---

<sup>44</sup> In Abgrenzung der Finanzstatistik ist die Lohnsteuer im Jahr 2009 um 5,2% gesunken. Dies liegt daran, dass hier das Kindergeld gegengerechnet wird. Dieses war zu Beginn des Jahres erhöht worden und im Frühjahr wurde ein einmaliger Kinderbonus gezahlt. Auch im Jahr 2010 wird sich die Lohnsteuer in finanzstatistischer Abgrenzung deutlich schlechter entwickeln als in Abgrenzung der VGR, denn das Kindergeld wird zu Beginn des Jahres nochmals angehoben.

<sup>45</sup> Die Gelder, die der Staat bei Kurzarbeit den Beschäftigten als Ausgleich zahlt, werden in der VGR bei den Transfers und Subventionen berichtet. Trotz der hohen Tarifabschlüsse sanken durch die Kurzarbeit daher die Bruttolöhne und -gehälter; stärker noch ist die Lohnsumme pro Kopf gesunken, denn die Zahl der Beschäftigten verringert sich durch Kurzarbeit nicht. Damit mindern sich die progressionsbedingten Mehreinnahmen bei der Lohnsteuer.

<sup>46</sup> Da die Zahl der Beschäftigten durch Kurzarbeit nicht berührt wird, die ausgewiesenen Bruttolöhne und -gehälter aber gesenkt werden, wurde die Lohnentwicklung pro Kopf im Jahr 2009 geringer ausgewiesen als sonst. Diese Entwicklung wird sich in den Jahren, in denen die Kurzarbeit nun nach und nach eine geringere Rolle spielt, umdrehen, die Lohnsteigerungen pro Kopf werden dann also höher ausgewiesen werden. Die Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten sind dabei von entscheidender Bedeutung für die Anpassung der gesetzlichen Renten und – daran anknüpfend – des Arbeitslosengeldes II sowie des Wohngeldes.

Kurs verfolgen. Alles in allem werden die Lohnsteuereinnahmen im Jahr 2010 daher deutlich zurückgehen und in den Folgejahren nur sehr verhalten zunehmen. Erst zum Ende des Projektionszeitraums, wenn sich die Beschäftigung wieder kräftig erhöht und dann auch die Lohnabschlüsse wieder höher ausfallen dürften, werden die Einnahmen aus der Lohnsteuer stärker steigen.

Im Jahr 2009 ist zudem das Aufkommen der indirekten Steuern zurückgegangen. Dies liegt hauptsächlich an den Gewerbesteuereinnahmen. Obwohl die Bemessungsgrundlage dieser Steuer mehr oder weniger der Gewinn eines Unternehmens ist, ist sie dem Charakter nach eine indirekte Steuer, denn sie belastet den stehenden Gewerbebetrieb. Wie die Gewinnsteuern ist auch die Gewerbesteuer im Jahr 2009 bereits eingebrochen und die Einnahmen waren neun Mrd. Euro geringer als im Jahr zuvor. Im Jahr 2010 wird das Gewerbesteueraufkommen nochmals zurückgehen. Danach wird in der vorliegenden Projektion aber wieder von einem relativ zügigen Anstieg ausgegangen; am Ende des Projektionszeitraumes wird es ein deutlich höheres Niveau als vor der Krise aufweisen.

Die quantitativ bedeutendste indirekte Steuer ist die Mehrwertsteuer. Gemessen am Ausmaß der Rezession hätten die Mehrwertsteuereinnahmen drastisch zurückgehen müssen. Sie sind allerdings gestiegen. Dies liegt daran, dass der Einbruch der wirtschaftlichen Aktivität von der ausländischen Nachfrage ausging und Exporte nicht mehrwertsteuerbelastet sind. Hingegen hat der (nominale) inländische Konsum zugenommen. Im weiteren Projektionszeitraum wird die Entwicklung der Mehrwertsteuer von der Binnennachfrage bestimmt werden.

Neben einer Vielzahl kleinerer Steuern wird das Aufkommen der indirekten Steuern von der Energiesteuer und der Tabaksteuer bestimmt. Erstere entwickelt sich seit längerem schwach. Die Energiepreissteigerungen der vergangenen Jahre haben sich in einem sparsameren Verbrauch niedergeschlagen. Auch die Einnahmen aus der Tabaksteuer entwickeln sich seit Jahren eher verhalten, denn die veränderte Wertschätzung des Rauchens in der Gesellschaft schränkt den Tabakkonsum zusehends ein.

Alles in allem sind die Steuereinnahmen im Jahr 2009 um gut 5% gesunken und werden auch im Jahr 2010 mit 3% noch einmal deutlich zurück-

gehen (vgl. Tabelle 3). Im Jahr 2011 werden sie dann wieder steigen, wenn auch nur wenig. In den Restjahren 2012 bis 2014 werden sie durchschnittlich mit gut 4% zunehmen.

Tabelle 3:  
Jahresdurchschnittliche Veränderung ausgewählter Kennziffern der Einnahmeseite<sup>1</sup>  
- in % -

	2009	2010	2014/ 2010 <sup>2</sup>	2009/ 2005 <sup>2</sup>
Einnahmen insgesamt	-2,2	-1,1	1¾	2½
<i>Darunter:</i>				
Steuern	-5,1	-3,0	2¼	3¼
Sozialbeiträge	1,8	1,2	1	1

<sup>1</sup> In Abgrenzung der VGR. – <sup>2</sup> Durchschnittliche Entwicklung. - In den Jahren 2012 bis 2014 auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Die Einnahmen aus Sozialbeiträgen sind im Jahr 2009 um 1,8% gestiegen – obgleich sowohl die Bruttolöhne und -gehälter als auch der kumulierte Beitragssatz gegenüber dem Vorjahr gesunken sind.<sup>47</sup> Die Beitragseinnahmen hätten also ebenfalls sinken müssen. Allerdings ist die Zunahme der Beiträge statistisch überzeichnet. Seit dem 1. Januar 2009 besteht nicht nur für Arbeitnehmer, sondern auch für Selbstständige eine Versicherungspflicht und die privaten Krankenkassen müssen einen Basistarif anbieten. Diese Änderungen führten dazu, dass in der VGR zuvor als Prämien klassifizierte Zahlungen nunmehr als Beiträge verbucht werden.

<sup>47</sup> Häufig spielt der kumulierte Beitragssatz zur Sozialversicherung in der politischen Diskussion eine Rolle. Wie schon die Vorgängerregierung will auch die schwarz-gelbe Koalition den kumulierten Beitragssatz unter 40% halten. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass in diesen offiziellen Rechnungen nur die paritätisch finanzierten Beitragssatzzahlungen berücksichtigt werden. Bereits seit dem Jahr 2005 tragen die Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung darüber hinaus einen zusätzlichen Beitragssatz von 0,9 Prozentpunkten, der der Finanzierung von Zahnersatzleistungen dient. Seit Juli 2007 wird für Kinderlose in der Pflegeversicherung ein zusätzlicher Beitragssatz erhoben. Darüber hinaus besteht seit dem 1. Januar 2009 für die gesetzlichen Krankenkassen die Notwendigkeit, einen Zusatzbeitrag zu erheben, wenn sie nicht mit den aus dem Gesundheitsfonds zugewiesenen Beiträgen auskommen. Auch diese etwaigen Zusatzbeiträge werden vollständig von den Arbeitnehmern zu tragen sein.

Mit der Reform im Gesundheitswesen wird seit Anfang 2009 ein einheitlicher Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung festgelegt. Dieser war zu Beginn des Jahres 2009 auf 15,5% festgesetzt worden. Kommt eine einzelne Kasse mit den Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds nicht aus, so muss sie nach neuer Rechtslage einen Zusatzbeitrag erheben.<sup>48</sup> Eine der Maßnahmen zur Behebung der Konjunktur bestand darin, den gesetzlich fixierten Beitragssatz Mitte des Jahres wieder auf 14,9% zurückzunehmen. Für die Krankenkassen zeichnet sich nun eine defizitäre Entwicklung ab. Im Jahr 2010 erhalten sie vom Bund ein nichtrückzahlbares Darlehen in Höhe von 3,9 Mrd. Euro. Ob diese Finanzausstattung ausreichen wird, damit die Krankenkassen im Jahr 2010 keinen Zusatzbeitrag erheben müssen, erscheint fraglich. Der Schätzerkreis beim Gesundheitsministerium geht davon aus, dass die Krankenversicherung ein Defizit von vier Mrd. Euro aufweisen wird. Diesen Berechnungen dürfte im Vergleich zu der hier vorgelegten Projektion eine verhaltenere Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung und damit der Beschäftigten- und der Lohnentwicklung zugrunde liegen. Dennoch werden auch bei der hier vorgelegten, optimistischeren Projektion bei einzelnen Kassen die Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds nicht ausreichen. Über die mittlere Frist werden die Krankenkassen dann eine deutlich defizitäre Finanzentwicklung aufweisen – und dies, obwohl die regulären Bundeszuschüsse bis zum Jahr 2012 schrittweise zunehmen werden. Die Höhe der Zusatzbeiträge ist jedoch begrenzt; eine Anhebung des gesetzlich fixierten Beitragssatzes wird auf Dauer nicht zu vermeiden sein.<sup>49</sup>

Der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung bleibt über den ganzen Projektionszeitraum unverändert bei 19,9%. Nach dem Gesetz kann er sinken, wenn die Schwankungsreserve das 1,5fache einer Monatsausgabe übersteigt. Nach

---

48 Die Beitragseinnahmen fließen an den Gesundheitsfonds; dieser führt zwischen den einzelnen Krankenkassen noch einen Risikostrukturausgleich durch. Im Jahr 2009 erhob lediglich eine Krankenkasse einen Zusatzbeitrag und diese Kasse hatte eine extrem ungünstige Mitgliederstruktur.

49 Einzig ein Erfolg bei der Eindämmung der Kostendynamik im Gesundheitssystem könnte dies vermeiden. Im Projektionszeitraum ist die Krankenversicherung der Sozialversicherungszweig, bei dem die Ausgaben am kräftigsten zunehmen.

heutigen Schätzungen dürfte dies nunmehr im Jahr 2015 der Fall sein.<sup>50</sup> Der Beitragssatz zur Pflegeversicherung ist Mitte des Jahres 2008 auf 1,95% erhöht worden. Hier ist angenommen, dass er auf diesem Niveau bis zum Ende des Projektionszeitraumes gehalten werden kann.<sup>51</sup>

In der Arbeitslosenversicherung wurde der Beitragssatz zu Beginn des Jahres 2009 (temporär) auf 2,8% reduziert. Zu Beginn des Jahres 2011 soll er nach geltender Rechtslage auf 3% erhöht werden; diese Maßnahme war Bestandteil der Konjunkturpakete der Bundesregierung und ist mit dafür verantwortlich, dass die Bundesagentur für Arbeit (BA) 2009 defizitär abgeschlossen hat. Als einziger Sozialversicherungszweig ist die BA zudem bei den Beitragseinnahmen in vollem Umfang von der Kurzarbeit betroffen. Während sie auf das von ihr gewährte Kurzarbeitergeld Beiträge an die anderen Sozialkassen leistet, entfallen bei ihr diese Beitragseinnahmen vollständig. Alles in allem wird auf Grundlage der vorhergesagten Arbeitsmarktentwicklung der Haushalt der BA bis in das Jahr 2013 hinein defizitär bleiben. Dennoch ist in dieser Projektion entsprechend den heutigen Planungen lediglich die Anhebung des Beitragssatzes zum 1. Januar 2011 um 0,2 Prozentpunkte unterstellt.<sup>52</sup>

Da die Beitragssätze im Projektionszeitraum alles in allem konstant gehalten werden – allein bei der BA kommt es zu dem beschriebenen geringen Anstieg –, wird das Beitragsaufkommen in der mittleren Frist von der Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter determiniert. Mit dem Abbau der Kurzarbeit gilt dies auch wieder für das Beitragsaufkommen der Arbeitslosenversicherung. Jahresdurchschnittlich werden die Sozialbeiträge in den Jahren 2010 bis 2014 mit 1% zulegen.

---

50 Hierbei ist unterstellt, dass die dämpfenden Faktoren in der Rentenformel, die im Projektionszeitraum die Rentensteigerung deutlich drücken, auch umgesetzt werden.

51 Dies bedeutet, dass die Pflegeversicherung über den Mittelfristzeitraum leicht defizitär abschließen wird. Während die Einnahmen in Anlehnung an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung geringfügig steigen, werden ihre Ausgaben etwas stärker zunehmen, denn die Leistungen werden in drei Schritten angehoben. Ab dem Jahr 2015 sollen die Leistungen dann an die Preisentwicklung der vergangenen drei Kalenderjahre angepasst werden.

52 Implizit ist damit angenommen, dass der Bund auch über die bereits zugesagten Zuschüsse hinaus für Defizite der BA einsteht.

Die übrigen Einnahmen werden im Projektionszeitraum mit durchschnittlich knapp 2% zunehmen. Im entsprechenden Fünf-Jahres-Zeitraum 2004 bis 2009 sind sie demgegenüber mit knapp 2½% gestiegen. Die nunmehr geringeren Steigerungsraten sind auf zwei Faktoren zurückzuführen. Hier werden die an den Staat ausgeschütteten Bundesbankgewinne ausgewiesen. Für diese ist in der Projektion keine Dynamik unterstellt. Auch werden die von Dritten an den Staat geleisteten Vermögensübertragungen und -einkommen berichtet. Im Gefolge der Finanzkrise dürften die Zinseinnahmen des Staates aufgrund der gewährten Bürgschaften und Garantien zwar deutlich zunehmen, allerdings werden diese Mehreinnahmen zeitlich begrenzt anfallen. Hier ist unterstellt, dass die Zinseinkünfte am Ende des Projektionszeitraums wieder auf ihrem langjährigen Niveau liegen. Alles in allem werden die Einnahmen des Staates insgesamt mit jahresdurchschnittlich 1¾% steigen.

#### **Die Entwicklung im Einzelnen: Ausgaben**

Nach einem erfolgreichen Konsolidierungskurs lag die Staatsquote im Jahr 2008 bei 43,7% – fünf Jahre zuvor war sie um fast fünf Prozentpunkte höher ausgefallen. Im Jahr 2009 schnellte sie wieder hoch – auf 47,4%; die Ausgaben haben im Vergleich zum Vorjahr um 4,8% zugenommen. Zum einen spiegelt sich hier die Rezession wieder. Zum anderen haben aber vor allem die mit den Konjunkturpaketen beschlossenen ausgabeseitigen Maßnahmen den hohen Anstieg verursacht. Die Entwicklung der Ausgaben wird in Tabelle 4 dargestellt.

Es zeigt sich, dass nahezu alle größeren Ausgabepositionen im Jahr 2009 deutlich gestiegen sind. Die Arbeitnehmerentgelte haben noch stärker zugelegt als im Jahr 2008, als sie nach Jahren der Lohnzurückhaltung erstmals wieder merklich zugenommen hatten. Im Jahr 2010 stehen für Bund und Kommunen Tarifverhandlungen an; für die Länder läuft der Tarifvertrag bis Ende 2010. In den ostdeutschen Ländern werden allerdings zum 1. Januar 2010 die oberen Tarifgruppen an das Westlohniveau angeglichen.<sup>53</sup> Im Projektionszeitraum ist unterstellt, dass die Löhne im öffentlichen

Sektor wie in der Gesamtwirtschaft zulegen werden. Da sich die Effektivlöhne pro Kopf aufgrund der zunehmenden Arbeitslosigkeit nur sehr verhalten entwickeln, ist dies gleichbedeutend mit einem deutlich restriktiven Anstieg der Personalausgaben. Es bleibt abzuwarten, ob dieser Kurs politisch durchsetzbar sein wird.<sup>54</sup> Darüber hinaus wird davon ausgegangen, dass der Personalbestand über die mittlere Frist weiter zurückgeführt wird. Unter diesen Annahmen werden die Arbeitnehmerentgelte im Projektionszeitraum mit durchschnittlich 1¼% zunehmen, nach 1% im entsprechenden Zeitraum zuvor.

Tabelle 4:  
Jahresdurchschnittliche Veränderung ausgewählter Kennziffern der Ausgabenseite<sup>1</sup>  
- in % -

	2009	2010	2014/ 2010 <sup>2</sup>	2009/ 2005 <sup>2</sup>
Ausgaben insgesamt	4,8	3,1	1½	2
<i>darunter:</i>				
Arbeitnehmerentgelte	3,5	1,1	1¼	1
Vorleistungen	6,0	2,4	2¾	4½
Soziale Sachleistungen	5,7	3,1	3¼	3¾
Monetäre Sozialleistungen	6,0	4,3	½	1
Subventionen	12,3	-4,4	-1	2
Bruttoinvestitionen	6,8	9,1	-2¾	5
Zinsausgaben	-4,7	7,9	6	½

<sup>1</sup> In Abgrenzung der VGR. – <sup>2</sup> Durchschnittliche Entwicklung. - In den Jahren 2012 bis 2014 auf ¼ Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Auch die Vorleistungen haben im Jahr 2009 mit 6% kräftig zugenommen.<sup>55</sup> Hier schlägt sich ein – wenn auch geringer – Teil der Mehrausgaben aus den Konjunkturprogrammen nieder. So dürften die „investiven Mittel“ in Abgrenzung der VGR teilweise als Vorleistung verbucht werden. Zudem wurden Mittel für Forschung und Entwicklung in den Konjunkturpaketen bereitgestellt; diese führen zum Teil ebenfalls zu einem Anstieg der Vorleistungen. Ab dem Jahr 2011 entfallen diese auf die

<sup>53</sup> Damit ist 20 Jahre nach der deutschen Einheit bei der Entlohnung im öffentlichen Dienst die Angleichung abgeschlossen.

<sup>54</sup> Die Gewerkschaft ver.di hat bereits eine Forderung von 5% erhoben.

<sup>55</sup> Allerdings waren sie bereits im Vorjahr deutlich gestiegen, denn der Ausgabekurs war im Zuge des Aufschwungs und der Erfolge bei der Haushaltskonsolidierung deutlich gelockert worden.

Konjunkturpakete zurückgehenden Mehrausgaben. In der mittleren Frist wird der Anstieg der Vorleistungen dann nur noch moderat sein – auch weil die leeren Haushaltskassen einen sparsameren Kurs erzwingen werden. Für die Restjahre ist ein Anstieg von 3¼% prognostiziert

Die sozialen Sachleistungen haben im Jahr 2009 deutlich expandiert, mit 5,7%. Hier finden sich insbesondere die Ausgaben der Krankenkassen für Arzneimittel, aber auch Ausgaben der Krankenhäuser. Die Dynamik konnte bei diesen Ausgaben bisher durch keine der Reformen im Gesundheitswesen nachhaltig gebremst werden. Der Anstieg im Jahr 2009 war allerdings aufgrund diskretionärer Maßnahmen wie den Beschlüssen zur Krankenhausfinanzierung, der teilweisen Übernahme von Kosten, die den Krankenkassen durch die Anhebung der Ärztevergütung entstehen, u. a. überdurchschnittlich hoch. Nach dem Abklingen dieser Sondereffekte wird die Dynamik dann im weiteren Projektionszeitraum wieder so groß sein wie vor den diskretionären Eingriffen; die sozialen Sachleistungen werden durchschnittlich mit gut 3¼% zulegen.

Der größte Teil der staatlichen Ausgaben entfällt auf die monetären Sozialleistungen. Ihre Entwicklung wird durch eine Vielzahl einzelner Leistungen bestimmt. Im Jahr 2009 haben sie mit 6% zugenommen. Der hohe Anstieg ist zum einen durch Maßnahmen bedingt, die zur Anregung der Konjunktur beschlossen worden waren. So war das Kindergeld erhöht worden und ein Kinderbonus wurde gewährt. Gleichzeitig sind die Renten Mitte des Jahres stark angehoben worden, zum einen weil die Lohnentwicklung im Vorjahr recht kräftig war, zum anderen weil in den Jahren 2008 und 2009 die dämpfende Wirkung des Riesterfaktors in der Rentenformel ausgesetzt worden war. Hinzu kommt, dass die Arbeitslosigkeit bisher zwar nicht so stark gestiegen ist, wie ursprünglich erwartet worden war. Dennoch hat sie 2009 um 160 000 Personen zugenommen. Dies schlägt sich in den Ausgaben der Arbeitslosenversicherung nieder. Zudem wirkt auch die kräftige Inanspruchnahme des Kurzarbeitergeldes ausgabensteigernd.<sup>56</sup>

---

<sup>56</sup> Allerdings werden die Ausgaben der BA für Kurzarbeitergeld nicht vollständig hier ausgewiesen; teilweise werden sie in der Systematik der VGR auch bei den Subventionen berichtet.

Im Jahr 2010 werden die monetären Sozialleistungen noch einmal um 4,3% zunehmen. Zum einen hat sich die Regierung mit dem so genannten „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ auf eine abermalige Erhöhung des Kindergeldes geeinigt.<sup>57</sup> Zum anderen wird in dieser Projektion eine Zunahme der Arbeitslosigkeit um 540 000 Personen erwartet. Die Ausgaben für Lohnersatzleistungen werden kräftig steigen. Die Ausgaben für Kurzarbeitergeld werden dagegen nur leicht zurückgehen, denn im Jahresdurchschnitt ist die Zahl der Kurzarbeiter noch immer hoch. In der ersten Jahreshälfte wirkt zudem die hohe Rentenanpassung des Vorjahres ausgabensteigernd. Im Jahr 2010 wird diese hingegen wohl bei nahe null liegen, denn die Löhne und Gehälter sind im Vorjahr leicht gesunken.

Im Jahr 2011 werden die monetären Sozialleistungen noch einmal etwas zulegen, bevor sie in den Restjahren um durchschnittlich ¾% pro Jahr zurückgehen werden. Die Ausgaben des Staates für Lohnersatzleistungen steigen bis Mitte 2011 noch stark und bleiben auf hohem Niveau. Mit dem Rückgang der Zahl der Arbeitslosen in den Restjahren werden sie dann aber kräftig sinken. Die Renten werden nach geltender Rechtslage auch in den Restjahren nahezu stagnieren, denn die Lohnzuwächse in der Gesamtwirtschaft sind nach wie vor gering. Zudem war neben der Aussetzung des Riesterfaktors bereits der Nachhaltigkeitsfaktor in den Jahren 2005 und 2006 ausgeblendet worden. Nach geltendem Recht sind diese rentendämpfenden Wirkungen nun nachzuholen.<sup>58</sup> Ohne diskretionäre Eingriffe wird das Kindergeld demographiebedingt zurückgehen. Weitere diskretionäre Maßnahmen in den Jahren 2011 bis 2014 sind noch nicht gesetzlich beschlossen und folglich nicht in die Projektion eingestellt.<sup>59</sup>

Die sonstigen laufenden Transfers haben im Jahr 2009 ebenfalls deutlich zugenommen. Hier wird die Abwrackprämie ausgewiesen, die zur Stützung der Konjunktur bei Kauf eines neuen und Verschrot-

---

<sup>57</sup> War das Kindergeld im Vorjahr um zehn Euro pro Kind angehoben worden, so liegt die Erhöhung im Jahr 2010 bei 20 Euro.

<sup>58</sup> Nach geltendem Recht wird die Rentenanpassung bis zur nachgeholtten Dämpfung halbiert.

<sup>59</sup> Allerdings beabsichtigt die Regierung im Jahr 2013 ein Betreuungsgeld einzuführen, das wohl Kosten in Höhe von zwei Mrd. Euro verursachen dürfte.

tung eines mindestens neun Jahre alten Automobils beantragt werden konnte. Im restlichen Projektionszeitraum werden diese Übertragungen von der Entwicklung der BNE-Eigenmittel bestimmt, einer Finanzierungsquelle der Europäischen Union.

Die Subventionen sind im Jahr 2009 überdurchschnittlich gestiegen. Dies liegt auch daran, dass in der Systematik der VGR ein Teil des Kurzarbeitergeldes als Subvention verbucht wird. Nach dem Abbau der Kurzarbeit werden auch die Subventionen sich wieder verhalten entwickeln. Die geleisteten Vermögenstransfers nehmen über den Projektionszeitraum deutlich ab. Hier wird die Eigenheimzulage verbucht, die nach ihrer Abschaffung bis zum Jahr 2012 jährliche Minderausgaben in Höhe von 1,3 Mrd. Euro generiert.<sup>60</sup>

Die Investitionsausgaben des Staates haben im Jahr 2009 um knapp 7% zugenommen – und dies, obwohl die Bruttoinvestitionen bereits im Vorjahr deutlich zugelegt hatten; im Jahr 2010 werden sie um nochmals 9% steigen. War es im Jahr 2008 noch die gute Kassenlage der Kommunen – deren Haupteinnahmequelle, die Gewerbesteuer, erbrachte ein Rekordaufkommen –, die diesen Investitionsanstieg ermöglichte, so geht die Zunahme in den Folgejahren auf die Konjunkturprogramme zurück. Bereits im ersten Konjunkturpaket hatte der Bund beschlossen, sein Investitionsvolumen in den Jahren 2009 und 2010 um jeweils eine Mrd. Euro aufzustocken. Im zweiten Konjunkturpaket stellte der Bund ein Volumen von zehn Mrd. Euro bereit, das für kommunale Investitionsprojekte verwendet werden soll; die Summe muss von den Ländern kofinanziert werden. In der hier vorgestellten Projektion wird davon ausgegangen, dass die bereitgestellten Mittel auch wirklich verbaut werden. Der vorhergesagte Anstieg der Investitionen ist unter dieser Annahme allerdings eher schwach, denn die Gewerbesteuereinnahmen sind im Jahr 2009 drastisch eingebrochen und die Kommunen dürften mit dem Zurückbleiben der Steuereinnahmen nicht durch das Konjunkturprogramm geförderte Investitionsprojekte zurückstellen. Im Jahr 2011 werden die Investitionen teilweise wohl noch durch die Konjunkturpakete beeinflusst, denn es ist davon auszugehen, dass nicht alle angestoßenen Projekte im

Jahr 2010 zum Abschluss gebracht werden können. Mit Auslaufen der Programme muss das Investitionsvolumen der öffentlichen Hand jedoch regelrecht einbrechen, soll wieder ein Normalniveau erreicht werden. Unter Berücksichtigung der steuerlichen Einnahmehasis und des Umstandes, dass viele Kommunen durch die Mittel der Konjunkturpakete in der Lage waren, lang aufgeschobene Ersatzinvestitionen vorzunehmen, werden die staatlichen Investitionen in den Restjahren mit jahresdurchschnittlich 2¾% zurückgehen.

Im Jahr 2009 war die Neuverschuldung hoch. Doch die Zinsausgaben, die der Staat in diesem Jahr zu entrichten hatte, waren ausgesprochen niedrig; gegenüber dem Vorjahr sanken sie um 4,7%. Auf den ersten Blick ist dies ein überraschender Befund. Er erklärt sich damit, dass die Neuverschuldung gemessen an den konjunkturpolitischen Impulsen noch relativ niedrig blieb.<sup>61</sup> Vor allem aber zeigt sich, dass der Staat von den niedrigen Zinssätzen profitiert. In der Krise sind diese so niedrig wie schon lange nicht mehr und der Staat ist ein Schuldner hoher Bonität. Seine kurzfristigen Kreditkonditionen sind günstig und der Bund betreibt ein aktives Kreditmanagement, um Zinsdifferenzen auszunutzen. Diese Verschuldungsstruktur hat allerdings dann einen Nachteil, wenn die Zinsen wieder zu steigen beginnen. Nach der hier vorliegenden Projektion wird dies ab Mitte des Jahres 2010 der Fall sein. Zudem wird sich die hohe Neuverschuldung in der mittleren Frist immer stärker im Schuldenstand und somit auch im Schuldendienst niederschlagen. Im Jahr 2010 werden die Zinsausgaben mit knapp 8% zunehmen. Im Jahr 2011 wird dann sogar ein Anstieg von 10,7% vorhergesagt. In den Restjahren beträgt die durchschnittliche Zunahme 4%.

Insgesamt werden die Ausgaben des Staates in den Jahren 2010 bis 2014 jahresdurchschnittlich um 1½% steigen; im entsprechenden Zeitraum zuvor nahmen sie mit knapp 2% zu. Die Staatsquote wird damit von 47,4% im Jahr 2009 auf 44¾% am Ende des Projektionszeitraums gesunken sein. Die Veränderung der Ausgabenstrukturen kann Tabelle 5 entnommen werden.

<sup>60</sup> Im Jahr 2013 wird nochmals ein kleinerer Betrag aufkommenserhöhend wirken.

<sup>61</sup> Investitionsprojekte liefen frühestens im Sommer 2009 an und selbst die Abwrackprämie wurde schwerpunktmäßig im zweiten Halbjahr ausgezahlt. Teilweise wird sie sogar noch im Jahr 2010 fließen.

Tabelle 5:  
Struktur der öffentlichen Ausgaben<sup>1</sup>  
- in % -

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Ausgaben insgesamt	100	100	100	100	100	100
Arbeitnehmerentgelte	15,6	15,3	15,3	15½	15½	15½
Vorleistungen	9,9	9,8	9,9	10	10¼	10½
Soziale Sachleistungen	17,2	17,2	17,6	18	18½	18¾
Monetäre Sozialleistungen	39,1	39,5	39,3	38½	38	37¼
Subventionen	2,8	2,6	2,5	2½	2½	2½
Bruttoinvestitionen	3,5	3,7	3,1	3	2¾	2¾
Zinsausgaben	5,6	5,9	6,4	6¾	7	7
Sonstige	6,3	5,9	6,4	6¾	7	7

<sup>1</sup> In Abgrenzung der VGR. - In den Jahren 2012 bis 2014 auf ¼-Prozentpunkte gerundet. Abweichungen durch Rundung möglich.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

### **Nominales und strukturelles Defizit**

Das nominale Budgetdefizit ist eine Größe, die durch viele Einflussfaktoren bestimmt wird; bestimmte Einnahme- und Ausgabegrößen schwanken mit der Konjunktur. Diese so genannten automatischen Stabilisatoren bedingen, dass sich das Budgetdefizit mit der Konjunktur bewegt. Im Idealfall sind diese Schwankungen symmetrisch; dann ist ihre Wirkung auf den Haushaltssaldo über einen Konjunkturzyklus hinweg ausgeglichen. Defizite, die aufgrund solcher Schwankungen entstehen, sind mithin unproblematisch und helfen die wirtschaftliche Entwicklung zu stabilisieren.

Neben diesem konjunkturell bedingten Teil des Defizits gibt es aber noch eine strukturelle Komponente. In ihr spiegelt sich wieder, in welchem Ausmaß die regulären Einnahmen nicht ausreichen, die regulären Ausgaben zu decken. Dieser strukturell bedingte Teil ist auf Dauer angelegt; er erhöht von Jahr zu Jahr die Schulden des Staates. Aus diesem Grund sollte der strukturelle Haushaltssaldo ausgeglichen sein. Diesem Gedanken folgen sowohl der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt als auch die deutsche Schuldenbremse.

Die Schwierigkeit besteht nun darin, dass das strukturelle Defizit empirisch nicht beobachtbar ist und geschätzt werden muss.<sup>62</sup> Dabei können unterschiedliche Methoden verwendet werden, die zu

unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Zudem sind die Schätzungen ausgesprochen revisionsanfällig. Neben den methodischen Schwierigkeiten sind es vor allem die Gewinnsteuern, die diese Berechnungen erschweren. Deren Schwankungen können sowohl konjunkturell verursacht sein als auch darauf zurückzuführen sein, dass die Unternehmen beispielsweise an internationaler Wettbewerbsfähigkeit gewonnen haben; letzteres wäre struktureller Natur. Außerdem werden Gewinnsteuern in der Regel ein bis zwei Jahre nach dem Zeitpunkt entrichtet, zu dem sie begründet worden sind; sie fallen also zeitversetzt an. Die Bereinigungsverfahren sind nicht in der Lage, diese Lagstruktur im Detail zu berücksichtigen. Da die Gewinne im Vergleich zu anderen Einkommensgrößen über den Konjunkturzyklus auch noch am stärksten schwanken, ist die ungenaue Zuordnung bei den Gewinnsteuern vor allem aufgrund ihrer quantitativen Auswirkungen ein Problem.

Im Jahr 2006 führte ein sprunghafter Anstieg der gewinnabhängigen Steuern dazu, dass die Bereinigungsverfahren eine ruckartige Verbesserung der strukturellen Defizitquote auswiesen. In der derzeitigen Situation ist nun Gegenteiliges zu erwarten. Die Gewinnsteuern sind bereits eingebrochen und werden auch noch im Jahr 2010 sinken. Dies erhöht teilweise die strukturelle Defizitquote, ohne dass diesem Anstieg tatsächlich ein Handlungsbedarf gegenübersteht. Die Entwicklung der strukturellen Defizitquoten ist Tabelle 6 zu entnehmen.

<sup>62</sup> Für eine ausführliche Darstellung der mit diesem Konzept verbundenen Probleme vgl. VAN DEUVERDEN, K.; SCHEUFELE, R., a. a. O., S. 52.

Tabelle 6:  
Nominale und strukturelle Defizitquote<sup>1</sup>  
- in Relation zum BIP -

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Nominale Defizitquote	3,1	5,0	5,1	4¼	3¾	2½
Strukturelle Defizitquote	1,7	3,2	2,8	2½	2½	2½

<sup>1</sup> In Abgrenzung der VGR. - In den Jahren 2012 bis 2014 auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle 7:  
Andere finanzwirtschaftliche Indikatoren<sup>1</sup>  
- in % -

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Primärsaldo in Relation zum BIP	-0,5	-2,2	-2	-1¼	-½	-½
Zinssteuerquote	11,4	12,4	13,6	14	14	13¾

<sup>1</sup> In Abgrenzung der VGR. - In den Jahren 2012 bis 2014 auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

### **Andere Indikatoren**

Obwohl das Konzept des strukturellen Defizits problembehaftet ist, nimmt es sowohl in der wissenschaftlichen als auch der politischen Diskussion einen großen Stellenwert ein. Zur Beurteilung der Nachhaltigkeit heutigen finanzpolitischen Handelns geben aber auch noch andere Indikatoren Hinweise. So wird bei zunehmender Verschuldung die finanzpolitische Handlungsfähigkeit immer weiter eingeschränkt, da aus den laufenden Zahlungsströmen auch der Schuldendienst geleistet werden muss. Wie stark in der Vergangenheit eingegangene Verpflichtungen bereits heute die Entscheidungen der Politik einengen, kann anhand zweier Kennziffern genauer beurteilt werden. Die erste ist der Primärsaldo. Er gibt den Haushaltssaldo an, der sich ohne Schuldendienst ergeben würde. Bereits während der anhaltenden Rezession in den Jahren 2001 bis 2005 war der Primärsaldo negativ. Ein strikter Konsolidierungskurs, unterstützt durch die einsetzende wirtschaftliche Erholung, führte in den Jahren danach dazu, dass Überschüsse erwirtschaftet wurden; im Jahr 2008 lag der Primärüberschuss in Relation zum Bruttoinlandsprodukt bei 2,7% und war hoch genug, den Schuldendienst zu decken (vgl. Tabelle 7). Im Jahr 2009 stellte sich jedoch schnell wieder ein Primärdefizit ein, vor allem aufgrund der konjunkturstützenden Maßnahmen. Im Jahr 2010 ist die Finanzpolitik nochmals merklich expansiv ausgerichtet. Zudem werden nun auch die automatischen Stabilisatoren das

Defizit stärker erhöhen. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt wird der Primärsaldo dann bei -2,2% liegen und er wird auch am Ende des Projektionszeitraums noch negativ sein. Dies ist kein Merkmal einer nachhaltigen Finanzpolitik.

Der zweite Indikator ist die Zinssteuerquote. Sie gibt an, wie hoch der Anteil an allgemeinen Einnahmen ist, der für den Schuldendienst verwendet werden muss.<sup>63</sup> Die Zinssteuerquote hatte sich insbesondere im Gefolge der Vereinigung verschlechtert und erreichte ihren Höchststand im Jahr 1995 (15,9%). Vor allem nach der Jahrtausendwende nahm sie dann stetig ab.<sup>64</sup> Im Jahr 2008 war die Quote auf 11,3% gesunken. Waren es im Jahr 2009 noch die günstigen Zinskonditionen, die die Zinsausgaben des Staates niedrig hielten und trotz einbrechender Steuereinnahmen die Zinssteuerquote nur wenig steigen ließen, so wird sich dies 2010 anders darstellen. Während die Steuereinnahmen nach wie vor sinken, werden die Zinsausgaben in Folge der hohen Neuverschuldung sowie des nunmehr steigenden Zinsniveaus zunehmen. Ein immer größerer Anteil der Steuereinnahmen wird damit nicht

<sup>63</sup> Während Sozialversicherungsbeiträge oder Gebühren den Anspruch auf eine Gegenleistung begründen, ist dies bei Steuern nicht der Fall. Sie sind letztlich die Einnahmequelle des Staates, die allgemein der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben – und damit auch der Zinsverpflichtungen – dient.

<sup>64</sup> Seit der Jahrtausendwende betreibt der Bund eine aktive Schuldenverwaltung und ist bestrebt, seine Zinsbelastung möglichst gering zu halten. Zuvor hat der Staat sich vor allem langfristig verschuldet.

Tabelle 8:

Schuldenstandsquote<sup>1</sup>

- Schuldenstand in Relation zum BIP, in % -

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Schuldenstandsquote	74,0	77,4	79,9	82	82½	81¾

<sup>1</sup> In Abgrenzung der VGR. - In den Jahren 2012 bis 2014 auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quelle: Berechnungen des IWH.

Tabelle 9:

Finanzierungssaldo in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt – Alternativszenarien<sup>1</sup>

- in % -

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Basisszenario	-3,1	-5,0	-5,1	-4¼	-3¾	-2½
Szenario I	-3,1	-5,0	-5,1	-4	-3¼	-2
Szenario II	-3,1	-5,0	-5,1	-4½	-4¼	-3¾

<sup>1</sup> In Abgrenzung der VGR. - In den Jahren 2012 bis 2014 auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quelle: Berechnungen des IWH.

mehr für eine aktive und gestaltende Finanzpolitik zur Verfügung stehen. Erst zum Ende des Projektionszeitraums beginnt die Zinssteuerquote sich wieder zurückzubilden. Dies liegt allerdings allein an der konjunkturellen Erholung; im Endjahr liegt sie immer noch bei 13¾%, und damit um 2½ Prozentpunkte über dem Niveau im Jahr 2008.

**Veränderung des Schuldenstands**

Seit dem Jahr 2002 liegt der Schuldenstand des Staates in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Deutschland über der 60%-Marke, die im Stabilitäts- und Wachstumspakt als Obergrenze definiert worden ist. Seit dem Jahr 2007 hatte sich zwar eine deutliche Verbesserung abgezeichnet, die Finanz- und Wirtschaftskrise hat diese Entwicklung jedoch schnell umgekehrt. Verantwortlich waren aber nicht nur die sich im Defizit widerspiegelnden konjunkturpolitisch motivierten Mehrausgaben und Mindereinnahmen oder die automatischen Reaktionen bestimmter Einnahme- und Ausgabegrößen. Hier schlagen sich auch die den Banken zur Verfügung gestellten Bürgschaften und Garantien nieder, die zwar nicht das Defizit in Abgrenzung der VGR, aber den Schuldenstand in vollem Umfang erhöhen.<sup>65</sup> Wie Tabelle 8 zeigt, steigt die Schuldenstandsquote bis auf 82½% im Jahr 2013 an.

<sup>65</sup> Dabei ist es allerdings auch möglich, dass einige Belastungen nur temporär sind, denn es ist nicht per se auszuschließen, dass solche Titel später gewinnbringend verkauft werden können. Dies ist in dieser Projektion aber nicht unterstellt.

**Sensitivität der Defizitprojektion**

Die hier vorgelegte mittelfristige Projektion basiert aus Sicht des IWH auf realistischen Annahmen und hat unter allen möglichen Entwicklungen aus heutiger Sicht die höchste Wahrscheinlichkeit. Allerdings bestehen deutliche Risiken. Dies betrifft nicht nur die Möglichkeit, dass die Finanzkrise doch noch weitere Schockwellen auslöst. In Tabelle 9 sind zwei Alternativszenarien ausgewiesen.<sup>66</sup> In Szenario I ist unterstellt, dass die Wirtschaft im Durchschnitt um einen halben Prozentpunkt stärker wächst als im Basisszenario, in Szenario II ist das Wachstum einen halben Prozentpunkt geringer.

Obwohl unterschiedliche Wachstumsraten nur für die Restjahre angenommen worden sind, sind die Auswirkungen auf die Defizitquote groß. Im Endjahr beträgt die Spanne mehr als einen Prozentpunkt. Hinzu kommt, dass nicht nur die gesamtwirtschaftliche Entwicklung unsicher ist. Auch die finanzpolitischen Annahmen bergen ein Risiko. Es ist unterstellt, dass die Politik keine weiteren Ausgaben beschließt oder Steuern senkt. Da das Betreuungsgeld noch nicht beschlossen ist, ist es

<sup>66</sup> Die Alternativszenarien gehen davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt mit einer alternativen Wachstumsrate zunimmt. Es sind durchaus risikobehaftetere Szenarien denkbar, wie sie beispielsweise aus weiter zunehmenden realwirtschaftlichen Divergenzen im Euroraum entstehen können. Auch ist in dieser Projektion angenommen, dass die Geldpolitik angemessen reagiert und es ihr gelingt, zeitgerecht die überschüssige Liquidität aus dem Markt zu nehmen.

in dieser Projektion nicht enthalten. Wird zum 1. Januar 2011 wie im Koalitionsvertrag angekündigt eine Steuerreform beschlossen, deren Volumen bei 24 Mrd. Euro liegt, so wird allein dies die (strukturelle) Defizitquote um knapp einen Prozentpunkt erhöhen.<sup>67</sup> Auch die nach der geltenden Rentenformel abgeleiteten Rentenanpassungen, die über mehrere Jahre nur sehr gering sein werden, lassen die Frage aufkommen, ob der politische Druck nicht so groß wird, dass es zu einem abermaligen Eingriff in die Formel kommt.

### *Ausblick*

Auf den ersten Blick stellt sich die Entwicklung der öffentlichen Finanzen nicht so dramatisch dar, wie es zurzeit in der Öffentlichkeit erwartet werden könnte; immerhin geht das Defizit in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt ja von gut 5% in den Jahren 2010 und 2011 bis zum Ende des Projektionszeitraums wieder auf 2½% zurück. Mit Bund, Ländern und Gemeinden werden aber alle Ebenen des Staates über die mittlere Frist mit Defiziten zu kämpfen haben – auch die Sozialversicherung wird eine angespannte Finanzlage aufweisen. Im Jahr 2014 ist die Produktionslücke nach dieser Projektion geschlossen. Die Defizitquote von 2½% ist struktureller Natur. Dies bedeutet, dass in dieser Größenordnung die Ausgaben dauerhaft die Einnahmen übersteigen. Eine nachhaltige Finanzpolitik ist dies nicht.

Auch hat Deutschland im Jahr 2009 die Schuldenbremse in die Verfassung aufgenommen. Will der Bund diese Regel nicht gleich zu Beginn brechen, ist der Konsolidierungsdruck erheblich, denn dann darf sein strukturelles Budgetdefizit im Jahr 2016 nur bei 0,35% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt liegen. Die Länder müssen ihr strukturelles Defizit bis zum Jahr 2020 auf 0% senken. Alles in allem ergibt sich nach der hier vorgelegten Projektion somit ein Konsolidierungsbedarf von knapp 60 Mrd. Euro. Soll mit der Konsolidierung im Jahr 2011 begonnen werden, erfordert dies über den bereits in dieser Projektion unterstellten zurückhaltenden Kurs hinaus ein jährliches Einsparvolumen von elf Mrd. Euro. Dieser Kurs scheint ambitioniert. Er ist aber realisierbar.<sup>68</sup>

*Kristina van Deuverden*  
(*Kristina.vanDeuverden@iwh-halle.de*)

*Rolf Scheufele*  
(*Rolf.Scheufele@iwh-halle.de*)

---

<sup>67</sup> Da eine solche Steuerreform auch Wachstumskräfte freisetzt, wird der Nettoeffekt auf die Defizitquote etwas geringer sein.

---

<sup>68</sup> Zu potenziellen Einsparmaßnahmen vgl. ARBEITSKREIS KONJUNKTUR: Langsame Erholung ermöglicht Einstieg in die Konsolidierung, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/2010.

## Unternehmensnetzwerke in der Photovoltaik-Industrie – starke Verbundenheit und hohe Kooperationsintensität

Unternehmensnetzwerken wird in der stadt- und regionalökonomischen Forschung ein hoher Stellenwert für die regionale Wirtschaftsentwicklung eingeräumt. Überdies wird der wirtschaftliche Aufstieg von Regionen nicht zuletzt durch das Aufkommen neuer Industrien bestimmt. Die deutsche Photovoltaik-Industrie (PV-Industrie) ist ein vergleichsweise junger Sektor, dessen heutige Strukturen sich im Wesentlichen erst seit dem Jahr 2000 herausgebildet haben.<sup>69</sup> In diesem Beitrag wird geprüft, inwieweit sich zwischen den Unternehmen dieses Sektors bereits Kooperationsbeziehungen etabliert haben. Hierfür wird erstmalig die Methode der Netzwerkanalyse für die PV-Industrie angewandt.

Nachdem die deutsche PV-Industrie in den zurückliegenden Jahren durch starkes Produktions- und Beschäftigungswachstum gekennzeichnet war,<sup>70</sup> hat sich in den vergangenen Monaten der Wettbewerbsdruck in der Industrie deutlich erhöht. Ursache hierfür sind Überkapazitäten, die Einschränkung der staatlichen Förderung der Solarstromproduktion in Spanien, einem wichtigen Auslandsmarkt, sowie gestiegene Kapitalkosten.<sup>71</sup> Angesichts der steigenden Wettbewerbsfähigkeit insbesondere chinesischer Photovoltaikunternehmen wurden bereits Befürchtungen über Marktaustritte oder eine Abwanderung der Industrie aus Deutschland geäußert.<sup>72</sup>

Unternehmensnetzwerke stellen dabei einen Faktor dar, der zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen PV-Industrie beitragen kann.<sup>73</sup> Aus diesem Grund wurden von Seiten der

Wirtschaftspolitik zahlreiche Initiativen gestartet, um die Bildung von Netzwerken in der PV-Industrie zu fördern.<sup>74</sup> Wie stark die deutsche PV-Industrie bereits vernetzt ist, war jedoch bisher kaum bekannt. Der vorliegende Beitrag versucht diese Wissenslücke zu schließen.

Der folgende Abschnitt gibt zunächst einen kurzen Überblick über die in theoretischen Ansätzen diskutierten Bestimmungsfaktoren der Vernetzung einer Industrie. Diese Ansätze werden anschließend auf die PV-Industrie übertragen. Nach der Beschreibung der diesem Beitrag zugrunde liegenden Methodik werden die Ergebnisse zu den ermittelten Kooperationsbeziehungen präsentiert und abschließend Implikationen für eine mögliche Politik der Förderung von Netzwerken in der PV-Industrie diskutiert.

### *Entstehungsgründe für Netzwerke in einer Industrie*

Unternehmensnetzwerke gelten als hybride Organisationsformen, die sowohl Elemente rein marktlicher als auch hierarchischer Koordination beinhalten und somit in spezifischen Situationen Transaktionskosten senken können.<sup>75</sup> Inwieweit in einer Industrie auf Netzwerke zurückgegriffen wird, kann dabei mittels verschiedener Ansätze erklärt werden. So wird etwa in spieltheoretischen und evolutorischen Modellen der Fokus auf die einzelnen Organisationen und deren Kalkül, Netzwerkbeziehungen

---

funde aus Ostdeutschland, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 9/2008, S. 153-160.

<sup>69</sup> Vgl. BRACHERT, M.; HORNYCH, C.: Die Formierung von Photovoltaik-Cluster Ostdeutschland, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 2/2009, S. 81-90.

<sup>70</sup> Vgl. BRACHERT, M.; HORNYCH, C., a. a. O., 2009.

<sup>71</sup> Vgl. BRACHERT, M.; HORNYCH, C.; GÜNTHER, J.: Aktuelle Trends: Druck auf die Photovoltaik-Industrie nimmt zu, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 1/2009, S. 3.

<sup>72</sup> Vgl. LBBW: *Solardarwinismus – die besten bleiben. Branchenanalyse Photovoltaik 2009*. Landesbank Baden-Württemberg 2009.

<sup>73</sup> Vgl. BOSCHMA, R. A.: Proximity and Innovation: A Critical Assessment. *Regional Studies* 39, 2005, pp. 61-74. – HORNYCH, C.; SCHWARTZ, M.: Räumliche Branchenschwerpunkte als Innovationsmotoren? – empirische Be-

<sup>74</sup> Siehe die genannten Beispiele in BRACHERT, M.; HORNYCH, C., a. a. O., sowie die in EBERT, S.; BRACHERT, M.; DOMINGUEZ-LACASA, I.: Cluster und regionale Wettbewerbsfähigkeit – Die Photovoltaik-Industrie in Berlin-Brandenburg, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 11/2009, S. 471-480. Allgemein zur Netzwerkförderung siehe HORNYCH, C.: Im Fokus: Unternehmensnetzwerke in Ostdeutschland und ihre Entwicklung, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 7/2009, S. 268-269.

<sup>75</sup> Siehe hierzu COASE, R. H.: *The Nature of the Firm*. *Economica* 4, 1934, pp. 396-405. – WILLIAMSON, O. E.: *The Economic Institutions of Capitalism*. Free Press: New York 1985. – THORELLI, H. B.: *Networks: Between Markets and Hierarchies*. *Strategic Management Journal* 7 (1), 1986, pp. 37-51. – JARILLO, J. C.: *On Strategic Networks*. *Strategic Management Journal* 9, 1988, pp. 31-41.

aufzubauen oder abzubauen, gelegt. Aus diesen mikroökonomischen Entscheidungen resultiert die Struktur des Gesamtnetzwerkes.<sup>76</sup>

Im Gegensatz hierzu begreifen Ansätze aus der Makroperspektive die Netzwerkstruktur als eine Funktion der Verhältnisse in einer Industrie.<sup>77</sup> Dabei werden verschiedene Faktoren angeführt, die Anreize zum Erhalt bestehender oder zur Bildung neuer Netzwerkbeziehungen stärken oder schwächen.

Insbesondere in der Innovationsintensität einer Industrie wird eine zentrale Determinante der Netzwerkstruktur gesehen. Innovationsanstrengungen erfordern die Kombination verschiedener Wissensarten, zugleich kann die dem Prozess inhärente Unsicherheit durch den Zugriff auf externe Ressourcen gesenkt werden. Aus diesem Grund stellen Innovationsanstrengungen häufig einen kollektiven Prozess dar.<sup>78</sup> Gleichsam werden Netzwerke insbesondere in Phasen hoher technologischer Unsicherheit gebildet.<sup>79</sup> Somit weisen insbesondere Industrien, die am Anfang ihres Lebenszyklus stehen, in denen somit Unklarheit über künftige technologische Entwicklungen besteht, eine hohe Kooperationsintensität auf.<sup>80</sup>

Indes muss aus Innovationen nicht zwangsweise ein Anwachsen der Netzwerkaktivitäten in einer Industrie folgen. So können auch bereits bestehende Verbindungen zwischen Unternehmen stabilisiert werden, etwa indem durch inkrementelle Innovationen die dominierende Technologie gestärkt wird und somit bestehende Strukturen gefestigt werden.<sup>81</sup> In diesem Sinne lässt sich zwischen solchen industriespezifischen Schocks unterscheiden, die die Netzwerkstruktur erhalten, und jenen, die diese Struktur verändern. Bei Ersteren, wie z. B. den genannten inkrementellen Innovationen, bleibt die Wettbewerbsstruktur der Industrie erhalten, sodass es zu keiner Entwertung bestehender Netzwerkbeziehungen kommt. Verändert sich hingegen aufgrund von radikalen Innovationen, gewandelten Kundenpräferenzen, von Regulierungsaufgaben oder grundlegenden Veränderungen der Transaktionskostenstrukturen die Wettbewerbssituation einer Industrie, dann sind Anreize zur Suche neuer Netzwerkpartner gegeben.<sup>82</sup> Die Unternehmen reagieren auf diese Unsicherheit hinsichtlich der künftigen Entwicklung externer Umweltbedingungen mit der Suche nach neuen Netzwerkpartnern, etwa um Zugang zu nun an Bedeutung gewinnenden Ressourcen zu erhalten und Risiken zu senken.<sup>83</sup>

Neben der Unsicherheit wird die Entwicklung der Netzwerke einer Industrie zudem von dem Ausmaß der Verfügbarkeit kritischer Ressourcen und Absatzmöglichkeiten sowie den damit einhergehenden unternehmerischen Chancen determiniert. Industrien sind insbesondere in Phasen hoher Unsicherheit sowie sich gleichzeitig bietender unternehmerischer Chancen durch expandierende Netzwerke gekennzeichnet, da die Unternehmen erst durch die Verfügbarkeit kritischer Ressourcen und Absatzmöglichkeiten in der Lage sind, Inves-

76 Vgl. BALA, V.; GOYAL, S.: A Noncooperative Model of Network Formation. *Econometrica* 68 (5), 2000, pp. 1181-1229.

77 Vgl. MADHAVAN, R.; KOKA, B. R.; PRESCOTT, J. E.: Networks in Transition: How Industry Events (Re)Shape Interfirm Relationships. *Strategic Management Journal* 19, 1998, pp. 439-459. – RICCABONI, M.; PAMMOLLI, F.: Technological Regimes and the Evolution of Networks of Innovators – Lessons from Biotechnology and Pharmaceuticals. *International Journal of Technology Management* 25 (3/4), pp. 334-348.

78 Vgl. ALLEN, R. C.: Collective Invention. *Journal of Economic Behavior and Organization* 4, 1983, pp. 1-24 – HAGEDOORN, J.: Inter-firm R&D Partnerships: an Overview of Major Trends and Patterns since 1960. *Research Policy* 31, 2002, pp. 477-492 – VONORTAS, N. S.; OKAMURA, K.: Research Partners. *International Journal of Technology Management* 46 (3/4), 2009, pp. 280-306.

79 Vgl. ROSENKOPF, L.; TUSHMAN, M. L.: The Coevolution of Community Networks and Technology: Lessons from the Flight Simulation Industry. *Industrial and Corporate Change* 7 (2), 1998, pp. 311-346.

80 Vgl. EISENHARDT, K. M.; SCHOONHOVEN, C. B.: Resource-based View of Strategic Alliance Formation: Strategic and Social Effects in Entrepreneurial Firms. *Organization Science* 7 (2), 1996, pp. 136-150. Andererseits sind Industrien, die am Anfang des Lebenszyklus stehen, auch eher durch instabile Netzwerke gekennzeichnet. Vgl. TERWAL, A. L.; BOSCHMA, R.: Co-evolution of Firms, Industries and Networks in Space. *Regional Studies*, 2009.

81 Vgl. MADHAVAN, R.; KOKA, B. R.; PRESCOTT, J. E., a. a. O.

82 Dabei gilt es zu beachten, dass die Radikalität der Veränderungen der Netzwerkstruktur in Abhängigkeit von Strukturschwellen zu sehen ist. Sind diese nicht erreicht, ist auch ein Unterhalten einer ineffizienten Netzwerkstruktur möglich. Vgl. BLUM, U.; DUDLEY, L.; LEIBBRAND, F.; WEISKE, A.: *Angewandte Institutionenökonomik*. Gabler: Wiesbaden 2005.

83 Vgl. MADHAVAN, R.; KOKA, B. R.; PRESCOTT, J. E., a. a. O. – KOKA, B. R.; MADHAVAN, R.; PRESCOTT, J. E.: The Evolution of Interfirm Networks: Environmental Effects on Patterns of Network Change. *Academy of Management Review* 31 (3), 2006, pp. 721-737.

titionen in neue Geschäftsfelder oder Technologien zu starten, um die sich bietenden Marktchancen zu nutzen. Nicht zuletzt aufgrund der bestehenden Unsicherheit werden hierfür eher Kooperationen mit neuen Partnern initiiert, als dass Alleingänge gewagt werden. Gleichwohl existieren auch Anreize, bestehende Netzwerkbeziehungen zu vertiefen, etwa um am etablierten Informationsaustausch zu partizipieren oder um Markteintrittsbarrieren für Newcomer zu schaffen. Im Ergebnis der Bildung neuer sowie der Aufrechterhaltung bestehender Beziehungen ist die Industrie durch ein dichtes Netz von Kooperationen zwischen den Unternehmen gekennzeichnet.<sup>84</sup>

### ***Unsicherheit bedingt hohe Kooperationsintensität in der deutschen PV-Industrie***

Die beschriebenen theoretischen Ansätze lassen zahlreiche Netzwerke in Industrien mit hoher Verfügbarkeit kritischer Ressourcen und Absatzmöglichkeiten sowie – insbesondere technologischer – Unsicherheit erwarten. Diese Bedingungen sind in der PV-Industrie gegeben.

Zum einen hat die Förderung der Produktion von Strom mittels Photovoltaikanlagen in Deutschland die Nachfrage stimuliert und eine Phase günstiger Absatzmöglichkeiten und unternehmerischer Chancen eröffnet.<sup>85</sup> Zum anderen führen aber Regulierungsänderungen in verschiedenen Auslandsmärkten zu Unsicherheit bezüglich zukünftiger Marktvolumina. Auch die hohe Preisvolatilität von Photovoltaikprodukten trägt zu dem hohen Maß an Unsicherheit in der Branche bei.<sup>86</sup> Desweiteren war das Marktwachstum in der PV-Industrie bisher nicht durch die Herausbildung eines dominanten Technologiepfades gekennzeichnet. Im Gegenteil haben die Innovationsanstrengungen neuer Unternehmen unterschiedliche Technologiepfade hervorgebracht. Bis heute ist nicht abzusehen, welche der unterschiedlichen Verfahren bzw. Materialien zur

Herstellung von Photovoltaikzellen und -modulen sich letztlich für welche Anwendung durchsetzen werden.

Die daraus resultierende technologische Unsicherheit dürfte zum einen die weitere Verstärkung der Netzwerkbeziehungen innerhalb des jeweiligen Technologiepfades bewirken. Zum anderen ergibt sich für die Unternehmen die Notwendigkeit, sich verschiedenen Technologiepfaden zu öffnen und Netzwerkbeziehungen einzugehen, um so an der Entwicklungsdynamik der anderen technologischen Lösungen zu partizipieren. Vor dem Hintergrund der Marktchancen der vergangenen Jahre dürften die Unternehmen über entsprechende Ressourcen hierfür verfügen.

Ist diese aus theoretischer Perspektive zu erwartende hohe Kooperationsintensität in der deutschen PV-Industrie nun tatsächlich anzutreffen? Dieser Frage ist das IWH in einer im Folgenden beschriebenen Untersuchung nachgegangen.

### ***Die Identifikation von Netzwerkbeziehungen ...***

Als Grundlage für die Analyse konnte auf die „IWH-Unternehmensdatenbank Photovoltaik“ zurückgegriffen werden, eine umfassende Datensammlung zur Entwicklung der Beschäftigung und Produktion in der deutschen PV-Industrie.<sup>87</sup> Überdies enthält die „IWH-Unternehmensdatenbank Photovoltaik“ Informationen zu den zwischen den in der Datenbank enthaltenen Unternehmen bestehenden Kooperationsbeziehungen.<sup>88</sup> Erfasst sind dabei vier verschiedene Arten solcher Beziehungen: Kooperationen bei Forschung und Entwicklung, langfristige Lieferbeziehungen, Kapitalver-

<sup>84</sup> Vgl. MADHAVAN, R.; KOKA, B. R.; PRESCOTT, J. E., a. a. O.

<sup>85</sup> Vgl. BRACHERT, M.; HORNYCH, C.: Entrepreneurial Opportunity and the Formation of Photovoltaic Clusters in Eastern Germany. Handbook of Research on Energy Entrepreneurship. Edward Elgar Publishing, 2010 (im Erscheinen).

<sup>86</sup> Vgl. PEARCE, J. M.: Industrial Symbiosis of Very Large-scale Photovoltaic Manufacturing. Renewable Energy 33, 2008, pp. 1101-1108.

<sup>87</sup> Für eine Beschreibung siehe BRACHERT, M.; HORNYCH, C., a. a. O., 2009, S. 81. Als Photovoltaikunternehmen werden die Hersteller entlang der Wertschöpfungskette (Silizium > Ingots > Wafer > Zellen > Module, integrierte Anbieter und Dünnschichtproduzenten) sowie Zulieferer und Komponentenhersteller bezeichnet. Nicht betrachtet wurde hingegen der nicht-industrielle Bereich der Wertschöpfungskette, also Unternehmen, deren Geschäftsgegenstand der Handel mit Photovoltaiksystemen oder die Planung, Errichtung oder Betreuung von Solaranlagen darstellt.

<sup>88</sup> Berücksichtigt wurden Kooperationen, die im Zeitraum Januar 2007 bis September 2009 vereinbart wurden. Informationen zu Kooperationen mit Unternehmen mit Sitz außerhalb Deutschlands sind nicht enthalten.

flechtungen<sup>89</sup> sowie informelle Kooperationsbeziehungen. Die genannten Kooperationsarten werden hier als Netzwerkbeziehungen bezeichnet. Sie sind in der Regel mittel- bis langfristig angelegt; zudem dürften sich bei diesen Kooperationsarten mit zunehmender Interaktionsdauer zwischen den beteiligten Unternehmen Normen herausbilden und Vertrauen entwickeln,<sup>90</sup> womit die Interaktion über rein marktliche Beziehungen hinausgeht. Diese Elemente gelten als Merkmale von Unternehmensnetzwerken.<sup>91</sup> Nicht berücksichtigt werden hingegen gemeinsame Mitgliedschaften von Unternehmen in Verbänden, Vereinen oder regionalen Netzwerkinitiativen<sup>92</sup> sowie die Zusammenarbeit bei der Errichtung und Betreibung von Solarparks.

<sup>89</sup> Kapitalverflechtungen gelten als Netzwerkbeziehungen, da sie eine Möglichkeit der Koordination von Unternehmen darstellen. Vgl. GRANDORI, A.; SODA, G.: Inter-firm Networks: Antecedents, Mechanisms and Forms. *Organization Studies* 16/2, 1995, pp. 183-214. – POWELL, W. W.; KOPUT, K. W.; SMITH-DOERR, L.: Interorganizational Collaboration and the Locus of Innovation: Networks of Learning in Biotechnology. *Administrative Science Quarterly* 41, 1996, pp. 116-145. – M'CHIRGUI, Z.: The Smart Card Firms' Network Positions: A Social Network Analysis. *European Management Journal* 25 (1), 2007, pp. 36-49. Einschränkend ist zu erwähnen, dass Beteiligungen nicht immer der Koordination von Unternehmen dienen, sondern auch ausschließlich der Verfolgung finanzieller Zielstellungen dienen können.

<sup>90</sup> Vgl. KOKA, B. J.; PRESCOTT, J. E.: Strategic Alliances as Social Capital: A Multidimensional View. *Strategic Management Journal* 23, 2002, pp. 795-816.

<sup>91</sup> Vgl. hierzu ROSENFELD, M. T. W.; FRANZ, P.; GÜNTHER, J.; HEIMPOLD, G.; KRONTHALER, F.: Ökonomische Entwicklungskerne in ostdeutschen Regionen – Branchenschwerpunkte, Unternehmensnetzwerke und innovative Kompetenzfelder in der Wirtschaft. *IWH-Sonderheft 5/2006, Halle (Saale)* – HEIMPOLD, G.: Unternehmensnetzwerke in Ostdeutschland: Konzentration auf Verdichtungsräume, in: *IWH, Wirtschaft im Wandel 4/2005, 2005, S. 118-124.*

<sup>92</sup> Bei gemeinsamen Mitgliedschaften von Unternehmen in Verbänden, Vereinen oder regionalen Netzwerkinitiativen bleibt offen, inwieweit tatsächlich jedes der betreffenden Unternehmen mit jedem der anderen Mitglieder interagiert. Dies ist nur dann der Fall, wenn die interne Organisation des Vereins bzw. der Initiative völlig dezentral gestaltet ist. Insbesondere wenn die Steuerung im Wesentlichen durch ein einzelnes oder wenige Mitglieder erfolgt, dürften die einzelnen Mitglieder oftmals ausschließlich Beziehungen zu diesen fokalen Mitgliedern unterhalten. Vgl. hierzu PROVAN, K. G.; KENIS, P.: Modes of Network Governance and Implications for Network Management and Effectiveness. *Journal of Public Administration Research and Theory* 18 (2), 2007, pp. 229-252.

#### Kasten 1: Methoden zur Identifikation von Netzwerkbeziehungen

Eine Methode, mit deren Hilfe die Netzwerkbeziehungen in der PV-Industrie identifiziert wurden, war die Analyse von **Patentdaten**. Bei der Veröffentlichung eines Patentbesitzes werden jeweils die Namen der Anmelder des Patentbesitzes genannt. Treten zwei Unternehmen gemeinsam als Anmelder eines Patents auf, kann davon ausgegangen werden, dass sie bei der dieser Patentanmeldung vorausgehenden Forschung und Entwicklung miteinander kooperiert haben.<sup>a</sup>

Eine weitere Datenbasis stellen **Archivdaten** dar. Für die vorliegende Untersuchung wurden unterschiedliche öffentlich zugängliche Quellen gesichtet, die Informationen zu den Unternehmen der Industrie bereitstellen,<sup>b</sup> u. a.

- Fachzeitschriften der PV-Industrie,
- Pressemeldungen,
- Unternehmenspräsentationen,
- Vorträge
- und andere Publikationen wie z. B. Bücher.

Daten zu **Unternehmensverflechtungen** wurden zusätzlich im Rahmen von Unternehmensauskünften von Wirtschaftsinformationsdiensten gewonnen. Von Interesse war dabei insbesondere, ob zwei Unternehmen durch den einseitigen oder gegenseitigen Besitz von Unternehmensanteilen miteinander verbunden sind. Die Höhe der Beteiligung blieb dabei unberücksichtigt.

Als weitere Erhebungsmethode wurde im August und im September 2009 eine **Unternehmensbefragung** unter den Unternehmen der deutschen PV-Industrie durchgeführt. Hier wurden die Unternehmen um die Nennung ihrer wichtigsten Kooperationspartner in verschiedenen Kategorien gebeten.<sup>c</sup>

<sup>a</sup> Vgl. LOBO, J.; STRUMSKY, D.: Metropolitan Patenting, Inventor Agglomeration and Social Networks: A Tale of Two Effects. *Journal of Urban Economics* 63, 2008, pp. 871-884. – <sup>b</sup> Vgl. HAGEDOORN, J.; SCHAKENRAAD, J.: The Effect of Strategic Technology Alliances on Company Performance. *Strategic Management Journal* 15 (4), 1994, pp. 291-309. – <sup>c</sup> Zur Nutzung von Befragungen zur Erhebung von Netzwerkdaten siehe HAHN, C.; BRANDT, A.; KIESE, M.; KRÄTKE, S.: *Netzwerkanalyse in der Wissensökonomie. RegioPol 1/2008, S. 41-53.*

Die Daten zu den Netzwerkbeziehungen werden aus verschiedenen Quellen bzw. Erhebungsverfahren ermittelt. Es werden Patentdaten, Archivdaten, Verflechtungsdaten sowie Unternehmensbefragungen genutzt (siehe Kasten 1). Letztlich findet in den folgenden Auswertungen lediglich Berücksichtigung, ob eine Netzwerkbeziehung zwischen zwei Unternehmen besteht oder nicht, unabhängig

von der Art bzw. der verwendeten Quelle zur Identifikation dieser Beziehung. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich sowohl die Qualität der identifizierten Beziehungen als auch die Validität der erhobenen Daten in Abhängigkeit von der Quelle erheblich unterscheiden kann. Nichtsdestotrotz empfiehlt sich die Kombination verschiedener Erhebungstechniken, um eine möglichst vollständige Abbildung der Netzwerkstruktur der Industrie leisten zu können.

### ... und ihre Analysemethoden

Die Netzwerkanalyse ist eine Methode zur Analyse sozialer Netzwerke, also einer definierten Menge von Akteuren (wie Personen oder Organisationen) und der zwischen diesen bestehenden Beziehungen.<sup>93</sup> Die Netzwerkanalyse erlaubt einerseits Aussagen zur Positionierung einzelner Akteure im Netzwerk und ermöglicht andererseits Angaben zu den Strukturmerkmalen des Gesamtnetzes. Bei der Beschreibung der Vernetzung einer Industrie sind vor allem Merkmale der Gesamtstruktur des Netzwerks von Interesse. Mittels der Netzwerkanalyse können hierzu verschiedene Indikatoren bestimmt werden. Kasten 2 gibt einen Überblick über die in diesem Beitrag verwendeten Kennzahlen: Größe, Grad der Einbeziehung, Zahl der Komponenten, Dichte, Zentralität einzelner Akteure und Zentralisierung des Gesamtnetzwerkes.

### PV-Branche zeigt hohe Kooperationsintensität

Mit Hilfe der „IWH-Unternehmensdatenbank Photovoltaik“ konnten die zum Untersuchungszeitpunkt (Oktober 2008) aktiven 178 Unternehmen identifiziert werden, die Silizium, Ingots, Wafer, Solarzellen, Solarmodule oder andere Komponenten von Solaranlagen in Deutschland herstellen bzw. als Zulieferer für diese Hersteller tätig sind. Die Abbildung zeigt die Kooperationsbeziehungen zwischen diesen Unternehmen in Form eines Netzwerkgraphen. Dabei symbolisieren die Knoten die Unternehmen der Industrie und die diese verbindenden Linien das Vorhandensein von Kooperationsbeziehungen, wobei nicht nach der Art der Beziehung differenziert wird. Die Form der Kno-

### Kasten 2:

#### Verwendete Kennzahlen der Netzwerkanalyse

Die **Größe** eines Netzwerkes entspricht der Zahl der erfassten Akteure (hier: der PV-Unternehmen). Mit dem **Grad der Einbeziehung** wird beschrieben, welcher Anteil dieser Akteure Verbindungen zu anderen Akteuren des Netzwerks unterhält. Die Zahl der **Komponenten** gibt an, aus wievielen jeweils in sich verbundenen Teilnetzen das Gesamtnetzwerk besteht. Die Gesamtzahl der tatsächlichen Kooperationsbeziehungen zwischen diesen Akteuren im Verhältnis zur maximal möglichen Zahl an Beziehungen ergibt die **Dichte** des Netzwerkes. Sie beschreibt, wie hoch die Kooperationsintensität im Netzwerk ist. Die Dichte eines Netzwerkes kann Werte zwischen null (überhaupt keine Beziehungen) und eins (jeder kooperiert mit jedem) annehmen.<sup>a</sup> Die Dichte eines Netzwerkes ist hoch, wenn die **durchschnittliche Anzahl an Kooperationsbeziehungen** pro Akteur hoch ist.

Eine weitere Möglichkeit der Beschreibung eines Netzwerkes liegt in der Identifikation zentraler Akteure. Dabei wurde die *betweenness centrality* verwendet, um die **Zentralität** von Akteuren im Netzwerk auszudrücken.<sup>b</sup> Die **Zentralisierung** des Gesamtnetzwerkes ergibt sich aus dem Vergleich der *betweenness centrality* des zentralsten Akteurs mit der *betweenness centrality* aller anderen Akteure des Netzwerkes. Sie beträgt eins, wenn das gesamte Netzwerk auf einen Akteur ausgerichtet ist, und null, wenn alle Akteure die gleiche Zentralität aufweisen.

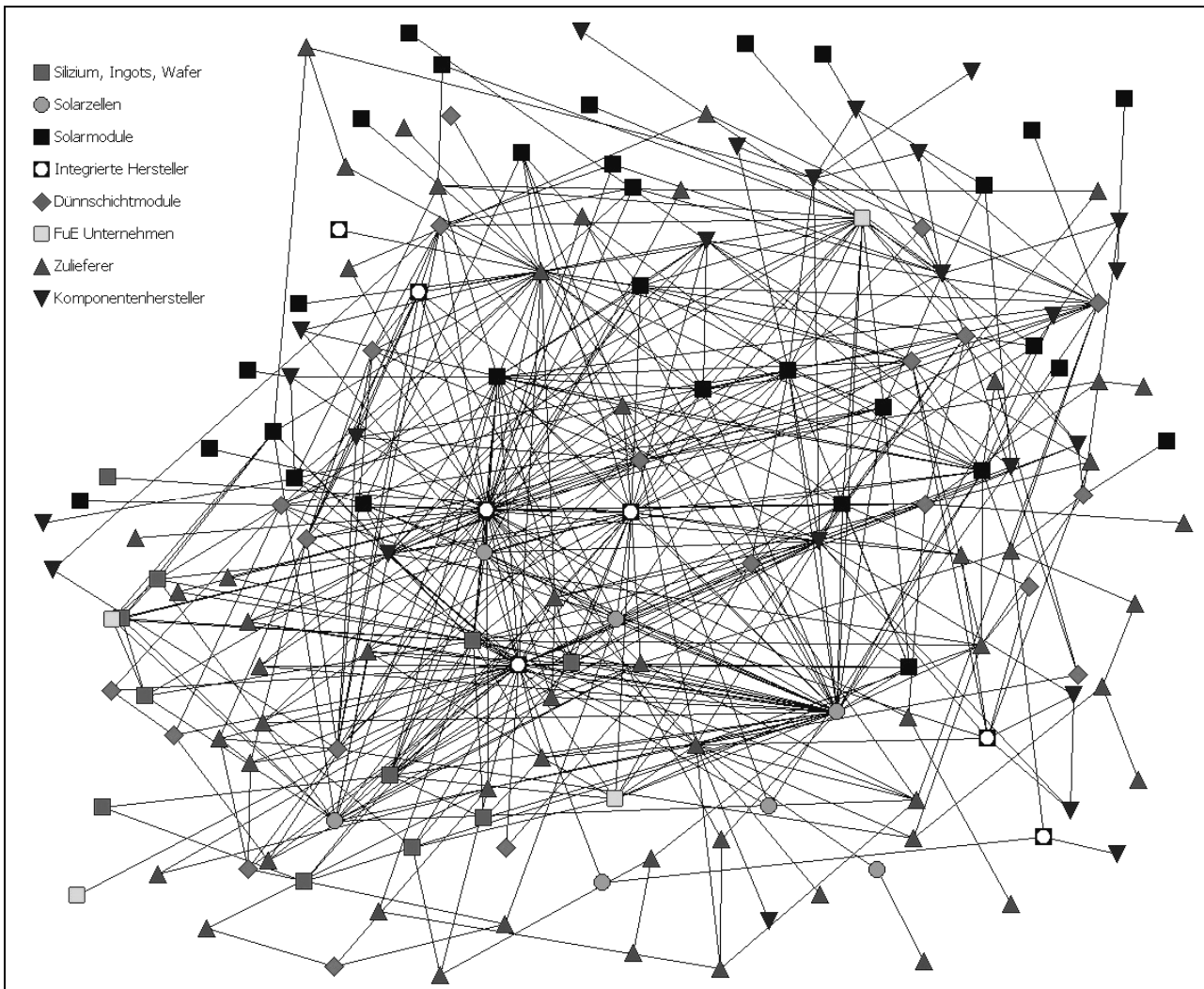
<sup>a</sup> Vgl. WASSERMAN, S.; FAUST, K.: Social Network Analysis: Methods and Applications. Cambridge University Press: Cambridge 1994. – <sup>b</sup> Die *betweenness centrality* eines Akteurs resultiert aus seiner Position in der gesamten Netzwerkstruktur. Eine hohe *betweenness centrality* ergibt sich dabei aus einer Position, die „zwischen“ den anderen Akteuren des Netzwerkes liegt. Ein Akteur mit einer hohen *betweenness centrality* dient somit häufig als Mittler zwischen anderen Akteuren. Zur Berechnung der *betweenness centrality* siehe FREEMAN, L. C.: Centrality in Social Networks. Social Networks 1, 1979, pp. 215-239.

ten repräsentiert die Stellung der Unternehmen in der Wertschöpfungskette der PV-Industrie.

Bereits die Illustration des Netzwerkes der deutschen PV-Industrie in der Abbildung deutet auf die hohe Kooperationsintensität in der Industrie hin. Dieser Eindruck wird durch die Ergebnisse der Netzwerkanalyse bestätigt. Fast neun Zehntel der Unternehmen kooperieren mit anderen in Deutschland ansässigen PV-Unternehmen, der Grad der Einbeziehung beträgt 0,882. Insgesamt wurden über 1 000 langfristig angelegte Netzwerkbeziehungen zwischen den 157 kooperierenden Unternehmen identifiziert. Die Dichte des Netzwerkes

<sup>93</sup> Vgl. WASSERMAN, S.; FAUST, K.: Social Network Analysis: Methods and Applications. Cambridge University Press: Cambridge 1994.

Abbildung:  
Netzwerk der deutschen PV-Industrie – Geordnet nach Zentralität<sup>1</sup>



<sup>1</sup> 21 unverbundene Unternehmen sind nicht in der Abbildung dargestellt. Im Netzwerk zentrale Unternehmen sind tendenziell in der Mitte der Abbildung, im Netzwerk periphere Unternehmen am Rande der Abbildung dargestellt.

Quelle: IWH-Unternehmensdatenbank Photovoltaik.

der deutschen PV-Industrie beträgt 0,066, ein vergleichsweise hoher Wert. So werden etwa für die Pharma-, die Chemie- sowie die Automobilindustrie Netzwerkdichten von unter 0,03 berichtet.<sup>94</sup> Auch für andere Industrien werden zumeist gerin-

gere Dichten ausgewiesen.<sup>95</sup> Die hohe Dichte des Netzwerkes der PV-Unternehmen ist ein Hinweis

<sup>94</sup> Basierend auf der Vernetzung von 85 führenden Unternehmen der genannten Branchen, vgl. GILSING, V.; NOOTEBOOM, B.; VANHAVERBEKE, W.; DUYSSTERS, G.; VAN DEN OORD, A.: Network Embeddedness and the Exploration of Novel Technologies: Technological Distance, Betweenness Centrality and Density. *Research Policy* 37, 2008, pp. 1717-1731. Eine andere Studie berichtet für das Netzwerk aus 97 Chemieunternehmen eine maximale Dichte von 0,057, vgl. AHUHA, G.: Collaboration Networks, Structural Holes, and Innovation: A Longitudinal Study. *Administrative Science Quarterly* 45, 2000, S. 425-455.

<sup>95</sup> Untersuchungen über Netzwerke in Deutschland berichteten z. B. für ein regionales Logistik-Netzwerk in Bremen mit 78 Akteuren eine Dichte von 0,028, für das Netzwerk von 46 Akteuren der Filmwirtschaft in Potsdam eine Dichte von 0,129 und für das Netzwerk von 104 Akteuren der brandenburgischen Holzwirtschaft eine Dichte von 0,044. Vgl. ELSNER, W.; HÜBSCHER, J. A.; ZACHCIAL, M.: Regionale Logistik-Cluster. Peter Lang: Frankfurt (Main) 2005. – KRÄTKE, S.; SCHEUPLEIN, C.: Produktionscluster in Ostdeutschland. VSA-Verlag: Hamburg 2001. Allerdings ist ein Vergleich der Dichte von Netzwerken unterschiedlicher Größe nur mit Einschränkungen möglich, da große Netzwerke tendenziell eine geringere Dichte aufweisen. Zudem wird eine Vergleichbarkeit dadurch erschwert, dass die Studien nicht die gleichen Arten von Netzwerkbeziehungen betrachten bzw. unter-

Tabelle:  
Kennzahlen des Netzwerks der deutschen Photovoltaik-Industrie

Kategorie	Anzahl	Grad der Verbundenheit	Durchschnittliche Zentralität <sup>1</sup>
<i>Nach Art des Unternehmens</i>			
Hersteller von Silizium, Ingots, Wafer	14	0,79	0,41
Hersteller von Solarzellen	9	0,78	1,74
Hersteller von Solarmodulen	36	0,83	0,47
Integrierte Hersteller	7	1,00	5,51
Hersteller von Dünnschichtmodulen	23	0,91	0,65
Forschungs- und Entwicklungsunternehmen	6	1,00	0,63
Zulieferindustrie	58	0,91	0,61
Komponentenhersteller	25	0,96	0,90
<i>Nach Größe des Unternehmens</i>			
Bis 100 Beschäftigte	105	0,83	0,35
100-500 Beschäftigte	52	0,94	0,90
Über 500 Beschäftigte	21	1,00	3,32
<i>Nach Alter des Unternehmens</i>			
Gründung vor 2002	99	0,91	1,21
Gründung nach 2002	79	0,85	0,43

<sup>1</sup> Gemessen anhand der standardisierten *betweenness centrality*.

Quelle: IWH-Unternehmensdatenbank Photovoltaik.

auf das Potenzial für die Diffusion von Informationen und Wissen innerhalb der Industrie. Im Durchschnitt kooperiert ein Unternehmen mit jeweils etwa 5,8 anderen PV-Unternehmen.

Neben der – gemessen an der Netzwerkdichte – hohen Kooperationsintensität wird in der Abbildung ein zweites Merkmal der Netzwerkstruktur der Photovoltaik deutlich. Es finden sich keine insularen Teilnetze, also keine vom Kern des Netzwerks separierten Gruppen von Unternehmen. Stattdessen besteht das Netzwerk aus einer einzigen Komponente, die sämtliche Unternehmen, die Netzwerkbeziehungen unterhalten, umfasst. Wenngleich nicht alle dieser Unternehmen direkt miteinander verbunden sind, bestehen doch zumindest immer indirekte Beziehungen über gemeinsame Kooperationspartner, und zwar über relativ geringe Distanzen hinweg. Tatsächlich müssen im Durchschnitt nur etwa zwei „Mittler“ einbezogen wer-

---

schiedliche Erhebungsmethoden anwenden. So ist die hier ermittelte hohe Kooperationsintensität auch ein Resultat der simultanen Betrachtung unterschiedlicher Arten von Netzwerkbeziehungen (Kooperationen bei FuE, langfristige Lieferbeziehungen, informelle Kontakte, Kapitalverflechtungen), wodurch allerdings eine vollständigere Abbildung der Netzwerkstruktur erreicht wird.

den, um eine Verbindung zwischen zwei Unternehmen der Komponente herzustellen. Durch das Fehlen von isolierten Teilnetzen sowie durch die geringen Distanzen zwischen den Unternehmen weist das Netzwerk insgesamt einen sehr hohen Zusammenhalt bzw. eine hohe Kohäsion auf. Dies spricht dafür, dass nicht einzelne Gruppen des Netzwerkes von den Informationsflüssen der Industrie abgeschnitten sind.

Ein drittes Merkmal der dargestellten Netzwerkstruktur liegt in den erkennbaren Unterschieden der Zentralität der einzelnen Akteure. Zwar ist die Zentralisierung des Gesamtnetzwerkes mit einem Wert von 0,018 als eher gering einzuschätzen.<sup>96</sup> Nichtsdestotrotz gibt es eine Reihe von Unternehmen, bei denen besonders viele Verbindungen zusammenlaufen und die durch zentrale Positionen gekennzeichnet sind. Gemessen mit dem Indikator der *betweenness centrality* weisen die Hersteller von Solarzellen sowie die integrierten Anbieter, die sowohl Solarzellen als auch Solarmodule produzieren, die höchste Zentralität auf (vgl. Tabelle).

---

<sup>96</sup> Vgl. hierzu z. B. die bei WASSERMAN, S.; FAUST, K., a. a. O., pp. 178 ff. angegebenen Werte.

Berücksichtigt man die Größenklassen der Unternehmen (gemessen an Beschäftigtenzahlen), wird deutlich, dass die größten Unternehmen im Zentrum der Industrie stehen. Insbesondere Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten sind zentral im Netzwerk positioniert. Ebenfalls in der Tabelle angegeben ist die Beziehung zwischen Netzwerkposition und Unternehmensalter. Demgemäß weisen insbesondere die bis 2002 gegründeten Unternehmen heute eine hohe Zentralität auf, während die später gegründeten Unternehmen durch geringere Zentralitätswerte charakterisiert sind.

### **Fazit**

Ziel der Untersuchung war eine Darstellung des Kooperationsgeschehens in der Gruppe der in Deutschland ansässigen PV-Unternehmen. Die Übertragung theoretischer Ansätze auf die PV-Industrie ließ auf eine hohe Zahl an Netzwerkbeziehungen schließen. Diese Vermutung konnte in der empirischen Untersuchung bestätigt werden. Dies ist ein Hinweis darauf, dass gute Voraussetzungen für einen Informationsaustausch in der Branche herrschen. Insgesamt lässt die hohe Kooperationsintensität der deutschen PV-Industrie vermuten, dass es den Unternehmen gelingt, Vorteile aus der räumlichen Ballung der Industrie in Deutschland zu ziehen.<sup>97</sup>

Trotz des dichten Netzwerkes, welches sich bereits in der Industrie entwickelt hat, kann eine darauf aufbauende, ergänzende Förderung von Netzwerken ein effizienter Weg sein, die Innovationskraft und das Wachstum von industriellen Strukturen weiter zu unterstützen.<sup>98</sup> Dies kann umso eher gelingen, wenn die Ergebnisse der Netzwerkanalyse bei der Förderung Berücksichtigung finden. Verfolgt die Wirtschaftspolitik daher auch

künftig eine Strategie der Stärkung der Vernetzung der Industrie, sollte sie die Befunde der Netzwerkanalyse in der PV-Industrie berücksichtigen:

- So ist aufgrund der ermittelten starken Kohäsion des Netzwerkes der PV-Industrie keine Notwendigkeit zu erkennen, einzelne Gruppen von Unternehmen im Netzwerk miteinander zu verbinden, um mögliche Lücken in der Struktur zu schließen. Das Netzwerk weist vielmehr eine hohe Robustheit auf, in dem Sinne dass auch bei einem möglichen Ausfall einzelner Unternehmen eine kohärente Netzwerkstruktur erhalten bleibt.
- Unter der Annahme, dass die Einbindung in Netzwerke sich positiv auswirkt, könnten Netzwerkinitiativen künftig vielmehr auf eine Integration der identifizierten peripheren Akteure zielen. Durch gezielte Maßnahmen könnte versucht werden, insbesondere bisher isolierte Akteure stärker einzubinden. Somit könnte die Koordination des Gesamtnetzwerkes verbessert und der Informations- und Wissensaustausch zwischen den in Deutschland ansässigen PV-Unternehmen intensiviert werden.

Bei der Umsetzung dieser Anregungen ist zu berücksichtigen, dass der vorliegende Beitrag noch keine Antwort auf die Frage liefern konnte, inwieweit Bildungs- und Forschungseinrichtungen mit den Unternehmen der PV-Industrie kooperieren.<sup>99</sup> Auch eventuelle regionale Unterschiede im Kooperationsverhalten sind bisher unerforscht. Der Beantwortung dieser Fragen geht das IWH in einem laufenden Forschungsprojekt zur Clusterentstehung und -entwicklung in der Photovoltaik in Ostdeutschland nach, aus dem auch die in diesem Beitrag präsentierten Forschungsergebnisse stammen.

*Christoph Hornych*  
(*Christoph.Hornych@iwh-halle.de*)

*Matthias Brachert*  
(*Matthias.Brachert@iwh-halle.de*)

<sup>97</sup> Vgl. BOSCHMA, R. A., a. a. O.

<sup>98</sup> Vgl. hierzu GÜNTHER, J.: Zur Ausgestaltung der Innovationsförderung. Wirtschaftspolitische Standpunkte des IWH, 2009. [http://www.iwh-halle.de/d/standpunkte/200904/Guether\\_Wi.pol.Standpunkt\\_Innovationspolitik.pdf](http://www.iwh-halle.de/d/standpunkte/200904/Guether_Wi.pol.Standpunkt_Innovationspolitik.pdf). – GÜNTHER, J.; MICHELSEN, C.; PEGLOW, F.; TITZE, M.; FRITSCH, M.; NOSELEIT, F.; SCHRÖTER, A.: Evaluierung der FuE-Projektförderung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit, IWH-Sonderheft 3/2008. Halle (Saale). – VISSER, E.-J.; ATZEMA, O.: With or Without Clusters: Facilitating Innovation through a Differentiated and Combined Network Approach. *European Planning Studies* 16 (9), 2008, pp. 1169-1188.

<sup>99</sup> Dabei nehmen die Hochschulen in Deutschland eine zunehmende Rolle im Innovationssystem der Photovoltaik ein. Vgl. FRANZ, P.: Wie reagieren Hochschulen auf neue Technologien? Das Beispiel Photovoltaik, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 12/2008, S. 460-467.

## Ostdeutsches Baugewerbe im Dezember 2009: Zuversichtlich in das neue Jahr

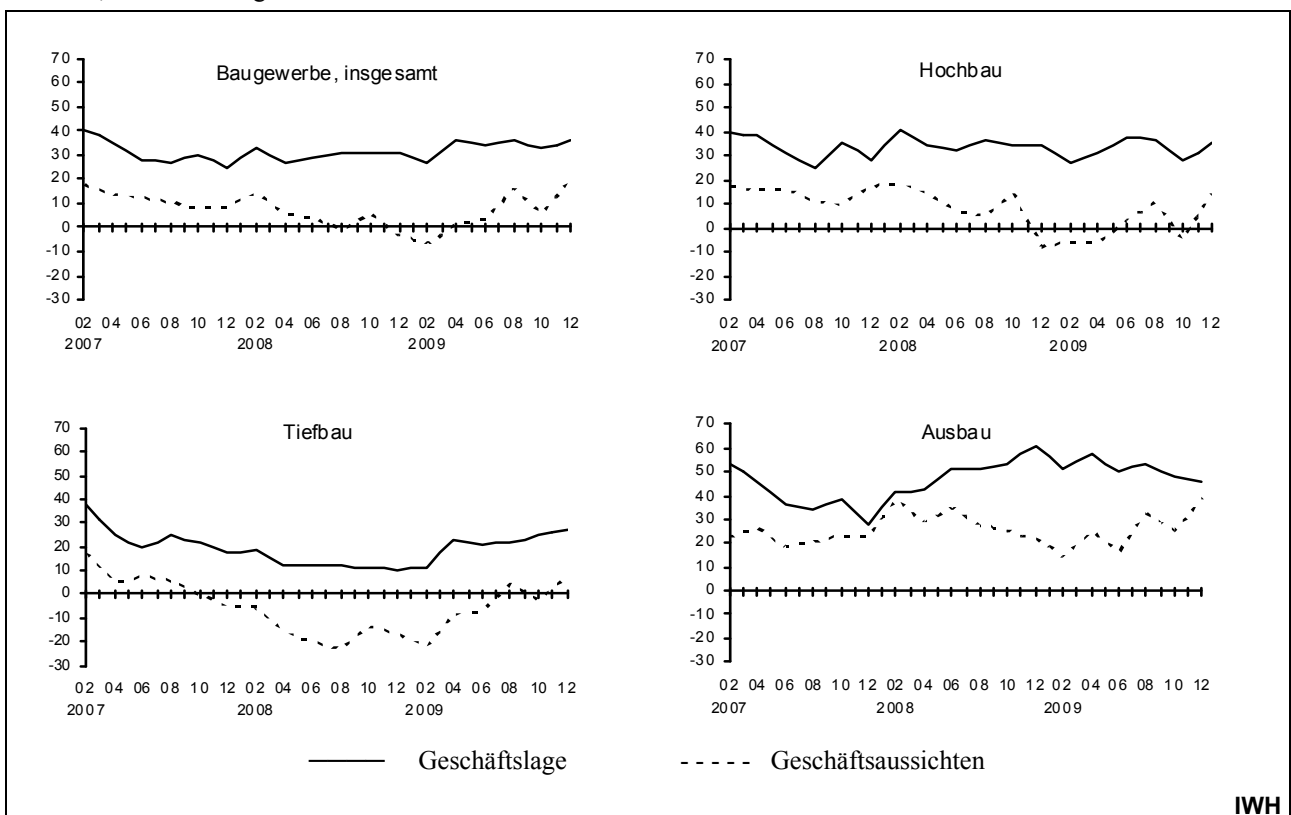
Das Geschäftsklima im ostdeutschen Baugewerbe hat sich zum Jahresende vor allem dank verbesserter Geschäftsaussichten aufgehellt. Ihre Geschäftslage beurteilen die knapp 300 vom IWH befragten Bauunternehmen im Dezember ähnlich günstig wie in der vorangegangenen Befragung im Oktober (vgl. Tabelle). Bereinigt um die Saisoneinflüsse zeigt sich die Geschäftslage seit dem vergangenen Frühjahr recht stabil auf einem überwiegend guten Niveau (vgl. Abbildung). Die Geschäftserwartungen für die nächsten ein bis zwei Quartale schwanken dagegen deutlich. Nach dem Stimmungswall im Oktober hat die Zuversicht der Unternehmen am Jahresende zugenommen und erreicht wieder das Niveau vom Sommer. Das trifft im Wesentlichen für alle drei Sparten der Branche zu. Dagegen hat sich die Geschäftslage in den einzelnen Sparten zuletzt uneinheitlich entwickelt.

Im Hochbau signalisieren die Unternehmen nach der Verschlechterung im Herbst inzwischen eine günstigere Geschäftslage. Sie befindet sich damit etwa auf dem mittleren Stand der vorangegangenen beiden Jahre. Auch blicken die Unternehmen mehrheitlich wieder zuversichtlich in die nächste Zukunft. Dies wird gestützt durch Auftragszuwächse im Wohnungsbau und im öffentlichen Bau. Dagegen dürfte der gewerbliche Bau schwach bleiben.

Auch die im Tiefbau tätigen Unternehmen berichten von einer verbesserten Geschäftslage und wieder aufgehellten Geschäftsaussichten. Die Nachfrage dürfte aufgrund der Auftragsvergabe zur Umsetzung der Maßnahmen aus den Konjunkturpaketen zugelegt haben. Die Aussichten bis zum Sommer verbessern sich im Unterschied zu den übrigen Sparten aber nur mäßig. Die positiven Stimmen überwiegen nur schwach. Da die geringeren Steuer-

### Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe

- Salden<sup>a</sup>, saisonbereinigte Monatswerte -



<sup>a</sup> Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe „Periodische Informationen/Aktuelle Konjunkturdaten“ unter [www.iwh-halle.de](http://www.iwh-halle.de)

Quelle: IWH-Bauumfragen.

einnahmen die Investitionsmöglichkeiten der Kommunen deutlich einschränken dürften, gehen die Unternehmen wohl davon aus, dass das hohe Produktionsniveau vom Jahresende 2009 kaum zu halten sein wird.

Im Ausbaubereich wird die aktuelle Geschäftslage – anders als in den übrigen Sparten – zurückhaltender beurteilt. Dies ist nach der guten Konjunktur in den vergangenen beiden Jahren aber eher als eine Normalisierung anzusehen. Der Stimmungssaldo erreicht im Vergleich der Sparten immer noch den höchsten Wert. Den nächsten sechs

Monaten blicken die Unternehmen sogar zuversichtlicher als zuvor entgegen. Grund ist der anhaltende Modernisierungs- und Sanierungsbedarf, der sowohl von den privaten Haushalten als auch von der öffentlichen Hand ausgeht und durch Förderung bzw. konjunkturpolitische Stimulierung genährt wird.

Brigitte Loose  
(Brigitte.Loose@iwh-halle.de)

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe im Dezember 2009

- Ursprungswerte im Vergleich mit Vorjahreszeitraum und Vorperiode -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Dez. 08	Okt. 09	Dez. 09	Dez. 08	Okt. 09	Dez. 09	Dez. 08	Okt. 09	Dez. 09	Dez. 08	Okt. 09	Dez. 09	Dez. 08	Okt. 09	Dez. 09
	- in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe <sup>a</sup> -														
<b>Geschäftslage</b>															
<b>Baugewerbe insgesamt</b>	25	29	25	44	44	47	24	23	24	7	4	4	38	46	44
<b>Zweige/Sparten</b>															
Bauhauptgewerbe	19	27	22	46	44	49	27	25	26	9	4	3	30	41	41
darunter <sup>b</sup>															
Hochbau	26	27	23	43	42	47	22	27	28	8	3	1	39	39	42
Tiefbau	13	28	19	49	43	51	30	24	25	8	6	5	24	42	39
Ausbaugewerbe	43	35	34	39	45	42	15	17	18	4	3	7	63	61	51
<b>Größengruppen</b>															
1 bis 19 Beschäftigte	28	29	30	34	43	38	24	22	25	14	7	7	24	43	36
20 bis 99 Beschäftigte	26	33	26	45	41	46	23	23	24	6	3	4	42	48	44
100 und mehr Beschäftigte	19	22	16	53	53	59	25	22	22	3	3	3	44	50	51
<b>Geschäftsaussichten</b>															
<b>Baugewerbe insgesamt</b>	10	11	12	23	33	32	52	48	43	15	8	13	-35	-13	-11
<b>Zweige/Sparten</b>															
Bauhauptgewerbe	8	8	9	20	31	32	55	53	47	17	8	12	-44	-21	-18
darunter <sup>b</sup>															
Hochbau	10	10	10	19	28	32	55	54	46	15	8	13	-40	-24	-17
Tiefbau	6	8	7	20	32	32	57	52	50	17	9	12	-48	-21	-22
Ausbaugewerbe	16	19	22	31	38	34	44	35	30	10	9	15	-7	-12	12
<b>Größengruppen</b>															
1 bis 19 Beschäftigte	10	13	9	15	28	25	48	43	49	28	16	17	-51	-17	-32
20 bis 99 Beschäftigte	12	12	17	24	33	29	54	51	44	11	4	11	-29	-11	-9
100 und mehr Beschäftigte	6	6	5	31	39	49	53	47	32	11	8	14	-28	-11	8

<sup>a</sup> Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet. – <sup>b</sup> Hoch- und Tiefbau werden als Darunterposition ausgewiesen, da ein Teil der an der Umfrage beteiligten Unternehmen keiner dieser Sparten eindeutig zugeordnet werden kann.

Quelle: IWH-Baumfragen.

## VORANKÜNDIGUNG:



MARTIN-LUTHER-UNIVERSITÄT  
HALLE-WITTENBERG



### ***„20 Jahre Deutsche Einheit – Von der Transformation zur europäischen Integration“ Konferenz am 11. und 12. März 2010 in Halle (Saale)***

20 Jahre nach dem Mauerfall und der Herstellung der Deutschen Einheit werden die Errungenschaften und Zukunftsperspektiven Ostdeutschlands uneinheitlich bewertet. Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) nimmt dies zum Anlass, zusammen mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) und dem Sonderforschungsbereich 580 (SFB 580) „Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch. Diskontinuität, Tradition, Struktur-bildung“ auf einer wissenschaftlichen Konferenz den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel in den Post-Transformationsländern zu beleuchten. Dabei sollen ausgewählte Aspekte der Entwicklung in Ostdeutschland und Ostmitteleuropa einer kritischen Würdigung unterzogen werden. Dies betrifft den Prozess der Transformation vom Plan zum Markt, die Wege der Privatisierung sowie die Umbrüche im Währungs-, Wirtschafts- und Sozialbereich.

Aus den retrospektiven Betrachtungen sollen Lehren gezogen und zukünftige Entwicklungsperspektiven für Ostdeutschland und Ostmitteleuropa aufgezeigt werden. Die zweitägige internationale Konferenz soll namhafte Vertreter aus Wissenschaft und Politik zusammenführen, um für ein interessiertes Fachpublikum im Rahmen von Vorträgen und Diskussionen den Bogen zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu spannen.

Das Programm beinhaltet Vorträge namhafter Wissenschaftler und Persönlichkeiten, die teils im Plenum, teils in parallelen Sessions gehalten werden. Eine Podiumsdiskussion und viele Möglichkeiten zum fachlichen Austausch runden das Tagungsprogramm ab.

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle, die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und der Sonderforschungsbereich 580 laden Sie herzlich zu dieser Konferenz ein.

Die Konferenz findet an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg statt. Das Programm und nähere Informationen zur Konferenz finden Sie im Internet unter [www.iwh-halle.de](http://www.iwh-halle.de), „Termine und Veranstaltungen“.